

Stefan Westermann

Masterstudiengang „Geschichte“



Universität Heidelberg

Historisches Seminar

Masterarbeit

Entrechtung in mondäner Atmosphäre

– NS-Zwangsarbeit in Baden-Baden

Erstkorrektor: Prof. Dr. Frank Engehausen

Zweitkorrektor: Prof. Dr. Edgar Wolfrum

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	Seite 1
2. Forschungsüberblick.....	Seite 2
a) Überblickswerke.....	Seite 5
b) Staatliche Teilbereiche.....	Seite 7
c) Unternehmensgeschichte.....	Seite 8
d) Regionale Darstellungen.....	Seite 9
e) Einzelaspekte.....	Seite 11
f) Entschädigung.....	Seite 14
g) Internetdarstellungen/Ausstellungen.....	Seite 15
h) Zeitgenössische Quellen.....	Seite 16
i) Fazit.....	Seite 17
3. Quellenlage für Mittelbaden.....	Seite 18
4. Kontext: NS-Zwangsarbeit im Dritten Reich.....	Seite 22
a) Kurzüberblick.....	Seite 22
b) Zwangsarbeit in Baden.....	Seite 26
5. NS-Zwangsarbeit in Baden-Baden.....	Seite 30
a) Standortfaktoren.....	Seite 31
b) Gehälter und Kleidung.....	Seite 36
c) Verbringung ins Reich.....	Seite 38
d) Unterkunft.....	Seite 40
e) Strafen.....	Seite 45
f) Flucht.....	Seite 48
g) Familien.....	Seite 50
h) Luftschutz.....	Seite 53
i) Zeit nach 1945.....	Seite 55
6. Fazit.....	Seite 58

Entrechtung in mondäner Atmosphäre – NS-Zwangsarbeit in Baden-Baden

1. Einleitung

Im Jahr 2010 wurde von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora eine neue, groß angelegte Ausstellung zur NS-Zwangsarbeit erstellt, zunächst im Jüdischen Museum Berlin gezeigt und dann auf Wanderschaft geschickt. Dies zeigt, dass das Thema NS-Zwangsarbeit noch immer aktuell zu sein scheint. Seit Ulrich Herberts großer Studie aus dem Jahre 1985 ist viel zum Thema geforscht worden, nachdem es eine lange Zeit nur wenig Niederschlag in Publikationen fand. Insofern hätte man eine solche Ausstellung auch schon früher erwarten können, um auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Die aktuelle Forschung wird sie – auf Grund deren Ausführlichkeit im letzten Jahrzehnt – tendenziell nicht befördern. Die Ausstellung ist daher als Zeichen der Versöhnung zu sehen, als sichtbares Zeichen, dass in der Bundesrepublik Deutschland das Schicksal der ehemaligen Zwangsarbeiter anerkannt wird, nachdem es jahrzehntelang von der historischen Forschung wie der Politik wenig beachtet wurde.



*Symbolhaft für den Zwangsarbeitereinsatz: Vorrang und Schutz der mondänen Einrichtungen, die Ideologie – symbolisiert in der Hakenkreuzfahne – stand im Hintergrund und musste im Zweifelsfall praktischen Maßnahmen weichen.
Quelle: Einwohnerbuch der Stadt Baden-Baden 1940.*

Auch die Stadt Baden-Baden hat es sich nun zur Aufgabe gemacht, das Schicksal ihrer ehemaligen Zwangsarbeiter aufzuarbeiten und eine wissenschaftliche Übersicht zu erstellen. Das Ergebnis wird hiermit vorgelegt. Es soll dargelegt werden, wie die etwa 1 500 bis 2 600 Zwangsarbeiter nach Ba-

den-Baden kamen und welches Schicksal sie dort erleiden mussten. Zur Einordnung der Arbeit soll am Anfang ein allgemeiner Forschungsüberblick zum Thema NS-Zwangsarbeit stehen, der dann durch die spezifischen Charakteristika der Zwangsarbeit in Baden und dann am Standort Baden-Baden konkretisiert wird. Dafür werden verschiedene nachweisbare soziale Aspekte, wie die Unterbringung oder der Luftschutz, herausgegriffen.

Diese vorsichtige Formulierung der Nachweisbarkeit hat seinen Grund darin, dass die Quellengrundlage für die Stadt Baden-Baden sehr dünn ist, da der Großteil der Quellen wahrscheinlich von der Karlsruher Staatspolizeileitstelle vernichtet wurde. Daher stehen die gesamten Ergebnisse unter dem Makel fehlender Quellen; mehr Quellen hätten ein fundierteres Urteil bedeutet. Aufgrund dieser und weiterer Quellenprobleme wurde diesem Aspekt ein eigenes Kapitel gewidmet.

Auch die Region Mittelbaden, in der Baden-Baden liegt, ist in der Forschung unterrepräsentiert. Städte wie Rastatt oder Gaggenau haben ihre Geschichte noch nicht aufgearbeitet, so dass Vergleichsbeispiele oder strukturelle Erkenntnisse nicht einbezogen werden konnten.

Grundlage der Arbeit bilden die für das Thema NS-Zwangsarbeit ungeordneten Aktenbestände des Stadtarchivs Baden-Baden sowie des Generallandesarchivs in Karlsruhe, in denen nur eine kontextsensitive Suche gemacht werden konnte. Das heißt, es wurden die Quellenbestände ausgewertet, die gemäß ihrer Benennung in den Findmitteln auf Hinweise bezüglich der Zwangsarbeit in Baden-Baden realistisch – damit sind etwa Akten des Arbeitsamtes gemeint – hoffen ließen. Ebenso wurde auch im Militärarchiv Freiburg sowie im Bundesarchiv verfahren. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass es noch unentdeckte Quellen gibt. Ergänzt werden diese Quellen durch die Spruchkammerakten im Staatsarchiv Freiburg. Auch hier bleibt der Forschung die Aufgabe, weitere Quellen zur Verbreiterung des Ergebnisses ausfindig zu machen. Methodisch orientiert sich die Arbeit an der Großzahl der Forschungsliteratur, in der nach den einzelnen Feldern wie etwa Unterbringung, Ernährung oder Bewachung unterschieden wird. Für eine weiter reichende Methode fehlt es an einer breiteren Grundlage zum Thema, weshalb diese – auch wegen des grundlegenden Charakters dieser Arbeit – einer größeren, zusammenfassenden Studie vorbehalten bleiben soll.

2. Forschungsüberblick

Während der Zeit des sogenannten Dritten Reiches trat die rassistische Weltanschauung der Nationalsozialisten an mehreren Stellen zu Tage. Die vermutlich bekannteste ist der Holocaust, der millionenfache Mord an den Juden, betraf er doch die größte verfolgte Einzelgruppe und hinterließ unübersehbare Spuren bzw. Lücken. Nicht zuletzt deshalb war der Holocaust lange Zeit ein Schwerpunkt in der Historiographie. Hinzu trat, dass den jüdischen Opfern sehr bald und sehr entschieden

einflussreiche Interessensverbände und staatliche Kräfte zur Seite standen, die es ermöglichten, für diese Opfergruppe Entschädigungs- bzw. Wiedergutmachungszuwendungen¹ von der Bundesrepublik zur Verfügung zu erhalten.

Kurzum: Die Gruppe der Juden hatte schnell Erfolg mit ihren Bemühungen um die Aufarbeitung ihrer Verfolgung, da sie im öffentlichen Raum auf sich aufmerksam machen konnte. Einer anderen Verfolgtengruppe blieb der in dieser Hinsicht positive Erfolg jedoch versagt, sie ging bis in die 1980er-Jahre beinahe vollständig unter: die NS-Zwangsarbeiter. Auf diese Gruppe und ihre Erforschung soll im Kommenden eingegangen werden. Am Anfang steht ein komprimierter Überblick über das Thema Zwangsarbeit, dem dann ein näheres Eingehen auf die Forschungsliteratur folgt.

Das Schicksal der ehemaligen NS-Zwangsarbeiter wurde erst seit den 1980er-Jahren intensiv erforscht, womit auch der Ruf nach Entschädigungszahlungen stetig lauter wurde. Zuvor gab es zwar genügend Abhandlungen über Zwangsarbeiter, die auf das Thema aufmerksam machten und die Anreiz zur detaillierten Aufarbeitung hätten sein können, der Druck hierzu fehlte jedoch: Die westlichen Zwangsarbeiter (Frankreich, Skandinavien, BeNeLux-Staaten) konnten zumindest zum Teil schon früh Ausgleichszahlungen aus bilateralen Abkommen erhalten, für diejenigen aus dem östlichen Europa stellte der Kalte Krieg ein unüberwindliches Hindernis dar, denn große Zahlungen aus dem Westen an den 'Feind' im Osten waren nicht zu erwarten. Zudem erlitten die ehemaligen Zwangsarbeiter gerade in der Sowjetunion ihr eigenes Schicksal: Eben erst vom Martyrium im oder für das Deutsche Reich befreit, wurde ein großer Teil in Stalins Terrorsystem erneut verfolgt, dieses Mal mit der Begründung, dass jeder, der den Deutschen geholfen hätte, ein Kollaborateur gewesen sei – und für diese führte der Weg in die Verbannung oder erneut in ein Lager.

So entstand auf politischer Ebene lange Zeit kein Druck, dieses Thema wissenschaftlich aufzuarbeiten und aus der Wissenschaft selbst entsprang kein Funke. Erst Ulrich Herbert gelang 1985 der Durchbruch. Er schilderte zum ersten Mal die Bedingungen des Einsatzes derjenigen, die als Sträflinge oder festgesetzte Staatsangehörige der besetzten Gebiete zum Arbeitseinsatz verbracht worden sind. Er legte dabei unter anderem die Organisationsstrukturen frei und zeigte auf, wem wie Arbeitskräfte zugewiesen wurden. Herbert erläuterte zudem die Hierarchie unter den Arbeitskräften, die ihrer Nationalität und Ausbildung nach von den Nationalsozialisten gebildet wurde: So standen die rassistisch höher gewerteten und industriell besser ausgebildeten 'Westarbeiter' an erster Stelle der Hierarchie, die als solche bezeichneten 'Ostarbeiter' bildeten die mittlere Stufe, während sich die

¹ Die Begriffe 'Wiedergutmachung' und 'Entschädigung' sollen an dieser Stelle verkürzt für den juristischen Apparat genannt werden, aus dem heraus den betroffenen Gruppen Gelder auf Grund ihrer Verfolgung im Deutschen Reich von 1933 bis 1945 gezahlt wurden. Dies soll keineswegs verschleiern, dass diese Begriffe grundsätzlich verharmlosend bzw. schlicht nicht zutreffend sind: Die existentielle Bedrohung und die tatsächlich erfolgten millionenfachen, grausamen Morde können sicher nicht 'wiedergutmacht' werden. Für die weitere Darstellung ist diese Kurzform für die vielen

Juden sowie Sinti und Roma am untersten Ende wiederfanden. Diese Abstufung zeigte sich im Alltag der Zwangsarbeiter daran, dass die verschiedenen Stufen auch verschiedene Gehälter, Unterkünfte, Beteiligung am sozialen Leben in Deutschland und Strafverfolgung bedeuteten.

All diese Erkenntnisse, die sich nach 1985 Bahn brachen und die sich immer weiter in Organisations-, Unternehmens-, Regional- und Lokalstudien spezifizierten, gehen stark auf Herberts Studie zurück. Nicht zuletzt deshalb erstarkte auch innerhalb der ehemaligen Zwangsarbeiterschaft nochmals der Ruf nach Entschädigungszahlungen. Gerade in den USA fand das Thema Zwangsarbeit große Aufnahme in den 1990er-Jahren: Die dortigen Anwälte spornten Betroffene an, den Weg der class action zu gehen: Die große Zahl der zu vertretenden Betroffenen erhöhe – so die offizielle Aussage – die Aussicht auf Erfolg. Tatsächlich wurde auf diese Weise Druck auf diejenigen deutschen Firmen aufgebaut, die in den USA aktiv waren. Diese gründeten zunächst eine eigene Initiative, um diesen class actions entgegenzutreten. Als im Jahre 1998 Bundestagswahlen anstanden und sich Gerhard Schröder – als niedersächsischer Ministerpräsident auch mit dem Unternehmen Volkswagen verbunden – anschickte Bundeskanzler zu werden, konnte er sich in Verhandlungen mit dem amerikanischen Außenministerium und innerhalb der deutschen Wirtschaftslandschaft einen außen- und wirtschaftspolitischen Vorschussbonus erarbeiten, indem er die Ziele beider Seiten bediente²: Er versprach einen Fonds für ehemalige Zwangsarbeiter einzurichten, der dann tatsächlich im Jahre 2000 mit der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) seine Arbeit aufnahm und 2007 einen Abschlussbericht über die Zahlungen vorlegte.

Zeigt sich für die EVZ der starke Bezug von Historiographie und Tagespolitik im Speziellen, so lässt sich im Allgemeinen diese starke Verbindung hervorheben. So ist es nicht verwunderlich, dass eine geschichtliche Monographie 1985 eine neue politische Debatte entfachte und andererseits die Politik im Jahre 2000 zu einer neuen geschichtswissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Zwangsarbeit führte. Denn seit diesem Zeitpunkt erschienen in zahlreichen Regional- und Lokalarchiven Arbeiten zum Thema – schließlich musste geprüft und festgehalten werden, wer mit dem EVZ-Gesetz anspruchsberechtigt sein würde. Auch für immer mehr Unternehmen entstand eine Übersicht. So bedeutete das Jahr 2000 einen enormen Schub für die Zwangsarbeitsforschung, der es mittlerweile unmöglich macht, das gesamte Feld vollständig im Auge zu behalten. Auch seit der neueren Übersicht von Mark Spoerer aus dem Jahre 2001 ist viel Neues entstanden, wenngleich die

einzelnen Auszahlungssysteme aber nützlich.

² In diesem Kontext von „Schröders Meisterstück“ zu sprechen, wie das die SPD-Parteizeitung 'Vorwärts' in der Ausgabe 07-08/2010, S. 25 tat, verfälscht dabei die Tatsachen. Die EVZ ist sicherlich ein gelungenes Projekt, aber die Frage muss angebracht sein, in wie weit Schröder lediglich eine wahlkampfaktische Maßnahme statt einer aufrichtig gemeinten Aussöhnungsvision verfolgte.

Grundlinien der Forschung sich nicht verändert haben. Im Folgenden wird auf die wichtigsten Werke eingegangen werden und ein Fokus auf die Region Baden gelegt.

a) Überblickswerke

Ulrich Herberts Monographie „Fremdarbeiter. Politik und Praxis des 'Ausländer-Einsatzes' in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches“³ stellt bis heute das wichtigste Werk zum Thema dar und wurde auch durch Spoerer nicht grundlegend revidiert oder erweitert. Herbert geht in diesem Werk chronologisch vor, was sich dahingehend anbietet, um Phasen und Wendepunkte der Zwangsarbeit auszumachen. So schildert Herbert – nach einer Einordnung des Themas in den gesamthistorischen Kontext – die Probleme der Rüstungs- bzw. Kriegswirtschaft, die dann mit dem Einsatz der Polen sowie der Westeuropäer und der Skandinavier nach deren Eroberung zunächst behoben wurden. Herbert bespricht in den einzelnen Kapiteln die Methoden der Anwerbung und die sozialen Umwelten der Zwangsarbeiter. So gelingt es ihm insgesamt sehr detailreich Brüche und Kontinuitäten zu schildern, beispielsweise in Bezug auf den Einsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen. Diese wurden angesichts der schnellen Siegeserwartung auf deutscher Seite anfangs in den besetzten Gebieten rücksichtslos nach den Vorgaben der Rassedoktrin getötet. Erst mit der Niederlage von Stalingrad und dem sich abzeichnenden Zermürbungskrieg war es notwendig, diese Kräfte vor dem Tod zu bewahren und sie in der Rüstungsindustrie einzusetzen⁴. Dabei erfuhr diese Gruppe den schlimmsten Behandlungsgrad, wenn man die KZ-Häftlinge, die zunächst innerhalb der Zwangsarbeiterschaft eine untergeordnete Rolle spielten, außer Acht lässt. Die Lage für die Zwangsarbeiterschaft verbesserte sich erst im Laufe des Jahres 1944, als die deutsche Führung erkannte, dass immer weniger Kräfte aus den immer kleiner werdenden besetzten Gebieten rekrutiert werden konnten und daher aus den bereits Festgesetzten die optimale Arbeitsleistung zu gewinnen war, wozu Lockerungen der Unterdrückung notwendig waren. Die Rolle der Unternehmen bzw. im Allgemeinen das Verhältnis von Staat zu freier Wirtschaft wertet Herbert dahingehend, dass die Zwangsarbeiter keine vom Staat zwingend den Unternehmen auferlegten Arbeitskräfte waren, sondern die Unternehmer genügend Spielraum hatten, einen Einsatz der verbrachten Personen abzulehnen – freilich mit dem Risiko, dass der Gesamtbetrieb dann hinter die Konkurrenz zurückgefallen wäre. Dieses Risiko, so Herbert, hätten die Unternehmensleiter gescheut: Stattdessen konnte mit den Zwangsarbeitern die betrieb-

³ Ulrich HERBERT, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des 'Ausländer-Einsatzes' in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.

⁴ Roland PETER, Rüstungspolitik in Baden – Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz in einer Grenzregion im Zweiten

liche Infrastruktur aufrecht erhalten werden, was eine der Grundlagen für den späteren wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik bildete⁵.

So dominiert Herbert die Grundstrukturen der Forschung bis heute. Das zeigt sich unter anderem daran, dass für die Zweitaufgabe seines Buches im Jahre 1999, also immerhin 14 Jahre nach der Erstveröffentlichung, nur wenige Korrekturen vorgenommen werden mussten⁶. Aber auch Mark Spoerers Gesamtdarstellung „Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz“⁷ aus dem Jahre 2001 vermochte nur wenig grundsätzlich Neues zum Thema beizutragen. Er ist auf Grundlage der neueren Forschung aber in der Lage, die Zahl der Betroffenen klarer zu umreißen und ein breiteres Spektrum der Arbeitsbedingungen darzulegen. So geht Spoerer von etwa 13,5 Millionen⁸ Zwangsarbeitern aus, die in verschiedensten Bereichen Dienst versehen mussten. Dabei tritt deutlich das Definitionsproblem der Zwangsarbeiterschaft zu Tage. Eine Unterscheidung, wer darunter fällt bzw. fallen soll, ist für Spoerer nicht einfach: Kann ein freiwillig nach Deutschland gekommener, dann aber entrechteter Pole mit einem zwangsverbrachten Ukrainer verglichen werden, der mit Glück in der Landwirtschaft eingesetzt wurde und somit ein beinahe normales Leben verbringen konnte? An Hand solcher Gegenüberstellungen zeigt Spoerer die Probleme auf und kommt daher zur Verwendung eines weiten Zwangsarbeiterbegriffes. Dies erfolgt sicherlich nicht zuletzt aus der Tatsache des sehr breiten zu beobachtenden und neu erforschten Spektrums, was die Zwangsarbeit betrifft, sei es in Fragen der Unterbringung, des Verhältnisses zur deutschen Bevölkerung, der Ernährung oder der rassistischen Ausgrenzung.

Was Spoerers Werk über die reinen wissenschaftlichen Erkenntnisse hinaus wertvoll macht, ist sein Handbuchcharakter. Er schafft es auf ungefähr der Hälfte des Platzes von Herbert die selben Dinge zu schildern, weshalb der erste Überblick von hier aus zu meistern ist. Im gleichen Atemzug erklärt es aber auch, dass und warum Spoerers Buch nur eine Ergänzung, aber kein Ersatz für die Lektüre von Herberts Buch sein kann.

Schon vor diesen Überblickswerken entstanden andere wichtige und noch heute aktuelle Abhandlungen, die aber vor dem politischen Hintergrund ihrer Zeit nicht zu größerer Bekanntheit gelangten und daher zunächst nur als Materialbasis für spätere Auseinandersetzungen dienten. Jedoch sind diese Werke auch heute noch mit Gewinn lesbar, teils wegen ihrer Quellengrundlage, teils wegen

Weltkrieg (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 44), München 1995, S. 352.

⁵ Siehe dazu auch den Aufsatz von Werner ABELSHAUSER, Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999) S. 503-538.

⁶ HERBERT (wie Anm. 4) S. 588.

⁷ Mark SPOERER, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939 – 1945, Stuttgart/München 2001.

der gelungenen Darstellung. Es sind dies die Darstellungen von John E. Fried⁹, Edward L. Homze¹⁰, Dietrich Eichholtz¹¹ und Hans Pfahmann¹². Darüber, dass sie nichts an Aktualität verloren haben, legt die zahlreiche Nennung in der aktuellen Literatur Zeugnis ab.

b) Staatliche Teilbereiche

Mittlerweile gibt es zahlreiche Darstellungen über einzelne Orte, Firmen oder Lager, die detailliert und sozialgeschichtlich aufschlüsseln, wie die jeweiligen Verhältnisse vor Ort waren. Dabei darf der politik- und staatsgeschichtliche Hintergrund aber nicht fehlen. Da bei der Festsetzung der Zwangsarbeiter bis zur endgültigen Vergabe an den Betrieb mehrere Stellen eingeschaltet waren – Wehrmacht, Rüstungsministerium, SS (Reichssicherheits- und Wirtschaftsverwaltungshauptamt), Organisation Todt (OT), Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, Arbeitsämter, Betriebe – , muss das Verhältnis dieser Institutionen untereinander geklärt werden.

Für die staatlichen Hoheitsträger liegen bereits einige Untersuchungen vor. So untersuchten Falk Pingel¹³ und Hermann Kaienburg¹⁴ die Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern unter der Führung der SS, Jan Erik Schulte¹⁵ legte 2001 eine mit der Biographie Oswald Pohls verwobene Übersicht vor. Der Bereich der SS und ihrer Angliederungen kann daher als gut erforscht bezeichnet werden. Das Gleiche lässt sich über die Arbeitsverwaltung und den 1942 einberufenen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Fritz Sauckel nicht sagen. Für den Bereich der Arbeitsverwaltung, sprich die Arbeitsämter, bestand lange Zeit ein Engpass an Überblicken. Die einzelnen Werke beschränkten sich auf eine kurze Schilderung der Aufgaben dieser Ämter ohne aber auf deren Struktur (definierte Aufgaben, Zusammensetzung) einzugehen. Diese Lücke wurde 2008 mit der Dissertation von Ute Vergin¹⁶ geschlossen. Bezüglich der Person Fritz Sauckels bleibt diese Lücke aber bestehen. In Zeiten groß angelegter Biographien, wie sie Peter Longerich über Himmler

⁸ SPOERER (wie Anm. 7) S. 223.

⁹ John E. FRIED, *The Exploitation of Foreign Labor by Germany*, Montreal 1945. Beachtenswert hier: Die Quellengrundlage, die sich bereits auf zeitnahe Untersuchungen der Alliierten stützt.

¹⁰ Edward L. HOMZE, *Foreign Labor in Nazi Germany*, Princeton 1967.

¹¹ Dietrich EICHHOLTZ, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945*, 3 Bände, München 1996. Zu beachten ist hierbei, dass es sich um einen DDR-Autor handelt und die Darstellung dementsprechend gegenzulesen ist, wenn gleich der Kern der Arbeit unter der ideologisierten Begriffsnutzung und Ähnlichem nicht leidet und daher auch 1996 absolut übernahmefähig war.

¹² Hans PFAHLMANN, *Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939 – 1945*, Würzburg 1968.

¹³ Falk PINGEL, *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978.

¹⁴ Hermann KAIENBURG, *Die Wirtschaft der SS*, Berlin 2003.

¹⁵ Jan Erik SCHULTE, *Zwangsarbeit und Vernichtung. Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt 1933 – 1945*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2001.

¹⁶ Ute VERGIN, *Die nationalsozialistische Arbeitseinsatzverwaltung und ihre Funktionen beim Fremdarbeiter(innen)-*

oder Goebbels vorgelegt hat, wäre eine solche auch über Sauckel wünschenswert, hat er doch eine rasante Karriere innerhalb der NSDAP, der er schon seit 1923 angehörte, vorzuweisen. Aber obwohl die Quellenlage gut geordnet ist, hat sich bisher niemand an eine Sauckel-Biographie gewagt¹⁷. So bleiben einige wenige, zu kurze oder nur Teilaspekte behandelnde Texte von Steffen Raßloff¹⁸ und Dietrich Eichholtz¹⁹.

c) Unternehmensgeschichte

Dieser Mangel besteht im Bereich der Untersuchungen über die einzelnen betroffenen, reichsweit agierenden Firmen nicht. Dies soll hier beispielhaft an der Automobilindustrie festgemacht werden. Über die großen Autobauer Daimler-Benz²⁰ und Volkswagen²¹ existieren in der Zwischenzeit jeweils drei einschlägige Übersichtswerke. Auch Opel²², Ford²³ und die früheren Adlerwerke²⁴ in Frankfurt sind untersucht worden. Es ließen sich weitere Werke nennen, die durch die öffentlich diskutierten Gerichtsprozesse oder den Druck in den USA entstanden sind, die aber für die vorliegende Fragestellung nicht einschlägig sind und daher hier nicht dargestellt werden sollen²⁵.

einsatz während des Zweiten Weltkrieges, Osnabrück 2008 (Uni. Diss.).

¹⁷ Siehe dazu den Bericht von Kurt und Stephan LEHNSTAEDT, Fritz Sauckels Nürnberger Aufzeichnungen. Erinnerungen aus seiner Haft während des Kriegsverbrecherprozesses, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009) S. 116-150.

¹⁸ Steffen RAßLOFF, Fritz Sauckel. Hitlers „Muster-Gauleiter“ und „Sklavenhalter“, Erfurt 2007. Es handelt sich dabei um eine relativ kurze Biographie, die mit weiteren Quellen ausgebaut werden müsste und die Sauckels Tätigkeit als Generalbevollmächtigter nur sehr kursorisch behandelt.

¹⁹ Dietrich EICHHOLTZ, Die Vorgeschichte des 'Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz' (mit Dokumenten), in: Jahrbuch für Geschichte 9 (1973) S. 339-383. Der Titel genügt zur Aussage über die Reichweite des Aufsatzes.

²⁰ HAMBURGER STIFTUNG FÜR SOZIALGESCHICHTE DES 20. JAHRHUNDERTS (Hg.), Das Daimler-Benz Buch. Ein Rüstungskonzern im „Tausendjährigen Reich“, Nördlingen 1987; Beate BRÜNINGHAUS/Barbara HOPMANN/Mark SPOERER/Birgit WEITZ, Zwangsarbeit bei Daimler-Benz, Stuttgart 1994; Neil Gregor, Stern und Hakenkreuz. Daimler-Benz im Dritten Reich, Berlin 1997.

²¹ Klaus-Jörg SIEGFRIED, Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Frankfurt am Main/New York 1988; Manfred GRIEGER/Hans MOMMSEN, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996; Klaus-Jörg SIEGFRIED, Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main/New York 1999.

²² Bernd HEYL/Andrea NEUGEBAUER (Hgg.), „... ohne Rücksicht auf die Verhältnisse“. Opel zwischen Weltwirtschaftskrise und Wiederaufbau, Frankfurt am Main 1997.

²³ Reinhold BILLSTEIN/Karola FINGS/Anita KUGLER/Nicholas LEVIS, Working for the Enemy. Ford, General Motors and Forced Labor in Germany, New York/Oxford 2000.

²⁴ Ernst KAISER/Michael KNORN, Wir lebten und schliefen zwischen den Toten!. Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit und Vernichtung in den Frankfurter Adlerwerken, Frankfurt am Main/New York 1999.

²⁵ Verwiesen sei auf die zusammenführende Studie Jürgen LILLTEICHER (Hg.), Profiteure des NS-Systems? Deutsche Unternehmen und das 'Dritte Reich', Berlin 2006.

d) Regionale Darstellungen

Ein ähnliches Problem ergibt sich bei den regionalen Darstellungen, bei denen grundsätzlich zwischen Länder- und Regionen-/Lokaldarstellungen zu unterscheiden ist. Was die Betrachtung der einzelnen Herkunftsländer der Zwangsarbeiter betrifft, so steht man auch hier vor einer großen Menge an Literatur. Für jedes besetzte Land gibt es Darstellungen zur Zwangsarbeit, wenngleich auffällt, dass der Bereich Osteuropa stärker vertreten ist²⁶. Dies ist nicht verwunderlich, kam die größte Gruppe eben aus diesem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und Polens. Es verwundert schon eher, dass der Balkanraum tendenziell wenig erforscht ist; im Gegensatz zur Sowjetunion wurden die Zwangsarbeiter von dort nach 1945 nicht stigmatisiert. Auch der derzeitige Kampf in Griechenland um Entschädigungen scheint der dortigen Zwangsarbeiterforschung keinen Impuls gegeben zu haben²⁷. Insofern muss man für Südosteuropa eine Lücke einräumen²⁸. Besser ist die Lage für Italien und die sogenannten Italienischen Militärinternierten²⁹. Nach dem Ausscheiden der Italiener aus dem Bündnis mit dem deutschen Reich 1943 vor die Wahl gestellt, ob die italienischen Soldaten an der Seite der Deutschen weiterkämpfen wollten, entschied sich das Gros dafür, dies abzulehnen und wurde – von den Deutschen ohnehin schon als Verräter verachtet – mit der Verbringung ins Reich zur Zwangsarbeit genötigt, wo sie von nun an mit den sowjetischen Staatsbürgern auf die niedrigste Stufe gestellt wurden. Auch Westeuropa ist gut erforscht³⁰: Die sogenannte 'Westbindung' der Bundesrepublik machte es schnell notwendig, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen³¹.

²⁶ Stellvertretend für die zahlreiche Literatur genannt Christian STREIT, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941 – 1945*, Bonn 1997; Alexander DALLIN, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941 – 1945*, Düsseldorf 1958; Eva SEEBER, *Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1939 – 1945)* (Schriftenreihe des Instituts für Geschichte der Europäischen Volksdemokratien an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Bd. 3), Berlin (Ost) 1964.

²⁷ Einer der wenigen Aufsätze – eine Monographie scheint noch nicht zu existieren – zu Griechenland: Christos HADZIIOSIF, *Griechen in der deutschen Kriegsproduktion*, in: Ulrich HERBERT (Hg.), *Europa und der 'Reichseinsatz'. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938 – 1945*, Essen 1991, S. 210-233.

²⁸ Als beachtenswert erscheinen bisher nur: Lutz EWERTH, *Der Arbeitseinsatz von Landesbewohnern besetzter Gebiete des Ostens und Südostens im Zweiten Weltkrieg*, Tübingen 1954 (Uni. Diss.) und Martin SECKENDORF (Bearb.), *Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941 – 1945)* (Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6), Berlin/Heidelberg 1992.

²⁹ Siehe dazu u.a. Gerhard SCHREIBER, *Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943 – 1945. Verraten, verachtet, vergessen* (Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 28), München 1990 oder Gabriele HAMMERMANN, *Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943 – 1945*, Trier 1995 (Uni. Diss.).

³⁰ Als ein Beispiel sei genannt: Fritz PETRICK (Bearb.), *Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940 – 1945)* (Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 7), Berlin/Heidelberg 1992; Helga BORIES-SAWALA, *Franzosen im Reichseinsatz. Deportation, Zwangsarbeit, Alltag, Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern*, 3 Bände, Frankfurt am Main 1996; Mathias Georg HAUPT, *Der Arbeitseinsatz der belgischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges*, Bonn 1970 (Uni. Diss.).

³¹ Siehe dazu beispielsweise Heft 5/6, Jahrgang 56 (2005) von *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*.

Was die Regional-/Lokaldarstellungen betrifft, so umfassen diese eine nur kleine geographische Einheit, etwa Bundesländer, Landkreise oder Städte. Für das Gebiet der heutigen Bundesrepublik wurde hier durch die Arbeit der Stadt- und Lokalarhive Vieles zu Tage gefördert. Als große beispielhafte Leistung kann hier das Werk zur Zwangsarbeit in Düsseldorf gesehen werden. Es kontextualisiert die Zwangsarbeit an einem bestimmten Ort und zeigt die entstehenden Netzwerke auf, die sich bezüglich der Arbeitervermittlung bildeten. Dabei werden die Stadtverwaltung, aber auch die Unternehmer ausführlich in den Blick genommen. So entsteht ein vollständiges Bild einer deutschen Großstadt, die grundsätzliche Abläufe nachvollziehbar macht und daher ein Vorbild für solche Studien ist³². Das gilt – trotz kleinerer Schwachstellen wie fehlenden Begriffserklärungen – auch für den Überblick über Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein, der nicht nur der Region weitere Anregung gegeben hat, sondern auch für weitere Betrachtungen von Bundesländern hilfreich sein kann³³. Für den Bereich des ehemaligen Landes Baden beziehungsweise das geographische Umfeld Baden-Badens fehlen derartige Überblicke allerdings fast gänzlich. Einige große oder industriell bedeutenden Städte oder Firmen haben zwar Werke veröffentlicht, eine handbuchartige Übersicht liegt allerdings nicht vor. Vor allem der Bereich Mittelbadens scheint völlig außen vor zu sein. So wurden in den Städten Friedrichshafen³⁴, Heidelberg³⁵, Heilbronn³⁶, Karlsruhe³⁷, Pforzheim³⁸ und Singen³⁹ eigene Übersichten erarbeitet, die sich aber erwartungsgemäß sehr ortsspezifisch ausnehmen. Von der Stadt lässt sich nicht auf das Geschehen im Gau oder anderen Bereichseinteilungen schließen. Als große Klammer kann lediglich der Blick von Roland Peter auf die badische Rüstungsindustrie gesehen werden⁴⁰. Wenngleich sein Schwerpunkt auf der Rüstungsindustrie liegt, so sind doch eini-

³² Clemens VON LOOZ-CORSWAREM (Hg.), Zwangsarbeit in Düsseldorf. „Ausländereinsatz“ während des Zweiten Weltkrieges in einer rheinischen Großstadt (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 62), Essen 2002.

³³ Robert BOHN/Uwe DANKER/Nils KÖHLER/Sebastian LEHMANN, „Ausländereinsatz in der Nordmark“. Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939 – 1945 (IZRG-Schriftenreihe, Bd. 5), Bielefeld/Gütersloh 2001.

³⁴ Christa THOLANDER, Fremdarbeiter 1939 bis 1945. Ausländische Arbeitskräfte in der Zeppelin-Stadt Friedrichshafen, Essen 2001.

³⁵ Alice HABERSACK, Fremdarbeiter in Heidelberg während des Zweiten Weltkrieges (Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. 16), Basel/Heidelberg/Neustadt an der Weinstraße/Ubstadt-Weiher 2013. Auch für den Nachbarort Schwetzingen erfolgt derzeit durch den Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Heidelberg die Aufarbeitung der Geschichte der NS-Zwangsarbeiter. Mit Ergebnissen ist bis Ende 2013 zu rechnen.

³⁶ Susanne SCHLÖSSER, 'Fremdarbeiter' – 'Displaced Persons' – 'Heimatlose Ausländer'. Der nationalsozialistische Zwangsarbeiterensatz in Heilbronn und seine Folgen in der direkten Nachkriegszeit 1939 – 1950. Eine Bestandsaufnahme, in: heilbronnica. Beiträge zur Stadtgeschichte 11 (2000), S. 177-213.

³⁷ Jürgen SCHUHLADEN-KRÄMER, Zwangsarbeit in Karlsruhe 1939 – 1945. Ein unbekanntes Kapitel Stadtgeschichte“, Karlsruhe 1997.

³⁸ Christian HALLER, Der 'Ausländereinsatz' in Pforzheim während des Zweiten Weltkrieges (Materialien zur Stadtgeschichte, Bd. 17), Heidelberg/Ubstadt-Weiher/Basel 2005.

³⁹ Wilhelm WAIBEL, Schatten am Hohentwiel. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Singen, Konstanz 1995.

⁴⁰ PETER (wie Anm. 4). In diesem Buch befindet sich auch ein ausführliches Kapitel zu den Zwangsarbeitern, das dann verkürzt nochmals erschien: DERS., Ausländische Zwangsarbeiter im Baden des Zweiten Weltkrieges, in: von Otto

ge Hinweise auf Strukturen zu finden, unter denen der Wirtschafts- und somit der Zwangsarbeiterapparat arbeitete. Er ordnet die verschiedenen badischen Regionen historisch ein und zeigt so, warum welcher Raum rüstungspolitisch stärker oder schwächer aktiv war, was freilich Auswirkungen auf die Zwangsarbeiterschaft hatte. Zu diesem Werk treten zudem Firmenübersichten, beispielsweise die schon erwähnten von Daimler-Benz, das auf badischem Gebiet in der großen Industriestadt Mannheim und in Gaggenau Werke unterhielt. Die erschienenen Übersichten zur Stadt Baden-Baden selbst enthalten zum Thema Zwangsarbeit allenfalls wenige Aussagen⁴¹.

Für Mittelbaden selbst liegt nur für eine Stadt eine Übersicht vor, nämlich Offenburg⁴². Wollte man die Geschichte dieser Region aufarbeiten, ist damit ein guter Vergleichspunkt gelegt worden, da sich die größeren Städte wie Rastatt oder Baden-Baden von der Bevölkerungszahl her sehr gut mit Offenburg vergleichen lassen. Durch einen Vergleich könnten dann Gemeinsamkeiten oder Unterschiede in der Stadtstruktur sichtbar gemacht werden, so dass man zu validen Ergebnissen kommen könnte.

e) Einzelaspekte

An diesen ersten Überblick über Gesamtdarstellungen zum Thema Zwangsarbeit und Opfergruppen an schließt sich die Diskussion in der Literatur über eine Vielzahl weiterer, eher spezifischer Themen, von denen an dieser Stelle einige wenige herausgegriffen werden sollen.

So wird dem Bereich der Oral History immer mehr Beachtung geschenkt. Der Band „Hitlers Sklaven“ kann als Vorlage für künftige Forschungen in diese Richtung gelten. Auf der Grundlage zahlreicher Zeitzeugeninterviews konnten Thesen bestätigt oder neue gefunden werden, tauchten neue Aspekte für die Forschung auf oder wurde das bisher erarbeitete Bild diversifiziert bzw. ergänzt. Dieses Mittel kann daher sehr fruchtbar sein, weshalb es längstmöglich genutzt werden sollte. Der genannte Band bietet hierfür eine gute Orientierung, zeigt er Interviewtechniken und Methoden der Auswertung auf⁴³. Eng verbunden mit den Erlebnissen der Zeitzeugen sind die Symbole oder Vorgänge, die ihnen entweder während oder nach ihrem Martyrium begegneten. Das schließt zum Bei-

BORST (Hg.), *Minderheiten in der Geschichte Südwestdeutschlands*, Tübingen 1996, S. 212-266.

⁴¹ So etwa Dagmar KICHERER, *Kleine Geschichte der Stadt Baden-Baden, Leinfelden-Echterdingen 2008* und Achim REIMER, *Stadt zwischen zwei Demokratien. Baden-Baden von 1930 bis 1950* (Forum Deutsche Geschichte, Bd.7), München 2005.

⁴² Bernd BOLL, „Das wird man nie mehr los...“. *Ausländische Zwangsarbeiter in Offenburg 1939 – 1945* (Reihe Geschichtswissenschaft, Bd. 34), Pfaffenweiler 1994.

⁴³ Almut LEH/Alexander VON PLATO/Christoph TONFELD (Hgg.), *Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*, Köln/weimar/Wien 2008. Außerdem: STIFTUNG 'ERINNERUNG, VERANTWORTUNG, ZUKUNFT' (Hg.), *Geraubte Leben. Zwangsarbeiter berichten*, Köln/Weimar/Wien 2008.

spiel die Arbeitserziehungslager ein, in die angebliche Saboteure gebracht wurden⁴⁴. Aber auch, wie mit Kranken – die man für nicht mehr arbeitsfähig hielt⁴⁵ – oder den Kindern von Zwangsarbeitern umgegangen worden ist. In solchen Fällen kam es auf die Umstände der Elternschaft an: War ein Elternteil deutsch, entstanden zumeist keine Probleme. Sogenannte 'eindeutschungsfähige' Kinder wurden ihren Eltern entrissen und in Kinderheimen erzogen, sofern für die Gesamtfamilie keine gemeinsame Beschäftigung und Unterbringung ins Auge gefasst wurde. Das Schicksal der Kinder, die von den Nationalsozialisten als 'nicht eindeutschungsfähig' eingestuft wurden, gehört in das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte: Diese Kinder ließ man – unter dem Vorwand sie in Erziehungsstationen zu bringen – verhungern⁴⁶. Daran schließen sich Fragen an, wie es den Zwangsarbeitern nach Ende des Krieges erging. Wie verlief ihr Leben als sogenannte displaced persons⁴⁷? Welche gesundheitlichen Schäden trugen sie davon⁴⁸?

Einen letzten Teilaspekt stellen schließlich die beiden großen Kirchen dar. Gerade an diesen beiden Institutionen ging die Forschungsarbeit relativ lange vorbei und wurde erst seit dem Jahre 2000 ernsthaft betrieben⁴⁹. Dabei konnte sich die evangelische Seite zunächst positiver in Szene setzen, da sie sofort ihre Beteiligung mit zehn Millionen Deutsche Mark am Fonds der EVZ zusagte, während die katholische Deutsche Bischofskonferenz dies nicht tat, sondern darauf verwies, dass sie erst eigene Forschungen anstellen wolle, um dann eine Entschädigung in Eigenregie zu übernehmen, was dann so auch eintrat. Beide Seiten stellten Forschungen an, weshalb man hier von einem ausgebauten Forschungsstand sprechen kann⁵⁰. Bei der Lektüre merkt man dem Beitrag der Katholiken aber die längere Reifezeit – der Band erschien erst 2008, der der Evangelischen Kirche schon 2005 – an. Die Texte wirken kohärenter und vollständiger. Beim evangelischen Beitrag scheinen noch Teile der Quellen zu fehlen, so – wenn man das am konkreten Beispiel Baden fest-

⁴⁴ Siehe dazu Gabriele LOTFI, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart/München 2000.

⁴⁵ Siehe dazu: Matthias HAMANN, Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten, in: Götz ALY (Hg.), Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung des Unbrauchbaren,, Berlin 1987, S. 121-187 (mit detailliertem Bericht über die Anstalt Hadamar).

⁴⁶ Siehe dazu Gisela SCHWARZ, Kinder, die nicht zählten. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997.

⁴⁷ Dazu beispielsweise Stanislaus STEPIÉN, Der alteingesessene Fremde. Ehemalige Zwangsarbeiter in Westdeutschland“, Frankfurt am Main/New York 1989.

⁴⁸ Dazu William G. NIEDERLAND, Folgen der Verfolgung. Das Überlebenden-Syndrom, Seelenmord, Frankfurt am Main 1980. Gerade hier kann die Oral History in Verbindung mit der Medizingeschichte sicher noch viel beitragen, wenn Überlebende bewusst nach Symptomen befragt werden.

⁴⁹ Beide Institutionen fassten ihre einzelnen Gliederungen in einem Werk zusammen, weshalb im Text jeweils von einer kohärenten Institution gesprochen werden soll.

⁵⁰ Karl-Joseph HUMMEL/Christoph KÖSTERS (Hg.), Zwangsarbeit und katholische Kirche 1939 – 1945. Geschichte und Erinnerung, Entschädigung und Versöhnung. Eine Dokumentation (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 110), Paderborn/München/Wien/Zürich 2008; Jochen-Christoph KAISER (Hg.), Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie 1939 – 45 (Konfession und Gesellschaft – Beiträge zur Zeitgeschichte 32), Stuttgart 2005.

machen möchte – wird hauptsächlich der nordbadische Teil besprochen, über Südbaden wird kein Wort erwähnt⁵¹. Umgekehrt ist das Verhältnis im katholischen Beitrag über das Erzbistum Freiburg⁵², in dem sich verstärkt die Region Südbaden wiederfindet, was aber mit der stärkeren Infrastruktur vor Ort erklärt werden kann. Die wenigen mittel- und nordbadischen Einrichtungen fallen nicht gänzlich heraus. Beide Beiträge beginnen mit einem detaillierten Übersichtsteil zur Zwangsarbeit in der jeweiligen Kirche. Anschließend werden die einzelnen Gebietseinteilungen besprochen. So sind beide Werke – mit den genannten Einschränkungen – wichtige Forschungsbeiträge geworden. Ärgerlich ist lediglich ein Aspekt, der den Beitrag der evangelischen Seite betrifft. Das Vorwort und die Einführung von Jochen-Christoph Kaiser lesen sich wie eine Apologie. Mag man das Vorwort noch als ungeschickt formuliert erachten können, wundert man sich als Leser bei Worten wie:

„Allerdings besaßen die kirchlichen Arbeitgeber kein Bewußtsein davon, dass sie Menschen beschäftigten, die ihre Arbeit unter Zwang leisteten und dafür so wenig Lohn erhielten, dass man hier eindeutig von Ausbeutung sprechen muss.“⁵³

Die Forschungsergebnisse bürden den Arbeitgebern mittlerweile eine hohe Verantwortung auf, denn Zwangsarbeiter mussten beim Arbeitsamt von Ihnen angefordert werden. Die Formalitäten wie Lohn – den ja der Arbeitgeber selbst zu zahlen hatte –, Unterbringungs- und Verpflegungspflicht sowie Einhalten der sozialen Beschränkungen für die ausländischen Arbeiter waren genau geregelt und wurden bei der Übergabe durch das Arbeitsamt angesprochen und geprüft. Ein Arbeitgeber musste also von sich aus aktiv werden, um Zwangsarbeiter zugewiesen zu bekommen, das setzt das Wissen um die Organisation voraus. Angesichts der Tatsache, dass die dann eintreffenden neuen Arbeiter vielfach slawische oder französische Namen gehabt haben, dürfte offensichtlich gewesen sein, woher und wie diese Arbeiter zu ihren neuen Arbeitgebern kamen. Der Mangel an deutschen Arbeitskräften war hinlänglich bekannt, den Ersatz konnten nur Menschen aus den besetzten Gebieten bieten. Kurzum: Jeder Arbeitgeber musste wissen, auf was er sich bei der Anforderung neuer Arbeitskräfte beim Arbeitsamt einließ. Warum Kaiser sich für eine textliche Darstellung entschied, die suggeriert, dass für den „kirchlichen Arbeitgeber“ das Leid dieser Zwangsarbeiter nicht bekannt gewesen sei, ist rätselhaft.

⁵¹ Sogar in einem eigenen Band der EVANGELISCHEN LANDESKIRCHE IN BADEN (Hg.), Zwangsarbeit in Einrichtungen der Evangelischen Landeskirche und Inneren Mission in Baden 1939 – 1945, Karlsruhe 2005, fehlt Südbaden und es wird nur über die Region um Mannheim und Heidelberg gesprochen.

⁵² Dieser erschien ausführlich schon 2004 und wurde dann für den Gesamtbeitrag gekürzt. Monika ČAJKOVAC, Zwangsarbeiter in kirchlichen Einrichtungen in der Erzdiözese Freiburg 1939 – 1945, in: Freiburger Diözesan-Archiv 124 (2004) S. 167-257.

f) Entschädigung

Als eine Geschichte der Ärgernisse könnte man auch die Entschädigungsdebatten um die Zwangsarbeiter bezeichnen⁵⁴. Erst spät – mit dem EVZ-Gesetz von 2000 – wurden Zwangsarbeiter explizit entschädigt. Zuvor mussten sie Glück haben, zusätzlich zur Zwangsarbeiterschaft einer religiösen, rassistischen oder politischen Verfolgungskategorie des Bundesentschädigungsgesetzes anzugehören. Oder sie lebten in Staaten, die aus bilateralen Entschädigungsverhandlungen Gelder für sie übrig hatten. Insofern bildet das EVG-Gesetz einen echten Einschnitt. Aber selbst dieser schließt noch nicht alle Zwangsarbeiter mit ein: So bleiben die Italienischen Militärinternierten mit dem Verweis auf ihren Kriegsgefangenenstatus weiterhin außen vor, obwohl sie eben nicht als ordentliche Kriegsgefangene behandelt wurden. Nicht oft genug betont werden kann die beschämende Tatsache, dass während der jahrzehntelangen Diskussion ein Großteil der Betroffenen bereits verstorben war. All diese Probleme spiegeln sich auch in der Literatur wider. Am eindrücklichsten beschreibt der von Ulrike Winkler herausgegebene Band „Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte“ die Diskussionen um das Stiftungsgesetz von 2000 herum⁵⁵. Den schriftlichen Schlusspunkt unter die Entschädigungsdebatte setzte vorerst der Abschlussbericht der EVZ zu den Zahlungen aus dem Jahre 2007⁵⁶. An 1,665 Millionen Empfänger wurden 4,3625 Milliarden EURO ausgezahlt⁵⁷. Bedenkt man, dass neuesten Schätzungen zufolge über 20 Millionen Zwangsarbeiter betroffen waren, so zeigt dies, wie spät dieses Gesetz kam⁵⁸. Außerdem flankiert ein weiterer Umstand diese Zahlungen: Vom Stiftungsvermögen wurde die Hälfte von den Unternehmen beigesteuert. Diese Zahlungen konnten aber – so eine politische Regelung – von der Steuer abgesetzt werden, so dass letztlich der deutsche Staat die Hauptlast trug⁵⁹. Die Zahlungen gelten nun als abgeschlossen und die EVZ verwendet die vorhandenen Geldmittel für Projekte vielfältiger Art innerhalb der Erinnerungsarbeit.

Diese wird nun – neben der immer noch vorgenommenen Aufarbeitung durch die Stadtarchive und Firmen – im Vordergrund stehen. Der bereits erwähnte Band „Hitlers Sklaven“ zeigt, dass die Er-

⁵³ KAISER (wie Anm. 50) S. 13.

⁵⁴ Siehe dazu allgemein Hans Günter HOCKERTS, Wiedergutmachung in Deutschland. Eine historische Bilanz 1945 – 2000, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001) S. 167-214.

⁵⁵ Ulrike WINKLER (Hg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000.

⁵⁶ Michael JANSEN/Günter SAATHOFF, „Gemeinsame Verantwortung und moralische Pflicht“. Abschlussbericht zu den Auszahlungsprogrammen der Stiftung 'Erinnerung, Verantwortung, Zukunft', Göttingen 2007.

⁵⁷ Ebd., S. 215.

⁵⁸ Jens-Christian WAGNER, Zwangsarbeit im Nationalsozialismus – Ein Überblick, in: Volkhard KNIGGE/Rikola-Gunnar LÜTTGENAU/Jens-Christian WAGNER (Hgg.), Zwangsarbeit. Die Deutschen die Zwangsarbeiter und der Krieg, Weimar 2010, S. 180-193, hier S. 180.

⁵⁹ Siehe dazu die Entscheidung der Oberfinanzdirektion München vom 4. Februar 2000, in: OFD München, 4. Februar 2000, Az.: S 2223 – 130 St 41, Nr. 5/2000.

forschung nationaler Erinnerungskulturen gerade am Thema Zwangsarbeit gut vollzogen werden kann. Während in Polen Zwangsarbeiter von Anfang an als Opfer anerkannt wurden, erfolgte dies in der Sowjetunion überhaupt nicht, dort galten sie lange als Kollaborateure. In Frankreich wurden die Zwangsarbeiter hinter den Opfern der Résistance eingestuft – schließlich seien sie freiwillig zur Hilfe ins Deutsche Reich gegangen, statt wie die Widerstandskämpfer ihr Leben für Frankreich zu opfern. Dies zeigt sich daran, dass sich die Zwangsarbeiter seit einem Gerichtsurteil in den 1990er-Jahren nicht mehr als 'Deportierte' bezeichnen dürfen. Der Forschungsaustausch innerhalb der wachsenden Europäischen Union könnte hier noch Einiges zu Tage fördern⁶⁰.

g) Internetdarstellungen/Ausstellungen

Dabei könnte das Medium Internet sehr hilfreich sein. Zum einen können Datenbanken eingerichtet und eingesehen werden, sei es zur Recherche von Personen oder von Lagern, Orten und Firmen⁶¹. Links zu weiteren Quellenbeständen oder Projekten können gelegt werden, eine Forschungsvernetzung effektiv stattfinden⁶². Zum anderen kann das Internet bei der Vermittlung der Inhalte helfen, etwa wenn Zeitzeugeninterviews oder andere Quellen online gestellt werden. Wie das aussehen könnte, hat die Bundeszentrale für politische Bildung vorgemacht. Bei ihr kann man eine DVD samt Lehrerheft erwerben und digitale Medien im Unterricht auswerten⁶³. Statt einer DVD könnten diese Videos auch über den Browser betrachtet werden⁶⁴. So liegt hier ein fruchtbares didaktisches Feld, das über das Medium Internet erschlossen würde.

Gleichzeitig kann dieses Medium helfen, materiell vorhandene Inhalte auf digitalem Weg zu verbreiten. Ein gelungenes Beispiel ist hier die Internetseite zur frisch von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora erarbeiteten Wanderausstellung „Zwangsarbeit. Die Deutschen,

⁶⁰ So auch der Tenor der Konferenz „Zwangsarbeit in Hitlers Europa, die vom 8. bis 10. Februar 2011 in Berlin stattfand, die Abschlussdiskussion war abrufbar unter: <http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/forum/201101/148130.html> (Stand: 14. Februar 2011, mittlerweile gelöscht). Selbst in Deutschland wurde das Thema Zwangsarbeit noch lange politisch instrumentalisiert. So von Politikberatern, die in der Arbeitersiedlung der VW-Werke in Wolfsburg die Fremdarbeiter als nachteilig untergebracht sahen und mit dem Hinweis auf die Zustände der früheren Zwangsarbeiter diesem Umstand abhelfen wollten. Siehe dazu Hedwig und Ralf RICHTER, Der Opfer-Plot. Probleme und neue Felder der deutschen Arbeitsmigrationsforschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57 (2009) S. 61-97.

⁶¹ Derartige Projekte gibt es bereits und man darf auf deren Entwicklung gespannt sein (folgende Aufzählung jeweils mit Stand vom 9. August 2013): BUNDESARCHIV, <http://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/>; Landesarchiv Baden-Württemberg, <http://www.landesarhiv-bw.de/web/47441> oder die von der STIFTUNG EVZ unterhaltene Archiv-Seite unter <http://www.zwangsarbeit-archiv.de/>.

⁶² Siehe dazu das Open Peer Review Projekt „Arbeit im Nationalsozialismus“ des Oldenbourg Verlages, abrufbar unter <http://arbeit-im-nationalsozialismus.oldenbourg-verlag.de/> (Stand: 9. August 2013).

⁶³ Angela MARTIN/Cord PAGENSTECHE, Zwangsarbeit 1939 – 1945. Erinnerung und Geschichte. Zeitzeugen-Interviews für den Unterricht, DVD und Lehrerheft, Berlin 2010.

⁶⁴ Das DEUTSCHE HISTORISCHE MUSEUM bietet dies unter <http://www.dhm.de/zwangsarbeit/> (Stand: 9. August 2013) an, es fehlt allerdings eine Lernhilfe.

die Zwangsarbeiter und der Krieg“⁶⁵. Gespickt mit Zusatzinformationen und Links kann man die Ausstellung in ansprechender Weise virtuell durchlaufen – das regt zu einer weiteren Beschäftigung mit dem Thema an. Insofern bietet das Medium eine große Hilfe bei der Darstellung, Recherche und Vernetzung.

Seit 2013 existiert in Berlin-Schöneweide eine Dauerausstellung zum Thema⁶⁶. Dort konnte eine Bürgerinitiative ein ehemaliges Barackenlager für Zwangsarbeiter erhalten, nachdem die Siedlung nach dem Krieg als Unterkunft für verschiedene Unternehmen und Labore gedient hatte. Die Anlage, institutionell verbunden mit der Stiftung Topographie des Terrors, wurde baulich instand gesetzt und vor dem Verfall gerettet. Der authentische Ort mit der dazugehörigen Bibliothek dürfte künftig einige wissenschaftliche Attraktivität besitzen und neue Akzente für die Forschung setzen.

h) Zeitgenössische Quellen

Für das Archiv in Schöneweide dürften genügend Quellenmaterialien bereitstehen. Für den Bereich der NS-Zwangsarbeit liegen diese in zahlreicher Form vor: Reichsgesetzblatt, Reichsarbeitsblatt, juristische Kommentare zu den Gesetzen Arbeitsamtsakten, Ernährungsamtsakten, Polizeiakten, Gerichtsakten, Unternehmensakten, Akten der einschlägigen staatlichen Stellen der Organisation Todt, des Rüstungsministers Albert Speer und des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Spruchkammerakten, Akten des Nürnberger Tribunals und der Folgeprozesse, Meldekarteien – der Fundus an möglichen Quellen scheint unerschöpflich. Dies birgt allerdings für die Quellenrecherche eine Gefahr: All diese Akten anzusehen kostet enorm viel Zeit. Das Studium der Findmittel alleine dauert lange, ebenso wie das Durcharbeiten der betroffenen Akten, von denen im Vorfeld nicht feststeht, welchen Inhalt sie preisgeben. Zudem gilt es die Sprache der Zeit zu beachten: Ein Zwangsarbeiter wurde im damaligen offiziellen Sprachgebrauch 'Fremd- oder Zivilarbeiter' genannt. Dabei sind die Grenzen oftmals schwer nachzuzeichnen: Personen mit slawisch klingenden Namen – etwa in Meldekarteien – können durchaus schon vor dem Krieg in Deutschland ansässig geworden sein. Hat man nur Namen und Geburtsdatum, wird eine Zuordnung zur Gruppe der Zwangsarbeiter oder zur jahrzehntelang organisch gewachsenen Fremdarbeit unmöglich. Insofern muss sich der Archivgänger auf akribische und langwierige Abgleicharbeit gefasst machen, sofern einschlägige Akten ohnehin noch erhalten sind.

⁶⁵ Katalog wie Anm. 58. Internetseite: <http://www.ausstellung-zwangsarbeit.org/251/> (Stand: 9. August 2013).

⁶⁶ Siehe zum Projekt: <http://www.topographie.de/dz-ns-zwangsarbeit/> (Stand: 9. August 2013).

zuschließen ist. Nicht ohne Grund kann sich Ulrich Herberts Buch von 1985 immer noch als Standardwerk bezeichnen.

3. Quellenlage für Mittelbaden

Während der Gesamtkomplex NS-Zwangsarbeit breit und tief erforscht ist, gibt es beim Blick auf die Lokalgeschichte noch Lücken. Eine solche wurde bereits für den Bereich Mittelbaden konstatiert. Städte wie Rastatt, Gaggenau, Bühl oder Baden-Baden haben ihre Geschichte bezüglich der NS-Zwangsarbeit bisher nicht in einem zusammenhängenden Kontext untersucht. Dies wäre aber notwendig, um für diese Region qualitativ hochwertige Aussagen zu treffen. Da es keine größere Stadt in einer Größenordnung von Pforzheim oder gar Karlsruhe gibt und die Nähe zur französischen Grenze besonders ausgeprägt ist, ließen sich hier strukturelle Eigenheiten ausmachen, die den Charakter der Zwangsarbeit bedingten. Fragen, die sich bei der Bearbeitung auftaten, waren unter anderem folgende: Wie ist die Hierarchie innerhalb einer nivellierten Region, in der es mehrere mittlere, aber keine große Stadt gibt? Wie verteilten sich hier die Arbeiter? Wie geht man in einer Grenzregion⁶⁸ – und besonders in Baden-Baden als mondäner und für ausländische Gäste attraktiver Kurort – mit dem Faktor Fremdarbeit um? Wie lässt sich Zwangs- von normaler Gastarbeit trennen, vor allem wenn Quellen fehlen?

Was die Unterscheidung von Zwangs- und Gastarbeit betrifft, so tat sich am Standort Baden-Baden ein großes Problem auf. Auch wenn sich Zwangsrekrutierungsmaßnahmen wie die sogenannten Sauckelaktionen genau datieren lassen, so scheint es nicht ausgeschlossen, dass gerade die sogenannten 'Westarbeiter' aus Frankreich oder Belgien auch nach Kriegsausbruch ins nahe gelegene Baden-Baden kamen, um so der Arbeitslosigkeit im Heimatland zu entgehen oder an einem attraktivem Arbeitsplatz – den hochwertigen Hotels mit fremdsprachigen Gästen – Anstellung zu finden. Immerhin wurde den 'Westarbeitern' eine Gleichstellung mit den deutschen Arbeitern in Aussicht gestellt. Mit Blick auf Baden-Baden wird das grundsätzliche Problem deutlich: Bei einer solchen großen Schwankungsbreite von etwa 1.100 Personen⁶⁹, die Zwangsarbeiter gewesen sein könnten oder nicht, handelt es sich um eine für das soziale Leben nicht mehr vernachlässigbare Größe. Bei etwa 30.000 Einwohnern macht es einen Unterschied, ob so viele entrechtete Personen mehr oder weniger in einer Stadt lebten. Bei niedrigerem Anteil werden sie ganz anders wahrgenommen, als

⁶⁸ Als solche müssen Baden und das Elsass bezeichnet werden: Auch wenn der Begriff formell mit der Eingliederung des Elsass in das Reichsgebiet hinfällig ist, so trifft er doch für die während der Vorkriegszeit entstandenen Strukturen der Arbeitsmigration zu. Die Feindbilder von Deutschen und Franzosen während der Besatzungszeit des Elsass sprechen dafür, dass das Gebiet auch während der Kriegszeit durch eine Grenze getrennt und die Grenzland-Struktur erhalten blieb.

wenn ihr Anteil hoch gewesen wäre und somit ihre Anwesenheit als normal empfunden werden konnte. Das betrifft auch den Faktor Nationalität: War der Anteil an Franzosen, die als Gastarbeiter bekannt und vielleicht gar geschätzt waren, hoch, nimmt Zwangsarbeit andere Formen an, als wenn sich die Bewohner – völlig ungewohnt – nun stark mit Arbeitern aus Osteuropa, denen man auch mit Vorurteilen gegenübertritt, auseinandersetzen müssen. Diese unterschiedliche Wahrnehmung kann den Umgang mit den Zwangsarbeitern enorm beeinflussen: Der zum wiederholten Male anwesende Franzose erhält unter Umständen bereitwilliger bessere und üppigere Nahrung als der Arbeiter aus der Sowjetunion, die gerade gegen das Heimatland im Kriege steht. Bei Letzterem wird infolge der Propaganda und größeren menschlichen Entfernung schneller Gewalt angewandt, Liebschaften verboten, bei Regelverstößen energischer eingeschritten. Insofern spielt die Gewöhnung an Gastarbeiter in der Zeit vor dem Krieg eine große Rolle. In Baden-Baden wie im gesamten Grenzgebiet Baden könnte es eine solche gegeben haben, womit eine klare Zuordnung zu faktischer Gast im Gegensatz zur Zwangsarbeit schwerfällt. Besteht nun bereits für eine Stadt dieses Problem, bedeutet dies in einem weiteren Schluss, dass eine nähere Untersuchung für andere Städte ähnliches ergeben könnte, und bei dieser Schwankungsbreite an betroffenen Personen hätte das für die Gesamtzahl erhebliche Ausmaße. Baden gilt es hierbei tatsächlich als Grenzgebiet zu verstehen, in dem Arbeitsmigration stattfand⁷⁰. Mit stärkerem Blick auf teilweise traditionelle transnationale Austauschprozesse statt auf der einseitigen Verbringung von den besetzten Gebieten ins Deutsche Reich verändern sich die Erkenntnisse in relevantem Maße, der Charakter von Zwangsarbeit kann sich dadurch verändern.

Es handelt sich hierbei nur um vage Überlegungen, keinesfalls soll der Versuch der Relativierung grausamer Verbrechen unternommen werden. Allerdings hat es für das soziale Leben und somit für den Umgang mit den Zwangsarbeitern konkrete Folgen im Alltag, wenn sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung verändert. Diesen Alltag daher genauer zu untersuchen, diversifiziert das bestehende Bild der Zwangsarbeit, erweitert es vielleicht sogar. Hier wäre zu wünschen gewesen, dass es Vorarbeiten gibt, um mit dem Problem besser umgehen zu können. Diese existieren aber zu wenig, so dass letztlich nur ein Beispiel auf Grundlage der belgischen Arbeiterschaft herausgegriffen werden konnte, das vor die gleichen Probleme gestellt zu konkreten Aussagen kommt⁷¹.

⁶⁹ Siehe Kapitel 5.

⁷⁰ Siehe zum Thema Arbeitsmigration den neuen Sammelband von Jochen OLTMER (Hg.), Nationalsozialistisches Migrationsregime und >Volksgemeinschaft<, Paderborn/München/Zürich/Wien, 2013.

⁷¹ Es ist dies ein bislang unveröffentlichter Aufsatz von Sharon HARRISON, *Belgian Families in the Fatherland, 1940 – 1945*, dem ein Vortrag auf einem Brüsseler Symposium zu Grunde liegt, Näheres dazu unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=10021> (Stand: 9. August 2013). Der Kontakt zu ihr konnte über die von Bernhard Bremberger initiierte Mailingliste zur NS-Zwangsarbeit hergestellt werden, siehe diese unter <http://hclist.de/mailman/listinfo/ns->

Die Annahme, dass es auch nach 1939 freiwillige Arbeitnehmer im Grenzgebiet Baden gab, wird dann virulent, wenn Quellen weitestgehend fehlen und nicht abgleichend verifiziert werden kann, welcher Arbeiter warum ins Reich kam beziehungsweise gelangte. Im Stadtarchiv Baden-Baden scheint der für einen Historiker größte anzunehmende Unfall der Aktenvernichtung eingetreten zu sein: Als im Februar 1946 auf Anweisung der französischen Besatzungsmacht dieser eine Liste mit den in Baden-Baden lebenden Kriegsgefangenen, Arbeitern oder sonstigen Ausländern übergeben werden sollte, erfolgte der Hinweis, dass viele der Akten nach Karlsruhe gekommen und vor allem die Ausländer betreffenden Akten in den letzten Kriegstagen vernichtet worden seien⁷². Es ist anzunehmen, dass diese dort vernichtet wurden, denn weder im Stadtarchiv Baden-Baden noch im Generallandesarchiv Karlsruhe lassen sich außer Kleinstbeständen relevante Akten in nennenswertem Umfang finden. Mit diesem Abstrich in der Quantität geht der in der Qualität der Quellen einher. Der Großteil der zu findenden Quellen sind listenartige Übersichten, aus denen sich zwar Name, Herkunft und Arbeitsort nachvollziehen lassen. Aber sozialgeschichtlich verwertbare Quellen – etwa Justizakten, aus denen man nachvollziehen könnte, wie oft und warum ausländische Arbeiter angeklagt wurden, oder Akten der Ernährungsämter zur Einsicht in die Verpflegung – sind rar. So bleibt letztlich lediglich die Meldekartei der Stadt Baden-Baden als größeres, komplett im Stadtarchiv erhaltenes Quellenkorpus. Dieses wurde nach Art eines statistischen Querschnitts, wie er auch für die Bestandsaufnahme zahlenmäßig großer Aktensammlungen angewendet wird, durchsucht. Von einem größeren, nach Namen geordneten Quellenkorpus werden nur ausgewählte Buchstabenbestände erhalten. Die Annahme ist dabei, dass diese punktuelle Aufbewahrung repräsentatives Abbild der Gesellschaft bildet. Diese Buchstaben werden so gewählt, dass die Namensverteilung nach Nationalitäten in Bezug auf das Sammlungsthema einigermaßen nahe am gesellschaftlichen Vorbild bleibt. Würde man beispielsweise bei einem auch Ausländer betreffenden Thema die Buchstaben M und S archivieren, wird angesichts der weit verbreiteten Namen wie Maier, Müller und Schmidt ein deutliches Übergewicht auf deutschen Personen liegen. Auf Anraten der Stadtarchivarin, die von ihren Erfahrungen berichtete, wurden aus den Karteien ob ihres Umfangs die Buchstaben D, N und T ausgewertet. Die zahlenmäßigen Ergebnisse (Anteile der verschiedenen Nationalitäten, Altersgruppen und Geschlecht) wurden dann mit acht multipliziert und die konkrete Auswertung der Buchstaben X und Y addiert, so dass rechnerisch letztlich alle 26 Buchstaben des

zwangsarbeit (Stand: 9. August 2013).

⁷² Stadtarchiv Baden-Baden, A27/1-3296, darin: zwei Schreiben des Polizeidirektors Baden-Baden an den Oberbürgermeister vom 16. und 23. Februar 1946; und darauf aufbauend das Antwortschreiben des Oberbürgermeisters an den Délégué Supérieur pour le Gouvernement Militaire de Bade, Section des Personnes Déplacés, Services des Recherches vom 26. Februar 1946. Dr. Martin Stingl, Archivar im Generallandesarchiv Karlsruhe, berichtete, dass das Badische Innenministerium kurz vor Kriegsende abgebrannt sei. Die Hintergründe des Brandes (Fliegerbombe oder Brandstiftung) sind ungeklärt. Der Hinweis auf die vernichteten Akten könnte sich aber auch darauf bezogen haben.

Alphabets berücksichtigt wurden. Das bedeutet, dass nicht näher erläuterte Zahlenangaben nur eine Hochrechnung sind. Auch wenn dieses Vorgehen viele Rückschlüsse auf einzelne Zwangsarbeiter-schicksale zulässt, so ist der sozialgeschichtliche Wert hier insgesamt gering, sodass man eine Do-minanz eher quantitativer gegenüber qualitativer Quellen antrifft, man also eine gute Grundlage für statistische Werte – Gesamtzahl der Zwangsarbeiter, Herkunftsländer, Berufe – besitzt, diese aber wenig mit konkreten Schicksalen unterlegen kann.

Auf Grund lückenhafter Quellenbasis ist es auch schwer, das oben erwähnte Problem der Zwangs- und Gastarbeiterschaft auszudifferenzieren. Wird in der Meldekartei ein Franzose geführt, der im April 1943 in einem Hotel mit dem Beruf Kellner erstmals gemeldet wurde, so lässt sich nicht ohne Weiteres sagen, ob die betroffene Person als Zwangsarbeiter ins Deutsche Reich kam oder wirklich freiwillig diese Stelle angetreten hat. Dies wird dadurch erschwert, dass auch Zwangsarbeiter in Ho-tels oder Gaststätten untergebracht waren. Man bräuchte also weitere Quellen, aus denen eindeutig hervorgeht, welchen Status man einem Arbeiter zuschreiben müsste, diese existieren aber nicht. Deshalb bleibt nur, aus den Angaben der Meldekartei das Schicksal zu folgern. Dazu wurden ver-schiedene Kriterien aufgestellt. Fand die Rückreise beziehungsweise der *Rücktransport* – so der Meldekarteieintrag – ins Heimatland bald nach dem 12. April 1945, dem Einmarsch der Franzosen in Baden-Baden, statt, so lässt sich daraus schließen, dass sich der Betroffene unfreiwillig im Deut-schen Reich befand und alles daran setzte, schnell wieder in seine Heimat zurückkehren zu können. Auch die Kombination der Unterkunft und des Berufes lässt Rückschlüsse zu. Passt eine Berufsbe-zeichnung zu einer Wohnung, in der dieser Beruf ausgeübt wird – etwa der Berufseintrag Küchen-mädchen und eine Wohnung im Hotel- oder Gaststättengewerbe – , so kann mit großer Wahrchein-lichkeit angenommen werden, dass die Person mit diesem Beruf dort auch arbeitete. Überdies wur-den italienische Staatsangehörige, sofern sie nach August 1943 nach Baden-Baden kamen, zu den Italienischen Militärinternierten und somit zur Zwangsarbeiterschaft gezählt, was im Großteil der Fälle auch durch die lagerhaften Wohnortangaben bestätigt wurde. Elsässer wurden grundsätzlich nicht für die Zwangsarbeiterschaft berücksichtigt, da sie als Deutsche behandelt wurden⁷³, was aber gegensätzliche Einzelfälle nicht ausschließt.

Zu diesen inhaltlichen Schwierigkeiten treten bei der Quelleninterpretation die Probleme, die schon bei der Entstehung der Akten- und Schriftstücke angelegt wurden. Nimmt man die Ankunftslisten oder die Meldekarten der Arbeiter, so entstanden diese meistens durch persönliches Vorsprechen der ausländischen Arbeitskräfte vor dem jeweiligen Durchgangslager beziehungsweise vor der jeweili-

⁷³ Siehe SPOERER (wie Anm. 7) S. 19.

gen Behörde. Dies brachte – sofern die Personalienaufnahme nicht an grundsätzlichen Verständigungsschwierigkeiten scheiterte – den Umstand mit sich, dass die deutschen Soldaten und Beamten meistens das notierten, was sie lautsprachlich hörten. Deshalb wurden Geburts- und Herkunftsorte sowie Namen in den deutschen Quellen oft stark verzerrt. So taucht beispielsweise bei russischen Ortsbezeichnungen immer wieder das Wort *Oblast* – das eigentlich eine Bezeichnung für eine größere Verwaltungseinheit ist – auf, das offenbar als Eigenname niedergeschrieben wurde. Auch bei Eigennamen kann es zu Unwägbarkeiten kommen. Bei der Existenz mehrerer Listen kann eine Person in verschiedenen Schreibweisen ihres Namens zu finden sein, was eine Folge der Verschriftlichung und Eindeutschung der fremden Sprache oder ein einfacher Übertragungsfehler sein kann. Als konkretes Beispiel lässt sich das an der Person Michal Bojeczko festmachen. Alleine der in mehreren verschiedenen Listen und Karten zu findende Vorname variiert von Michal über Michail zu Michael. Beim Nachnamen ließen sich vier verschiedene Schreibweisen ausmachen: Bojeczko, Bojetschko, Boojerko, Bojazko. Auf Grund von Geburtsdatum und -ort kann man die verschiedenen Schreibweisen zumindest einer Person zuordnen, aber gerade bei der Archivierung führt das zu einer unangenehmen Mehrfachnennung von Personen.

Ebenfalls nachteilig bei der Archivierung sind Einträge, die einen Ort zu ungenau kennzeichnen, was im Falle des heutigen Stadtteils Steinbach ungünstig war, da es auch im damaligen Landkreis Buchen (heute: Neckar-Odenwald-Kreis) ein solches gab und gibt.



Quellenprobleme: Nur einem aus mindestens 1500 Namen konnte ein Gesicht zugeordnet werden. Quelle: Generallandesarchiv, 357 Zug. 1973 Nr. 55, Fremdarbeiterkarte; Name darf wegen der Sperrfrist nicht genannt werden.

Insgesamt lässt sich die Quellenlage demnach als dünn beschreiben. Auch Recherchen in Spruchkammerakten betroffener Arbeitgeber blieben ohne Erfolg. Suchen im Onlinekatalog des Militär- und Bundesarchivs blieben ohne nennenswerten Treffer. Hinzu kommt die mangelnde Unterstüt-

zung seitens offizieller Stellen wie der AOK Baden-Württemberg, die sich auf Datenschutzbestimmungen zurückzog und somit die Aufklärungs- samt Versöhnungsarbeit behinderte⁷⁴.

4. Kontext: NS-Zwangsarbeit im Dritten Reich

Die fehlenden Quellen führen in der späteren Darstellung dazu, dass nicht alle Bereiche, die im Kontext mit der NS-Zwangsarbeit diskutiert werden, aus den Quellen heraus abgedeckt werden. Eine Kenntnis auch dieser fehlenden Aspekte ist aber wichtig, um den Gesamtkomplex bewerten zu können. Daher soll diese Lücke im Kommenden durch einen Kurzüberblick zum allgemeinen Kontext verkleinert werden.

a) Kurzüberblick

Wenn vom Kontext NS-Zwangsarbeit die Rede ist, so betrifft das für das gesamte Reich in seinen Grenzen von 1939 13,5 Millionen Menschen: Kriegsgefangene, Zivilarbeiter und KZ-Häftlinge⁷⁵. Wohlgemerkt: Das Deutsche Reich mit Österreich und den Sudetengebieten hatte im Jahr 1933 76,5 Millionen Einwohner, das Kerngebiet des Deutschen Reiches 66 Millionen⁷⁶. Diese Arbeiter kamen auf verschiedenen Wegen zu ihren deutschen Arbeitgebern. Kriegsgefangene wurden nach ihrer Festnahme in einem Kriegsgefangenenlager interniert. Im Ausland freiwillig wie zwangsmäßig angeworbene Arbeiter wurden von ihren Heimatorten in zwei sogenannte Durchgangslager gebracht: Das eine lag noch auf Seite ihrer Heimat und diente hauptsächlich der Erfassung. Von dort kamen sie in ein Lager auf der deutschen Seite, von wo aus sie zu ihrem Arbeitseinsatz kamen. Die Betriebe meldeten ihren Bedarf den Arbeitsämtern vor Ort und diese wandten sich dann jeweils an die Landesarbeitsämter, die wiederum ihren Bedarf an die Wehrmacht und das Reichsarbeitsamt weitergaben. An diesen zentralen Stellen wurde der gesamte Arbeiterbedarf geplant und die Angeworbenen auf die Lager im Reich verteilt. Das entsprechende Durchgangslager, aus dem die Arbeiter nach Baden kamen, befand sich in Bietigheim-Bissingen⁷⁷. Dort wurden die Arbeiter entlastet und dann mit ihrem mitgebrachten notdürftigen Gepäck zu ihrem Einsatzort gebracht.

⁷⁴ Das Antwortschreiben an das Stadtarchiv Baden-Baden auf eine Bitte um Einsichtnahme in die AOK-Kartei ist im Stadtarchiv Baden-Baden, im Projektordner Zwangsarbeiter, einsichtlich.

⁷⁵ SPOERER, Zwangsarbeit (wie Anm. 7) S. 223. Wenn im Folgenden ausschließlich auf SPOERER eingegangen wird, so deshalb, weil er die aktuellste Zusammenschau bietet und daher genauer als Herberts Werk ist. Siehe zu den angesprochenen Themen die aussagekräftigen Kapitelnamen in seinem Werk.

⁷⁶ Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches für das Jahr 1938, S. 7.

⁷⁷ Siehe dazu etwa Schreiben des Arbeitsamtes an Landratsamt vom 7. August 1943 mit Anhängen in Generallandes-

Wenn von 'zwangsmäßig angeworbenen' Arbeitern die Rede war, so führt das zum Definitionsproblem der Zwangsarbeiterschaft. Konkret: Wer war 'zwangsmäßig verbracht'? Mark Spoerer kommt hierbei bei seiner Darstellung auf eine sehr ausdifferenzierte Definition mit mehreren Merkmalen. Dazu gehören etwa die Möglichkeit Einwirkung auf ein rechtliches Arbeitsverhältnis oder auf die tatsächlichen Umstände der Arbeit, die meist vorgegeben waren, zu nehmen. Ebenso zählt Spoerer die Herkunft der Arbeiter, die Stellung in der Rassenhierarchie und die Sterblichkeitsrate als Merkmale auf⁷⁸. Diese breite Definition ist angebracht, weil die empirische Forschung zahlreiche verschieden gelagerte Fälle ans Tageslicht befördert hat, die durch verschiedene Charakteristika zur Zwangsarbeit werden. So würde man einen polnischen Arbeiter, der sich tatsächlich freiwillig zur Arbeit in Deutschland gemeldet hatte, dort dann aber misshandelt wurde, genauso zur Zwangsarbeiterschaft rechnen, wie einen Arbeiter aus der Ukraine, dessen Haus absichtlich niedergebrannt oder dessen Firma bewusst geschlossen wurde, der dann im Reich aber das Glück hatte, an einen relativ humanen Arbeitsplatz gesetzt zu werden. Bei Bauernfamilien war die Unterbringung und die Ernährung meistens besser, da der Bauernhof oftmals einigermaßen geschützt vor polizeilichen Kontrollen lag, so dass beispielsweise die Ernährung üppiger ausfallen konnte als in den Lagern der Großfirmen, die ihre Insassen sehr viel härter kontrollierten. Insofern ist Spoerers breiter Definition zuzustimmen, wenngleich die Liste der Merkmale erweitert und konkretisiert werden sollte. Die fehlende Einflussnahme auf das Beschäftigungsverhältnis mag zwar ein stichhaltiger Faktor sein, dieser allein ist aber wenig hilfreich, wenn die konkrete Arbeitssituation eine angenehme war und dem Arbeiter daher eine Einflussnahme gleichgültig war.

Betrachtet man die reinen Rechtskategorien, so ist die Vergabe des Zwangsstatus recht eindeutig: Mit Blick auf die sogenannten Polen- und Ostarbeitererlasse waren die Angehörigen dieser Nationalitäten Zwangsarbeiter, da sie in Deutschland mit zahlreichen unterdrückenden Maßnahmen überzogen wurden, etwa mit der Kennzeichnung durch ein Stoffabzeichen – noch vor der Einführung des Judensterns – mit dem Zeichen 'P' oder 'OST' oder dem Verbot des sexuellen Verkehrs mit Deutschen unter Androhung der Todesstrafe. Diese rechtlichen Regelungen wurden den Betrieben und den Arbeitern mitgeteilt, die Betriebsleiter und Arbeiter mussten die Kenntnisnahme schriftlich bestätigen⁷⁹. Diese Regelungen waren Ausdruck der rassistischen Diskriminierung, die Grundlage der NS-Ideologie war. Opfer dieser Diskriminierung waren vor allem die slawischen Völker, während die westlichen Nationen großzügiger behandelt wurden. Das heißt konkret, dass Angehörige der aus NS-Sicht minderwertigen Nationalitäten fahrlässig bis bewusst misshandelt wurden, etwa durch

archiv Karlsruhe (GLA), 371 Zug. 1991/49 Nr. 224.

⁷⁸ Siehe zum Definitionsproblem SPOERER (wie Anm. 7) S. 9-20.

⁷⁹ Siehe zu den Erlassen ebd., S. 93ff.

Gewaltanwendung oder Aushungern⁸⁰. Deutlich wurde dies auch in der Unterbringung, etwa wenn für einen normierten Barackentyp bei Lagerbauten bestimmt wurde, dass auf den gleichen Raum doppelt so viele 'Ostarbeiter' und Italienische Militärinterierte wie 'Westarbeiter' untergebracht werden sollten⁸¹. Diese Willkürbehandlung änderte sich erst mit der deutschen Niederlage von Stalingrad, als aus der Sowjetunion immer weniger und schließlich keine neuen Zwangsarbeiter mehr gepresst werden konnten. Statt neue Arbeiter einzusetzen, musste das NS-Regime mit den vorhandenen Arbeitern das Maximale erreichen, wofür Lockerungen – etwa bessere Ernährung, mehr Ausgang – notwendig waren⁸². Bis dahin war die Ernährung katastrophal unzureichend und in Form von Freibankfleisch und sogenanntem *Russenbrot* – unter den Teig wurde Stroh oder Laub gemischt – qualitativ schlecht⁸³, das Gehalt extrem niedrig. Bei der Bekleidung hatte man nur Anspruch auf Nähzeug und musste ansonsten mit der mitgebrachten Kleidung auskommen, die oftmals saisonal und mengenmäßig völlig unzureichend war, weil man mit anderen Arbeitsbedingungen gerechnet hatte beziehungsweise bei der Deportation nur das Notwendige eingepackt hatte. Die fehlenden Hygienemittel wie Desinfektionsmittel bedingten, dass die ausländischen Arbeiter bald so ungepflegt aussahen, dass sich die deutschen Vorurteile tatsächlich bestätigt sahen. In Betrieben mussten die Arbeiter so lange arbeiten, bis ein Luftangriff auf das Werk ersichtlich war. Den Zeitpunkt hierbei legten die örtlichen Luftschutzleiter fest, was oftmals dazu führte, dass die Arbeiter zur Ausnutzung jeder Arbeitsminute bis kurz vor beziehungsweise unter todbringenden Umständen bis zum Überflug arbeiten mussten⁸⁴. Der Arbeitsschutz für Ostarbeiter war nicht existent, weshalb sie für Betriebsleiter eine ideale Verfügungsmasse für gefährliche Arbeiten stellten: Recht- und schutzlos mussten sie nur kurz angelernt werden, ohne dass für sie in Schutzmaßnahmen investiert werden musste. Starb ein Arbeiter, wurde beim Arbeitsamt der nächste beantragt⁸⁵. Demgegenüber war der Werkschutz mit weitreichenden Aufgaben versehen: Er entschied bei Vorfällen über Sanktionen und hatte es in der Hand, ob das Vorkommnis an die GESTAPO gemeldet wurde oder nicht⁸⁶.

KZ-Häftlinge, die ohnehin in einem System des Terrors leben mussten, wurden mit der Zeit von der SS als Einnahmequelle entdeckt und entweder bei ihr selbst angestellt oder an Firmen verliehen. Kriegsgefangene, die nach der Genfer Konvention oder zumindest der Haager Landkriegsordnung vor Zwangsarbeit geschützt waren, wurden trotzdem zur Arbeit herangezogen. Dabei wurden die Gefangenen der westlichen Staaten – die regelmäßig Besuch von Versorgungsinstitutio-

⁸⁰ Siehe zur Rassenskala ebd., S. 25 f. und 91f.

⁸¹ Siehe zu den Barackentypen ebd., S. 118.

⁸² Siehe zu den Lockerungen ebd., S. 97f. und PETER (wie Anm. 4) S. 338 und S. 340.

⁸³ SPOERER (wie Anm. 7) S. 126 und PETER (wie Anm. 4) S. 341.

⁸⁴ PETER (wie Anm. 4) S. 293.

⁸⁵ Siehe zu den genannten Aspekten SPOERER (wie Anm. 7) S. 124f., S. 135, S. 139, S. 148 und PETER (wie Anm. 4) S. 350.

nen bekamen – weitgehend human behandelt und zu normaler Arbeit bei normalen Essensrationen herangezogen. Mit der Begründung, dass die Sowjetunion die Genfer Konvention nicht ratifiziert hatte, sah sich das NS-Regime ihr gegenüber nicht an die Konvention gebunden und beutete die sowjetischen Kriegsgefangenen dementsprechend aus⁸⁷.

b) Zwangsarbeit in Baden

Für die Durchführung und Kontrolle der einzelnen Bestimmungen und Willkürakte war eine Verwaltungsstruktur notwendig, die für das Land Baden im Folgenden geschildert werden soll.

Baden war als Region mit dem Topos *Grenzland* behaftet, was sich vor allem bis zum deutschen Sieg über Frankreich negativ auswirkte⁸⁸. Aus Furcht vor Spionen oder Saboteuren sollten aus diesem Gebiet rüstungswichtige Betriebe und mit ihnen ausländische Arbeiter ferngehalten werden und stattdessen in die geographische Mitte des Reiches gesetzt werden. Aus diesem Grunde wurden aus Baden dann auch viele Arbeiter in eben diese Gebiete oder zur Wehrmacht abgezogen; die badische Konsumindustrie, die in der Folge einen Arbeitskraftmangel hatte, wurde als nachrangig betrachtet. Erst mit dem Frankreichfeldzug änderte sich dies: In Baden wurde vor allem die Luftwaffentechnik angesiedelt⁸⁹, aber auch die wegen des Wehrmachtseinzuges der Bauern freien Stellen in der Landwirtschaft sollten wieder besetzt werden. Auf diese Weise blühte Baden wieder auf und es kamen auch Zwangsarbeiter, hauptsächlich aus der Sowjetunion und seit Oktober 1943 11.000 Italienische Militärinternierte⁹⁰, in die Region, wobei in ihr reichsweit die wenigsten Zwangsarbeiter beschäftigt wurden⁹¹.

Ein gutes Beispiel ist das Daimler-Benz-Werk Gaggenau, das zu Kriegsbeginn von der Rohstoffzufuhr abgeschnitten wurde. Da Rüstungsaufträge fehlten, erhöhte das Werk den Ausstoß der LKW-Produktion, in der Hoffnung, die produzierten Güter absetzen zu können. Gleichzeitig wurden die Arbeitskräfte von der Wehrmacht eingezogen beziehungsweise von Daimler intern versetzt, etwa in die Flugzeugmotorenwerke Genshagen. Bis 1940 war das Werk so von 6.378 auf 4.562 Arbeiter verkleinert worden. Zunächst wurde das Werk am Munitionsprogramm beteiligt, dann wurde ein Kriegsprogramm für den LKW-Bau aufgelegt. Auf Grund von Kürzungen in den jeweiligen Programmen stand das Werk vor dem Aus, eine Aufrechterhaltung konnte nur über Rüstungsaufträge

⁸⁶ PETER (wie Anm. 4) S. 354 f.

⁸⁷ Siehe zu den einzelnen Gruppen SPOERER (wie Anm. 7) S. 90-115.

⁸⁸ Zum Topos *Grenzland* siehe PETER (wie Anm. 4) S. 201 und S. 330; SCHUHLADEN-KRÄMER (wie Anm. 37) S. 20f.; und etwa im Studentenfürer der Universität Heidelberg für das Sommerhalbjahr 1935, in dem mehrere Artikel zum Topos behandelt werden.

⁸⁹ PETER (wie Anm. 4) S. 108.

⁹⁰ Ebd., S. 334. Dort wird der Anteil an sowjetischen Zwangsarbeitern im Frühjahr 1943 auf 43 Prozent berechnet.

erfolgen. Erst seit Juni/Juli 1940, dem Ende des Frankreichfeldzuges, gelang es den Daimler-Managern Rüstungsaufträge in die Firma zu holen, nicht zuletzt deshalb, weil sie in der Zwischenzeit gelernt hatten, wie mit den Behörden am besten auszukommen war. Letztlich musste das Daimler-Werk aber doch mit den Gaggenauer Eisenwerken zusammengelegt werden, da die LKW-Produktion zu fehlerhaft war und immer mehr Fachkräfte verloren gingen, womit sich die Firma alleine nicht mehr halten konnte⁹².

Neben diesen Ängsten der politischen Führung birgt der Aspekt des Grenzlandes für den historischen Forscher ein Problem: In welche Kategorie sollen Arbeiter des Nachbarlandes eingeordnet werden? Bekannt ist, dass aus Frankreich etwa 1,9 Millionen Kriegsgefangene und Zivilarbeiter zwischen 1939 und 1945 auf deutschem Boden Dienst leisteten, davon circa 185.000 freiwillig⁹³. Eben diese Freiwilligkeit nachzuweisen, ist ein großes Problem, das die Beurteilung der Arbeitscharakteristik in Baden behindert. Vier sogenannte Sauckel-Aktionen – Zwangsrekrutierungen in großem Maßstab – in Frankreich sind bekannt, bei denen etwa 645.000 Arbeiter gepresst wurden⁹⁴, hinzu kommen etwa 1,29 Millionen Kriegsgefangene, so dass Spoerers Gesamtangabe eigentlich erreicht ist. Auf der anderen Seite stehen aber die Erkenntnisse von Sharon Harrison und Patrick Fridenson. Fridenson betont die hohe Arbeitslosigkeit in Frankreich nach dem deutschen Einmarsch⁹⁵. Eine solche hätte auch Belgier verstärkt ins Deutsche Reich getrieben, da sie dort bessere Arbeitsbedingungen zu finden hofften. Den Versprechungen – etwa die Unterkunft mit der ganzen Familie – folgten aber oftmals Enttäuschungen⁹⁶. Trotz dieser Enttäuschungen und den bekannten Zwangsrekrutierungen war der Weg ins Deutsche Reich für viele Belgier eine ernsthafte Alternative zum Verbleib in der Heimat. Diese Erkenntnis kommt auch für Franzosen in Betracht, gerade angesichts der geographischen Nähe und der attraktiven Arbeitslandschaft. Unterstützt wird dieser Verdacht durch statistische Werte. Für das Jahr 1937/1938 werden für Südwestdeutschland 381 Grenzgänger und 18.626 ausländische Arbeiter geführt. 1938 befanden sich in Baden 11.633 Ausländer, im ganzen Kerngebiet des Deutschen Reiches 8.471 Franzosen⁹⁷. Außerdem galten Franzosen als

⁹¹ Ebd., S. 332.

⁹² Siehe zu den Daimler-Werken in Gaggenau ebd., S. 137-147. Siehe allgemein zu den geschützten Industriezweigen und zur Spanne Rüstungs- im Gegensatz zur Konsumindustrie ebd., S. 20.

⁹³ Siehe zu den Kriegsgefangenen- und Zivilarbeiterzahlen SPOERER (wie Anm. 7) S. 221f. und zu den Freiwilligen ebd., S. 63.

⁹⁴ Roger FRANKENSTEIN, Die deutschen Arbeitskräfteaushebungen in Frankreich und die Zusammenarbeit der französischen Unternehmen mit der Besatzungsmacht, 1940 – 1944, in: Waclaw DLUGOBORSKI, Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel. Achsenmächte und besetzte Länder (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 47), Göttingen 1981, S. 211-223, hier S. 220.

⁹⁵ Patrick FRIDENSON, Die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges auf die französische Arbeiterschaft“, in: DLUGOBORSKI (wie Anm. 94) S. 199-209, hier S. 200.

⁹⁶ Siehe HARRISON (wie Anm. 69).

⁹⁷ Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches für das Jahr 1937, S. 23 und S. 262.

gute Fachkräfte⁹⁸. Das heißt, Franzosen könnten durchaus freiwillig nach Baden gekommen sein, für einen eindeutigen Nachweis, wer Zwangs- oder normaler Fremdarbeiter war, müssten die vorhandenen Namen mit weiteren Quellen – sofern es diese gibt – abgeglichen werden.

Zentren der Rüstungspolitik in Baden waren Pforzheim, Mannheim und Karlsruhe⁹⁹. Träger dieser Rüstungspolitik waren mehrere Institutionen, die um die Führungsposition kämpften. Das Land Baden wurde von drei Wehrkreisen durchteilt, so lagen Mannheim und Heidelberg im Wehrkreis XII, Buchen und Tauberbischofsheim im Kreis XIII und der Rest von Baden im Wehrkreis V. Gleichzeitig existierten die staatlichen Behörden – etwa die Aufsicht über die Ernährungsämter in den Städten – , so dass die effiziente Führung der Verwaltungsstruktur erheblich erschwert wurde¹⁰⁰. Der organisatorische Aufbau der kriegswirtschaftlichen Behörden zählt nicht weniger als vier Zweige auf, die in Sachfragen kooperieren mussten: Arbeitsämter, Industrie- und Handelskammern, Rüstungskommandos und Landräte. Sie waren vier verschiedenen Institutionen (Reichsarbeitsministerium, Reichswirtschaftsministerium, Oberkommando der Wehrmacht, Reichsinnenministerium) untergeordnet. Gleichzeitig konnten weitere Behörden – etwa Fritz Todts Reichsministerium für Bewaffnung und Munition – Einfluss nehmen, so dass Kompetenzstreitigkeiten vorprogrammiert waren¹⁰¹. Am 29. April 1942 wurde dann mit der Rüstungsinspektion Oberrhein für Baden und das Elsass der Versuch unternommen, die Strukturen zu straffen¹⁰². Diese wurde im September 1942 mit dem Führungsauftrag den anderen bis dahin gegründeten Stellen – neu waren die Bezirksobmänner der Ausschüsse und Ringe und das Gauamt für Technik – vorangeschaltet. Im Dezember 1942 schließlich wurde Gauleiter Robert Wagner von Hermann Göring in dessen Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerrates für die Reichsverteidigung zum Reichsverteidigungskommissar des Gaues Baden mit der ausführenden Behörde des Landeswirtschaftsamtes ernannt. Da in der Kriegszeit praktisch alle Weisungen die Verteidigung betrafen, wurde somit zur Rüstungsinspektion ein zweiter starker Pol geschaffen. Die Zusammenarbeit verlief anfangs unproblematisch, da man sich auf eine Kooperation einigte und sich die Bereiche aufteilte. Das Landeswirtschaftsamt übernahm die Betreuung der Textil-, Chemie-, Rohstoff-, Werkstoff-, Konsum- und Lederunternehmen, die Rüstungsinspektion grundsätzlich alle Betriebe der metall- und eisenverarbeitenden Industrie. Für den Leiter des Landeswirtschaftsamtes zählte hierunter die Industrie, die Wehrmachtgeräte im engeren Sinne herstellte, was bald zu neuen Spannungen führte, als das

⁹⁸ PETER (wie Anm. 4) S. 347.

⁹⁹ Ebd., S. 119.

¹⁰⁰ Siehe dazu ebd., S. 23ff.

¹⁰¹ Ebd., S. 26.

¹⁰² Ebd., S. 28 und S. 31.

Landwirtschaftsamt wieder mehr Macht an sich ziehen wollte. Der genannte Kompromiss bedeutete für das Landwirtschaftsamt den Verlust von 142 Betrieben, gleichzeitig den Gewinn von etwa 40 elsässischen Betrieben. Das Kompetenzgerangel wurde schließlich am 11. September 1943 gelöst, als eine Verordnung Speers zum Übergang der Kompetenzen auf dem gesamten Gebiet der Rohstoffe und Produktion an die Rüstungsinspektion führte. Sie betreute bis Ende Juli 1944 dann 564 Betriebe mit rund 209.000 Beschäftigten und hatte sich als maßgebende Mittelinstanz in wirtschaftlichen Fragen durchgesetzt¹⁰³. Als die Luftangriffe die Kommunikation zwischen Mittelinstanz und Zentrale in Berlin immer mehr in Mitleidenschaft zogen, setzte Speer seit Herbst 1944 sogenannte Rüstungsbevollmächtigte für die bessere Regelung des Arbeitseinsatzes, des Verkehrs, der Kohle, des Gases, des Wassers, der Energie und der Nachrichtenmittel ein. Die Inspektion Oberrhein wurde dafür mit den Wehrbereichen V a, XII a und XII b zusammengelegt. Der Bevollmächtigte hatte seinen Sitz in Heidelberg¹⁰⁴.

Konkurrenz hatten diese Ämter letztlich nur noch im Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, der am 21. März 1942 mit Fritz Sauckel berufen wurde und sich mehrerer Institutionen bediente, hauptsächlich der Arbeitsämter und der Gauleiter, die als Verantwortliche in den Gaue agierten und für die Durchführung von Sauckels Befehlen verantwortlich waren.

Personell charakterisiert Roland Peter Baden als gut aufgestellt: Während Robert Wagner wirtschaftlich inkompetent gewesen sei, stieß Ministerpräsident Walter Köhler in diese Nische und agierte in ihr völlig frei. Im Gegenzug tastete er Wagners Macht nicht an. Mit seiner wirtschaftlichen Kompetenz und Kompromissfähigkeit schaffte er es, die wirtschaftlichen Probleme sachlich zu lösen, weshalb er auch in mehrere Spitzenpositionen berufen wurde¹⁰⁵.

Ein letzter Baden und das Elsass betreffender Aspekt ist die Existenz der Organisation Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW). Diese Organisation baute seit etwa Anfang 1943 von München aus ein Netzwerk auf, das schnell über ganz Süddeutschland ausgebaut werden konnte. Dabei bedienten sich die Mitglieder der Mund-zu-Mund-Propaganda und dem Dokumentenschmuggel am Arbeitsplatz oder im Lazarett. Ziel war die Sabotage der deutschen Kriegswirtschaft, damit der Krieg schneller zu Ende war. Partiiell bestand zudem die Hoffnung, mit einem bewaffneten Aufstand lokal die Macht übernehmen zu können. In badischen Städten wie Karlsruhe, Mann-

¹⁰³ Siehe zu den beiden Ämtern ebd., S. 34-37.

¹⁰⁴ Ebd., S. 39.

¹⁰⁵ Ebd., S. 16.

heim, Heidelberg, Rastatt und Baden-Baden sollen die *bedeutendsten Organisationen* unterhalten worden sein, davon findet sich allerdings nichts in den Quellen¹⁰⁶.

5. NS-Zwangsarbeit in Baden-Baden

In Baden-Baden, das 1937 30.262 Einwohner hatte¹⁰⁷, arbeiteten zwischen 1.507 und 2.611 Zwangsarbeiter¹⁰⁸. Der Maximalwert bezieht alle potentiellen Zwangsarbeiter ein. Darunter fallen beispielsweise nicht Italiener, die vor dem August 1943 in Baden-Baden arbeiteten oder im Allgemeinen Personen, bei denen der Kontext nicht auf eine Zwangsarbeiterschaft schließen ließ, etwa eine Ehe oder schon vor dem Krieg geborene Kinder. Dafür aber Franzosen, die theoretisch auch normale Gastarbeiter hätten sein können. Diese wurden für den Minimalwert dann außen vor gelassen, weshalb es zu dieser immensen Spanne kommt. Unter diesen Arbeitern befanden sich etwa 128 Italienische Militärinternierte.

Mit allen aufgefundenen Indizien wurde eine Datenbank erstellt, in der jeder potentielle Zwangsarbeiter mit Name, Nationalität, Geschlecht, Geburtsdatum und -ort, Arbeitsort, Quellensignatur und einem Kurzauszug seines Schicksals im Deutschen Reich soweit aus der Quelle ersichtlich eingetragen wurde. Diese Datenbank konnte bisher mit genau 592 Namen befüllt werden. Weitere Namen können künftig über die alphabetisch sortierten Meldekarteien im Stadtarchiv Baden-Baden recherchiert, die Liste darum ergänzt werden. Dieser repräsentative Grundstock – immerhin sind damit etwa ein Fünftel bis ein Drittel der in Frage kommenden Personen erfasst – wurde dann als Ausgangslage für eine statistische Erhebung bezüglich Geschlecht, Nationalität und Altersstruktur genommen.

Dabei ist ersichtlich, dass ein Großteil Männer waren, 73 Prozent im Gegensatz zu 25,2 Prozent Frauen (der Rest war mangels vollständiger Namensangabe nicht bestimmbar). Die meisten Arbeiter kamen aus Polen (22,12 Prozent), der Ukraine (17,39 Prozent) und Frankreich (17,01 Prozent). Aus der Sowjetunion beziehungsweise Russland – eine synonyme Verwendung ist wahrscheinlich, da die anderen sowjetischen Nationalitäten für gewöhnlich eigens angeführt wurden – kamen 11,72 Prozent. Aus Belgien (3,59 Prozent), Litauen (5,1 Prozent), den Niederlanden (3,97 Prozent) und Italien (4,91 Prozent) kamen weitere größere Gruppen. Daneben finden sich vereinzelte Nennungen von Arbeitern aus Kroatien, Lettland, Jugoslawien oder Weißrussland. Auffällig sind zwei Arbeiter

¹⁰⁶ Siehe zur BSW allgemein J. A. BRODSKI, Die lebenden kämpfen. Die illegale Organisation Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW), Berlin (Ost) 1968, Zitat S. 203; zur Region Baden und Mittelbaden siehe S. 188-213. Siehe zur BSW auch die Hinweise bei PETER (wie Anm. 4) S. 362.

¹⁰⁷ Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches für das Jahr 1937, S. 12.

¹⁰⁸ Zahlen hochgerechnet durch die Methode des statistischen Querschnitt wie im Kapitel 3 erläutert.

aus Spanien, deren Eintrag nichts Näheres verrät, weshalb nicht auszuschließen ist, dass sie zwei der wenigen spanischen Zwangsarbeiter im Reich waren¹⁰⁹.

In der Altersstruktur bilden die Jahrgänge 1920 bis 1924 mit 30,77 Prozent die größte Gruppe. Jünger waren 13,35 Prozent. Die Jahrgänge 1900 bis 1909, 1910 bis 1914 und 1915 bis 1919 stellen jeweils etwa 16 Prozent. 8,37 Prozent waren vor 1900 geboren. Der älteste Jahrgang eines Zwangsarbeiters war 1870, das jüngste Familienmitglied wurde 1939 geboren. Dominiert wurde die Zwangsarbeiterschaft demnach von 15- bis 25-jährigen, also sehr jungen Arbeitern.

Im Folgenden soll dargestellt werden, unter welchen Umständen diese Zwangsarbeiter in Baden-Baden ihren Zwangsdienst versehen mussten.

a) Standortfaktoren

Dabei soll als erstes auf den Standort Baden-Baden eingegangen und dargestellt werden, welchen Wirtschaftsschwerpunkt die Stadt besaß und welche Institutionen vor Ort ansässig waren. Baden-Baden erlebte seit Ende des 18. Jahrhunderts einen steilen Aufstieg hin zu einem der attraktivsten Urlaubsplätze Deutschlands. Ausgestattet mit den Thermen, der Spielbank, der Pferderennbahn Iffezheim, den Theatern und der idyllischen Landschaft der Umgebung mit Hornisgrinde und Mummelsee entwickelte sich der Kurort seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu einem mondänen Ort, der Besucher aller Welt zu sich lockte¹¹⁰. Daher etablierte sich in Baden-Baden ein speziell touristisch geprägtes Gewerbe mit vielen Gaststätten und Hotels, die sich bald zu den gehobenen ihrer Art entwickelten. Größere Industriebetriebe gab es im Gegenzug wenige. Diese mit großem Luxus konnotierte Stellung hielt Baden-Baden bis in den Zweiten Weltkrieg hinein, sie sollte sogar während der Vorkriegsjahre dazu dienen, die Stadt – so schildert es Achim Reimer – mit dem Attribut 'mondänes Luxusbad' vor einer ideologischen Überladung zu schützen¹¹¹. Dieses Bild der touristischen Dominanz gegenüber der industriellen Produktion, des Mittelstandes gegenüber Großunternehmen, lässt sich aus Statistiken bestätigen. So standen 1936 in Fabriken mit mehr als zwanzig und mehr Beschäftigten 1.013 Arbeiter und Angestellte in 13 Betrieben in Lohn und Brot. Einen dominierenden Fabrikzweig gab es nicht, die meisten Betriebe bearbeiteten den Holz-, Stein, Metall- oder Tabaksektor¹¹². Dem entgegen stehen die Handels- und Verkehrsbetriebe mit elf und mehr Beschäftigten im gleichen Zeitraum: In ihnen waren in 54 Betrieben ohne Post und Bahn 1.827 Be-

¹⁰⁹ Zu den Spaniern siehe SPOERER (wie Anm. 7) S. 87.

¹¹⁰ Siehe zu dieser Entwicklung KICHERER (wie Anm. 41) S. 85-107 und S. 117-126.

¹¹¹ REIMER (wie Anm. 40) S. 69.

schäftigte angestellt. Das Gaststättengewerbe zählte bei 37 Betrieben gar 1.252 Beschäftigte¹¹³. Mittelständische Handels-, Verkehrs- und Gaststättenbetriebe besaßen somit dreimal so viele Beschäftigte wie Fabriken. Ein Blick auf die Gesamtzahl an Gaststätten – worunter Hotels, Gasthöfe, Sanatorien und Privatquartiere gezählt wurden – rundet dieses Bild ab: Von ihnen gab es 390, wovon alleine 128 zu den Hotels und Gasthöfen zu zählen waren¹¹⁴. Im Sommerhalbjahr 1937 belegte Baden-Baden mit 88.372 Fremdenankünften badenweit Platz fünf hinter den großen Tourismusmagneten Heidelberg, Konstanz, Freiburg und Neustadt bei Freiburg¹¹⁵. Mit insgesamt 5.679 Betten lag es sogar auf Rang drei¹¹⁶. Für das Gesamtjahr 1937 wurden 29.116 Ankünfte von ausländischen Gästen gezählt, 86.826 von deutschen¹¹⁷.

Der touristische Charakter Baden-Badens dominierte also das wirtschaftliche Bild. Dies erhärtet sich auch beim Blick auf Rüstungsbetriebe, die in Baden-Baden für die Rüstungsinspektion Oberrhein arbeiteten. Mit drei derartigen Betrieben und 602 darin Beschäftigten gehörte Baden-Baden zu den am schwächsten berücksichtigten der 40 Kreise Badens, 13 Kreise hatten weniger oder keine Rüstungsbetriebe, wobei die Unterschiede von Baden-Baden zu diesen teilweise gering sind. Zum Vergleich: Mannheim mit 29.102 Beschäftigten in 32 Betrieben, Pforzheim mit 18.371 Beschäftigten in 103 Betrieben, Karlsruhe mit 23.809 Beschäftigten in 29 Betrieben, Konstanz mit 13.507 Beschäftigten in 18 Betrieben oder sogar Heidelberg mit 6.289 Beschäftigten in 17 Betrieben hatten deutlich mehr rüstungspolitische Industrie vor Ort, als das in Baden-Baden der Fall war¹¹⁸. Von den drei Betrieben soll eine die Firma Stolzenberg Büromöbel gewesen sein, die mit etwa 300 Mitarbeitern Patronen- und Geschosskasten herstellte; sie wurde in ein Panzerprogramm mit höchster Priorität aufgenommen¹¹⁹. Der Firma und ihrem Leiter Ludwig Mang gelang nach dem Kriege trotz schwerer Bombentreffer ein rasanter Wiederaufstieg. Die Firma wurde zu einer der weltweit erfolgreichsten Betriebe auf ihrem Sektor. Den Wiederaufbau konnte Mang damit unterstützen, dass er für Schäden die jeweilige politische Führung um Ausgleichszahlungen bat. So erbat er sich nach dem Luftangriff am 30. Dezember 1944 100.000 Reichsmark von der deutschen, nach Gebäude-, Inven-

¹¹² Badisches Statistisches Landesamt (Hg.), Statistisches Jahrbuch für das Land Baden 1938 (Jahrgang 44), S. 138f.

¹¹³ Ebd., S. 142f.

¹¹⁴ Ebd., S. 154.

¹¹⁵ Ebd., S. 189. Mit Neustadt ist der Kur- und Wintersportort Titisee-Neustadt gemeint.

¹¹⁶ Hinter Neustadt bei Freiburg und Villingen; ebd., S.154.

¹¹⁷ REIMER (wie Anm. 41) S. 66.

¹¹⁸ PETER (wie Anm. 4) S. 32.

¹¹⁹ Robert ERHARD, Große Schäden durch Bomben (Teil V einer Artikel-Serie zur Firma Stolzenberg), in: Badische Neueste Nachrichten, 2. Februar 1998. Und DERS., Das war das 20. Jahrhundert in Baden-Baden, Gutenberg-Gleichen 2000, S. 48. Robert Erhard ist ein ehemaliger Mitarbeiter des Stadtarchivs Baden-Baden. Seine Werke und Texte zeichnen sich durch einen fehlenden wissenschaftlichen Apparat aus, der Wert seiner Aussagen stützt sich auf Erkenntnisse während seiner Tätigkeit als Archivar, während der er Kontakt zu Zeitzeugen und Quellenmaterial hatte. Dieses Wissen hat er in seinen Texten dann ausgebreitet, ohne es aber zu belegen. Wenn er beispielsweise von 'kriegswichtig' spricht, ist nicht erkennbar, ob er eine Quelle zitiert, aus der der offizielle Status als Rüstungsbetrieb hervorgeht oder ob er le-

tar- und Gartenschäden durch die Nutzung der Besatzungsmacht etwa 92.000 Deutsche Mark von der französischen Seite.¹²⁰ Ludwig Mang selbst erhielt für seine Verdienste in der IHK Baden-Baden, dem Hauptverband der deutschen Holzindustrie und verwandter Industriezweige und im Verband der Holzindustrie Südbadens 1962 das Große Bundesverdienstkreuz. Freilich kam der Einsatz von mindestens fünf Zwangsarbeitern in den durchweg lobenden Zeitungsartikeln und Broschüren aus Anlass der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes und seines Todes nie zur Sprache¹²¹.

Die anderen beiden Firmen waren offenbar die Schneiderei Hans Hasberg, die bei dreißig Beschäftigten einen Ausländer beschäftigte, und die Firma Telekin, die bei 438 Beschäftigten 49 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene beschäftigte¹²².

Zu diesen städtischen Faktoren kamen die Institutionen des Staates, die vor Ort agierten und somit eine Rolle für die hiesige Zwangsarbeiterschaft spielten. An erster Stelle steht dabei das Arbeitsamt Rastatt, das für Baden-Baden zuständig war und bei dem seine Betriebe ihre Arbeiter anfordern mussten¹²³. Das Arbeitsamt wiederum orderte die Arbeiter – die Anreise- und Vermittlungskosten musste der Arbeitgeber übernehmen¹²⁴ – dann beim zuständigen Stammlager (Stalag) der Wehrmacht. Dieses befand sich für den Wehrkreis V – unter der vollständigen Bezeichnung Stalag V C – zunächst von Anfang November bis Ende Januar 1941 in Wildberg bei Calw. Danach wurde das Lager bis Anfang März im Baden-Badener Ortsteil Malschbach angesiedelt und dann endgültig nach Offenburg verlegt. Malschbach blieb – ausgestattet mit einer Entlausungsanlage¹²⁵ – ein Zweiglager, in Straßburg kam seit Anfang 1943 ein eben solches hinzu. Die Gründe für ein solches Lager in Mittelbaden waren, dass zwei Lager bei Stuttgart – wo es bereits das Stalag V A Ludwigsburg gab – als zu ungünstig für die Verteilung angesehen wurden. Offenburg war ein bekannter Eisenbahnknotenpunkt. Außerdem existierte dort ein nicht mehr benötigtes Landwehr-Übungslager,

diglich einen zeitgenössischen und nicht nachweisbaren Sprachgebrauch aufgreift, der diesen Status suggeriert.

¹²⁰ Ebd. und Staatsarchiv Freiburg, D 5/1 Nr. 1958 und 2243.

¹²¹ Stadtarchiv Baden-Baden, A27/7-598; dort sind mehrere Zeitungsartikel und eine Broschüre mit Reden zum Tode Mangs gesammelt.

¹²² ERHARD, 20. Jahrhundert (wie Anm. 119) S. 47.

¹²³ Dabei wird das Arbeitsamt im Einwohnerbuch von 1938, S. II, noch als *Arbeitsamt Baden-Baden* geführt, im Einwohnerbuch von 1940, S. VI, dann als *Arbeitsamt Rastatt, Nebenstelle Baden-Baden*. Hier scheint es eine Neuordnung gegeben zu haben, die auf Grund der Kriegssituation wohl als günstiger angesehen wurde.

Die Quellenlage für den Bereich der Arbeitsämter ist schlecht: Wie Dr. Martin Stingl, Archivar im Generallandesarchiv Karlsruhe, ausführte, wurde ein Großteil der Akten der Arbeitsämter im Generallandesarchiv Karlsruhe bei einer Bestandsüberprüfung als ‚nicht erhaltenswert‘ eingestuft und ausgesondert. Der mögliche Quellenwert wurde seinerzeit nicht erkannt, weshalb er größtenteils verloren ging. So lagen für die hier bearbeitete Fragestellung nur wenige Materialien vor.

¹²⁴ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, Schreiben des Arbeitsamtes Rastatt an den Oberbürgermeister vom 28. Oktober 1941.

¹²⁵ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, Schreiben des Bürgermeisters an den Polizeidirektor vom 16. Januar 194[2].

das ohne weitere Baumaßnahmen für 1.400 Mann Platz bot. Oberbürgermeister und Gemeinderat arbeiteten zudem aktiv darauf hin, um von der Wehrmacht neue Bauaufträge und Lebensmittelzuteilungen zu erhalten. Bis Frühjahr 1942 waren in Malschbach zwischen 18.000 und 25.000 Kriegsgefangene registriert worden¹²⁶.

Zum Leben im Stalag ist wenig bekannt. Berichte dazu sind bisher offenbar nicht festgehalten oder publiziert worden. Im Militärarchiv Freiburg haben sich allerdings zwei Berichte zum Stalag V C und zum Stalag-Lazarett in Straßburg aus dem Jahre 1944 von der Young Men's Christian Association (YMCA) erhalten. Für das Stalag V C selbst – das zu diesem Zeitpunkt in Offenburg beheimatet war – konstatiert die YMCA eine recht positive Lage, denn *[d]ieses Lager ist in bester Ordnung und die Organisation ist zweifelsohne perfekt; die Zufriedenheit unter den Krgf. ist auch sehr gross. Nach bald vier Jahren hat man fast alles, was man braucht, um das Leben menschlich zu gestalten.* Lediglich serbische Bücher für die jugoslawischen Kriegsgefangenen hätten gefehlt. Dagegen hätte es eine „schöne und moderne Holzwerkstatt“ gegeben, in der von französischen Unteroffizieren Spielzeuge hergestellt worden seien. Die Katholiken seien von einem kriegsgefangenen römisch-katholischen Abbé betreut worden, der jeden Sonntag sowie täglich eine Morgenmesse und ein Abendgebet abgehalten hätte. Außerdem hätte er zwei weitere Geistliche an seiner Seite gehabt. Besuche bei den Arbeitskommandos wären möglich gewesen. Die Protestanten hätten in dieses Kommando religiöse Schriften gesandt. Die 150 Insassen dieses Glaubens seien von einem kriegsgefangenen Pfarrer betreut worden, der jeden Sonntag einen Gottesdienst abgehalten hätte. Da die Polen im Lager weniger zahlreich gewesen wären, seien sie von einem Geistlichen aus dem Stalag V B in Villingen betreut worden. Die Kappelle des Lagers sei *würdig und schön* eingerichtet gewesen. Die französisch-belgische Bibliothek des Lagers umfasste 5.000 Bücher und wurde als nicht *besonders gross* charakterisiert. Sport- und Spielmaterial habe es im Lager genug gegeben. Das Musikorchester des Lagers hätte aus 22 Mann bestanden und wurde von einem Franzosen geleitet. Früher hätte man die Arbeitskommandos besuchen können, was 1944 auf Grund Benzinmangels nicht mehr möglich gewesen sei. Das Orchester konnte monatlich ein- bis zweimal spielen. Schließlich hätte es eine Theatergruppe mit 24 Amateurschauspielern und einer entsprechenden Anzahl an Statisten gegeben, ein großer Theatersaal sei vorhanden gewesen.

¹²⁶ Zum Stalag V C siehe BOLL (wie Anm. 42) S. 44ff. und STUDIENKREIS DEUTSCHER WIDERSTAND (Hg.), Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945, Band 5: Baden-Württemberg I: Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart, Frankfurt am Main 1991, S. 9. Vor 1939 diente das Lager Malschbach als Arbeitsdienstlager, danach wurde es für die Kriegsgefangenen - *besonders [...] tuberkulöse Russen* - mit Stacheldraht und Wachtürmen ausgestattet. Von 1945 bis 16. Oktober 1945 wurden dort Deutsche auf Ihre Vergangenheit hin untersucht, auch Kriegsgefangene wurden dort untergebracht. Am 16. Oktober 1945 räumten die Alliierten das Lager und brachten die restlichen Internierten in ein Lager nach Altschweier. Die Besatzungsmacht verfügte von jetzt ab über das Lager zu anderen Zwecken; Angaben nach Stadtarchiv Baden-Baden, GRA14/A2 Inv.Nr. 10204. Dort findet sich auf der Rückseite eines Farbstiches ein handschriftlicher Eintrag mit den Daten, auf was dieser aufbaut, ist unklar.

Der Bericht für das Straßburger Lazarett des Stalags V C fiel ernüchternder aus, da sehr viele Schwerkranke im Lazarett und dort in Einzelzimmern gelegen hätten, denen man nur mit Zuspruch hätte helfen können. Dennoch sei für die Kranken viel getan worden, *um ihnen ihr Los zu erleichtern*. Die Patienten hätten aber ihren Wunsch nach Toilettenartikeln bekundet, die jugoslawischen Kriegsgefangenen hätten sich vor allem Bücher gewünscht, da es für sie nur wenig Literatur gegeben hätte. Die geistliche Betreuung durch das Stalag V C sei aber gut gewesen. Auch Sport- und Spielgeräte seien vorhanden gewesen, der Wunsch der Patienten hätte aber in mehr Zimmer- und Kartenspielen bestanden¹²⁷.

In der unmittelbaren Nähe von Baden-Baden gab es zwei Arbeitserziehungslager, in denen *bummelnde* uns streikende Arbeiter mit harten Mitteln diszipliniert werden sollten. Eines befand sich in Niederbühl bei Rastatt, das andere in Karlsruhe. Das in Niederbühl existierte seit 1942, vorerst bis Herbst 1943, dann kamen dessen Häftlinge nach Karlsruhe. Als dieses wiederum im Frühjahr 1944 aufgelöst wurde, kam ein Teil der Insassen ins wiedereröffnete Lager in Niederbühl, im April 1945 wurden die Insassen auf den Marsch nach Dachau geschickt¹²⁸.

Die Außenstelle der Kriminalpolizei in der Stadt war wohl sehr stark von der Hauptstelle in Karlsruhe abhängig¹²⁹, anders erklärt sich eine solche Amtsbezeichnung nicht, denn einer stärkeren Stelle vor Ort hätte man auch einen ebenso stärkeren Namen geben können. Über eine prägende Rolle einzelner Charaktere vor Ort kann jedenfalls nichts gesagt werden.

Über personelle Beziehungen oder die Rolle der Funktionsträger in Bezug auf die Zwangsarbeit kann mangels Quellen wenig ausgesagt werden. Es kann lediglich der Hinweis auf Bürgermeister Kurt Bürkle erfolgen, der den eigentlichen Oberbürgermeister Hans von Schwedhelm vollständig ersetzte¹³⁰, als dieser zur Wehrmacht einberufen wurde. Achim Reimer charakterisiert ihn als überzeugtes Parteimitglied, ohne ein *nur Befehle ausführende[r] Jasager* gewesen zu sein¹³¹. Welche Rolle er für die Zwangsarbeit spielte, ist unklar. Die wenigen erhaltenen Dokumente zeigen ihn als sachlichen Charakter, etwa wenn es um den Bau von Luftschutzmaßnahmen geht: Wenn eine gewisse Anzahl an Menschen Schutzmaßnahmen wie etwa den Ausbau von Luftschutzkellern benötig-

¹²⁷ Zitate und Inhalt in den beiden Schreiben von O. M. Carlman der YMCA vom 15. Februar 1944 (Stalag V C) und vom 16. Februar 1944 (Lazarett Straßburg) in Bundesarchiv, MStG 194/66. Dabei muss mitbedacht werden, dass den Beobachtern der internationalen Hilfsdienste oftmals mustergültige Scheinlager vorgeführt wurden. Der tatsächliche Zustand des Lagers hat daher vermutlich nicht dem sehr positiven Bild der YMCA entsprochen. Mit *Zimmerpielen* sind wahrscheinlich Brettspiele gemeint. Die Namen der Geistlichen sowie des Orchesterleiters werden in den Schreiben genannt, dürfen wegen der Sperrfristen aber nicht genannt werden.

¹²⁸ Ebd., S. 279.

¹²⁹ Siehe zur Ämterbezeichnung GLA, 330 Zug. 1991/34 Nr. 400, darin Schreiben der Kriminalpolizei Außenstelle Baden-Baden an die Hauptstelle Karlsruhe vom 20. November 1944.

¹³⁰ Wenn daher in den Quellenangaben von *Oberbürgermeister* und *Bürgermeister* die Rede ist, so bezieht sich diese Angabe auf die jeweilige korrekte Quellennennung, die Person ist jeweils die gleiche.

¹³¹ REIMER (wie Anm. 41) Zitat S. 266, zu Bürkle allgemein ebd., S. 263-268.

te, wurde dieser auch gewährt, soweit nachvollziehbar ohne Rücksicht auf die Herkunft der betroffenen Personen.

b) Gehälter und Kleidung

Ebenso rücksichtsvoll ging es bei den Löhnen nicht zu, wenn man den wenigen vorliegenden Listen Glauben schenken darf. Als die ersten 39 Ukrainer im Oktober 1941 in Baden-Baden eintrafen, war der genaue Ablauf der Lohnzahlungen noch gar nicht geregelt. Sie erhielten zunächst jeweils 15 Reichsmark, die sie dann nach einer Erstellung der genauen Regelung in wöchentlichen Raten zu drei Reichsmark zurückzahlen sollten¹³². Die endgültige Richtlinie erging dann durch den Oberbürgermeister: Für eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden erhielten die Ukrainer 29,76 Reichsmark, wovon zwei Reichsmark für die Vorschussrückzahlung und 16 Reichsmark für Essen, Unterkunft, Heizung, Licht, Steuern und Versicherungen abgezogen werden mussten, was einen Wochenverdienst von 11,76 Reichsmark bedeuten würde. Die Erwähnung in der schriftlichen Regelung, dass Jugendliche mindestens drei Reichsmark erhalten sollen, lässt darauf schließen, dass Löhne auch unter diese Grenze rutschen konnten¹³³. Zum Vergleich: Ein deutscher Arbeiter verdiente bei gleichen Abzügen etwa 32 Reichsmark¹³⁴. Ein Kinderzuschlag wurde dann gewährt, wenn die Arbeitsleistung als genügend betrachtet wurde. Der Arbeiter B. hatte diese anfangs wohl schleifen lassen und daher auf den Kinderzuschlag verzichten müssen. Als er sich ‚besserte‘, bekam auch er den Zuschlag¹³⁵. Die Arbeiter P., S. und B. erhielten weniger Lohn, obwohl sie die gleiche Arbeit wie andere verrichten. Auf Geheiß des Bürgermeisters sollte ihnen eine Ausgleichszahlung zustehen¹³⁶. Was die Kleidung betrifft, so lässt sich bezüglich dieser wenig sagen. Der Bürgermeister war im Dezember 1941 bemüht, den Arbeitern eine ordentlich Kleidung liefern zu können, denn *[e]s liegt im Interesse des Ansehens der Kur- u. Bäderstadt, dass diese Menschen durch Erwerb von zusätzlichen Kleidungsstücken in die Lage versetzt werden, anständig gekleidet zu sein*¹³⁷. Eine Photographie aus dem Jahre 1940, aufgenommen vor dem Gasthaus Bletzer, zeigt mehrere polnische Kriegsgefangene beim Schneeschippen auf der Straße inmitten der Stadtbevölkerung. Sie sind mit Handschuhen, Mänteln und Mützen ausgestattet, was angesichts des lokalen Klimas eine angemessene

¹³² Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, Schreiben vom 29. Oktober 194[1] an das Rechnungsamt.

¹³³ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, darin die undatierte Bekanntmachung des Oberbürgermeisteramtes.

¹³⁴ SPOERER (wie Anm. 7) S. 154.

¹³⁵ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, Schreiben der Stadtwerke an den Oberbürgermeister vom 9. März 1944.

¹³⁶ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, Verfügung des Bürgermeisters vom 12. Januar 1942.

¹³⁷ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, Schreiben des Bürgermeisters an das Kriegswirtschaftsamt, Abteilung Spinnstoffe vom 18. Dezember 1941.

Kleidung darstellt. Von anderen Orten wird berichtet, dass Zwangsarbeiter auch im Winter nur in Holzpantinen und leichter Kleidung ihre Arbeit versehen mussten¹³⁸.

Ein Bordell für die ausländischen Arbeiter war offenbar auch vorgesehen, wenngleich nichts Näheres zu der Ausführung gesagt werden kann. Das Amt für den Arbeitseinsatz¹³⁹ drängte jedenfalls bei der Deutschen Arbeitsfront darauf, dass der Bordellbau beschleunigt und Probleme in der Kommunikation behoben werden sollen¹⁴⁰.



*Polnische Kriegsgefangene 1940 beim Schneeschippen vor dem Gasthaus 'Bletzer':
Enger Kontakt zur Öffentlichkeit und kleidungsmäßig dem Wetter gut angepasst.
Quelle: Stadtarchiv Baden-Baden, F 0003 – 000397; Jahreszahl geht aus Findmitteleintrag hervor.*

Urlaub wurde den Zwangsarbeitern zugestanden und gewährt, das geht aus den Meldekarten hervor, auf denen ein- oder mehrwöchige Aufenthalte in der jeweiligen Heimat und eine anschließende Rückkehr nach Baden-Baden vermerkt sind. Verwehrt wurde dieser scheinbar nur in einer Phase von Dezember 1941 bis Mitte 1942, während der das Arbeitsamt Rastatt keine Urlaubsgesuche der

¹³⁸ Bild aus Stadtarchiv Baden-Baden, F0003-000397; Jahreszahl geht aus Findmitteleintrag hervor. Eine Provenienz wird nicht genannt. Das Photo kann gestellt sein, bspw. um den entsprechenden Arbeitsämtern zu zeigen, dass die Kriegsgefangenen gesetzeskonform behandelt werden. Andererseits fällt auf, dass die Arbeiter inmitten der Stadtbevölkerung arbeiteten; die gute Kleidung ist daher auch dahingehend interpretierbar, dass man der Bevölkerung keine erkennbar misshandelten Gefangenen zumuten wollte oder aus Angst vor empathischer Anteilnahme konnte. Oder – dritte Möglichkeit – die polnischen Kriegsgefangenen wurden in Baden-Baden ernsthaft human behandelt, so, wie es die Genfer Konvention vorsah.

¹³⁹ Ein solches konnte für Baden-Baden in den Quellen nicht gefunden werden.

¹⁴⁰ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, Abschrift eines Schreibens des Amtes für Arbeitseinsatz an die DAF vom 24. September 1941. Bis 8. Oktober 1941 war das Bordell zumindest nicht gebaut, das geht aus einem Schreiben des Oberbürgermeisters an den Landeskommissär Karlsruhe vom 8. Oktober 1941 hervor.

polnischen Kriegsgefangenen mehr vorgelegt haben wollte. Die Reisekosten der Arbeiter in ihre Heimat und zurück mussten die Betriebe selbst zahlen¹⁴¹.

Welche Erträge man mit dem Faktor Zwangsarbeit erwirtschaften konnte, zeigt eine nicht näher bestimmbare *Kontoübersicht Ukrainer*. 35.539,03 Reichsmark Einnahmen stehen Ausgaben von 30.468,14 Reichsmark gegenüber, was einen Überschuss von 5.070,89 Reichsmark ergibt.¹⁴²

Das sind grundsätzliche Umstände der Arbeit im Baden-Baden, daneben kamen persönliche Umstände zum Tragen, die für jeden Einzelnen verschieden waren.

c) Verbringung ins Reich

Die erste Frage dabei ist die nach der Herkunft der Zwangsarbeiter. Vielfach lässt sich schon daran der Status eines Arbeiters erkennen. Bei den Ankömmlingen aus dem Ostarbeiterinnenlager Mannheim Neckarau wird der Status gar im Namen schon ersichtlich. Die vier nachweisbaren Arbeiterinnen von dort wurden alle seit dem 11. Oktober 1943 bei der Deutschen Hourdisfabrik – einer Ziegelei – eingesetzt und wurden am 7. Dezember 1944 nach Karlsruhe verbracht. Auch die Ankömmlinge aus dem Arbeitserziehungslager Niederbühl¹⁴³, dem Kriegsgefangenenlager Maximiliansau, dem Durchgangslager Bietigheim-Bissingen, aus den OT-Lagern Bissingen, Dusslingen¹⁴⁴ und Hörden, dem Gaggenauer Lager Olga und dem Daimler-Benz-Werk, den Karlsruher Süddeutschen Argus-Werken¹⁴⁵, dem Stalag Straßburg (einer Nebenstelle des Stalag V C in Offenburg) sowie ein Flüchtling aus dem *SS-KZ-Lager Karlsruhe*, den man an der Roten Lache festgenommen und ins Lager Malsbach gebracht hatte, dürften zwangsweise nach Baden-Baden gebracht worden sein. Der Großteil der Arbeiter kam allerdings direkt aus der Heimat nach Baden-Baden, das heißt sie hatten als 'Westarbeiter' den Anwerbeweg über die Arbeitsämter oder als 'Ostarbeiter' den Weg über

¹⁴¹ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, darin Schreibend es Arbeitsamtes Rastatt an das Bürgermeisteramt Baden-Baden vom 4. Dezember 1941 und Schreiben des Arbeitsamtes Rastatt an Stadtverwaltung Baden-Baden vom 1. Oktober und 5. November 1942.

¹⁴² Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, darin die Kontoübersicht.

¹⁴³ Dieses ist bisher ohnehin schwach erforscht, die Hinweise hierzu sind recht kurz und wenig aussagekräftig, siehe hierzu die Hinweise im Kapitel 5 a). Dazu erschien im Juni 2011 im Badischen Tagblatt eine Artikelserie. Maßgeblich für diese Arbeit sind vier Teile: Dokumente gingen in Flammen auf, 16. Juni 2011, Nr. 137; Unmenschliche Haftbedingungen, 18. Juni 2011, Nr. 139; Zwangsarbeitern heimlich Äpfel zugesteckt, 27. Juni 2011, Nr. 145 und Mein Vater hasste es, ein Wachmann zu sein, 7. Juli 2011, Nr. 154.

¹⁴⁴ Die aus Dusslingen kommenden Arbeiter werde in Baden-Baden in einem OT-Lager *Habicht* auf dem Scherrhof geführt und von der OT an weitere Einsatzorte verbracht, wahrscheinlich gehörten sie in Dusslingen schon der OT an.

¹⁴⁵ GLA, 460 KA/117, darin ein Schreiben vom 13. Juli 1943 an das Arbeitsamt Karlsruhe: Korrekter Firmentitel ist Süddeutsche Arguswerke Heinrich Koppenberg Kommanditgesellschaft, sesshaft in der Vogesenstraße 4 in Karlsruhe. Die Karlsruher Arguswerke waren ein Zweigbetrieb der Argusmotoren GmbH Berlin und übernahm nach der Niederwerfung Frankreichs das Gelände von Michelin; siehe dazu Heinz Werner DENGEL, Karlsruhe und seine Entwicklung von der Residenz zur Industriestadt, Freiburg im Breisgau 1956 (Uni. Diss.), S. 88.

die Durchgangslager hinter sich. So trafen am 9. Juli 1943 acht 'Ostarbeiter' aus Bietigheim-Bissingen in Baden-Baden ein, die alle zum Forstamt geschickt wurden¹⁴⁶. Am 21. September 1943 erreichte ein nicht näher definierbarer Transport mit 32 weiblichen Arbeitskräften für das Gastgewerbe aus Litauen und Polen Baden-Baden¹⁴⁷.

Nicht eindeutig bestimmt werden können die Herkunftsangaben *Bühlertal, Karlsruher Gefangenenlager, Umsiedlungslager Erlenbad, Karlsruher Waggonfabrik, Lager Löffingen/Neustadt, Karlsruher Bauhilfe der DAF, Gaggenauer Kriegsgefangenenlager, Marburger Behringwerke und Dusslingen*. Während in Bühlertal im *Bastian Gugel Lager* ein Arbeitserziehungslager gewesen sein soll¹⁴⁸, konnten für die anderen Orte entweder keine nähere Information herausgefunden oder der Charakter der Arbeit am vormaligen nicht ermittelt werden. Für die Süddeutschen Arguswerke, die oben genannt wurden, lässt sich Ähnliches entschlüsseln: Da die nachgewiesenen Arbeiter zum Großteil italienische Mechaniker waren, die Ende 1944 nach Baden-Baden aus einer großen Industrieproduktion kamen, spricht das recht eindeutig für den Status als Italienische Militärinternierte. Es lässt sich lediglich erahnen, dass die lagerähnlichen Erwähnungen ebenfalls für eine Zwangsarbeiterschaft sprechen. Auch bezüglich dem Status als sogenannte *eindeutschungsfähige Person* lässt sich nicht sagen, welche Behandlung derjenige erfahren hat, da in der Forschung positive wie negative Fälle berichtet werden¹⁴⁹. Das Gleiche gilt für den ankommenden Hoteldiener aus dem Berliner Nobelhotel Adlon: Ob er – ein Kroat – freiwillig oder befehlsmäßig nach Baden-Baden kam, konnte nicht ermittelt werden. Auch wenn unter den Kroaten nur wenige Zwangsarbeiter gewesen sein sollen, so gab es doch eindeutige Fälle der Misshandlung, die einen Nachvollzug schwierig gestalten¹⁵⁰.

¹⁴⁶ GLA, 371 Zug. 1991/49 Nr. 225b, Liste des Arbeitsamt Rastatt vom 14. Juli 1943.

¹⁴⁷ GLA, 371 Zug. 1991/49 Nr. 224, darin das Schreiben des Arbeits- an das Landratsamt Rastatt vom 28. September 1943. Solche Transporte wurden belegt mit deutscher Propaganda, wie sie etwa in *Der Führer* (Ausgabe: Merkur Rundschau) vom 25. März 1941, Folge 83 zu finden ist. Die Transportierten wurden als 'Heimkehrer' stilisiert, die nach ihrem Auszug Mitte des 19. Jahrhunderts und nach schweren Zeiten nun wieder „nach Hause“ zurückkehrten. Dass sich dahinter ein Euphemismus steckt, zeigt die Tatsache, dass die Verbrachten nach der Ankunft planmäßig auf offene Arbeitsstellen verteilt wurden. Echten Heimkehrern hätte man wohl eine bessere und langsamere Integration ermöglicht.

¹⁴⁸ Iris Baumgärtner/Wolfgang REIß/Nicole ZERRATH (Red.), Rastatt 1933 bis 1945, Dokumentation zur Ausstellung des Stadtmuseums Rastatt, ohne Ort und Jahr, S. 50.

¹⁴⁹ SPOERER (wie Anm. 7) S. 19 berichtet, dass dieser Status Nichtdeutschen angesichts der rigiden Besatzungspolitik gegen sie einen gewissen Schutz bot. Ein Schreiben des Reichsarbeitsministeriums an die Landesarbeitsämter und andere Institutionen vom 5. Januar 1942 schrieb die Behandlung der 'Eindeutschungsfähigen' als Reichsdeutsche vor; GLA, 460 Nr. 5473. THOLANDER (wie Anm. 34) S. 84-91 berichtet vom Gegenteil, indem eine 'eindeutschungsfähige' russische Familie unter brutalen Bedingungen ins Deutsche Reich gebracht wurde. Grundsätzlich unterstanden die 'Eindeutschungsfähigen' bezüglich ihrem Arbeitseinsatz dem Höheren SS- und Polizeiführer, nicht dem Arbeitsamt; siehe dazu ein Schreiben des Reichsarbeitsministeriums an die Landesarbeitsämter und andere Institutionen vom 31. Oktober 1941 in GLA, 460 Nr. 5473.

¹⁵⁰ SPOERER (wie Anm. 7) S. 67.

d) Unterkunft

Die Unterkünfte der Zwangsarbeiter in Baden-Baden stellen ein recht gut erforschbares Thema dar, denn der Vorteil der Untersuchung von Meldekarten liegt darin, dass man dabei direkt auf die Wohnadressen stößt. Sofern der angegebene Beruf zu einem passenden Geschäftszweig passt, lässt sich angeben, ob der Arbeiter sogar bei seinem Arbeitgeber wohnte.

Das scheint in Baden-Baden relativ häufig der Fall gewesen zu sein, gerade die Kellner und Hausdiener wohnten überwiegend in ihren Hotels und Gaststätten. Auch die Firma Stolzenberg-Büromöbel, die Deutsche Hourdisfabrik oder die Kachelofenfabrik Emil Löw beherbergten ihre Arbeiter bei sich, was bei diesen Firmen aber für eine lagerähnliche Unterkunft auf dem Firmengelände spricht. Grundsätzlich überwiegt aber der Teil der Wohnenden in Privatunterkünften. Damit hebt sich Baden-Baden von anderen Städten ab. Für Friedrichshafen, Karlsruhe oder Pforzheim wurde eine stärkere Unterbringung in Lagern konstatiert. Das dürfte sich auf die Lebensqualität der Arbeiter positiv ausgewirkt haben: Da ein Hotel grundsätzlich Wert auf eine professionelle Außendarstellung legt, dürften seine Mitarbeiter nicht unterernährt, schlecht gekleidet, lautstark beschimpft oder verprügelt worden sein. Auch in einer Privatunterkunft gab es bezüglich der Ernährung und Bekleidung Möglichkeiten, eventuelle Missstände, denen man tagsüber in einer Fabrik ausgesetzt gewesen sein könnte, zu verringern, indem man einen Mitbewohner oder Nachbarn um Hilfe beim Nähen oder Kochen bitten konnte. Die vielfache Unterbringung von Fremdarbeitern aller Nationalitäten zeigt, dass dieses Prinzip nicht zu großen Problemen innerhalb der Bewohnerschaft geführt haben konnte, andererseits hätte man dieses sicher – beispielsweise mit der Gründung einer Gemeinschaftsunterkunft¹⁵¹ – behoben. Gleiches gilt für die ideologischen Vorbehalte der Polizei und Parteibehörden vor Ort: Während diese meistens den zu engen Kontakt von einheimischer und fremder Bevölkerung unterbinden wollten, um die 'Reinheit der deutschen Rasse' und die Heimatfront durch etwaige 'Spione' nicht zu unterminieren, schien sie sich mit diesem Vorhaben in Baden-Baden nicht durchgesetzt zu haben. Mangels Quellen lässt sich der Grund hierfür nicht mehr herausfinden, wengleich man vorsichtig vermuten kann, dass ein Lager inmitten einer aufwändig gepflegten Hotel- und Naturlandschaft für den Tourismus wenig idyllisch gewesen wäre.

Dieser Verdacht bestätigt sich, wenn man die Lage und Aufmachung der bekannten lagermäßigen Unterkünfte betrachtet. Das bereits erwähnte Lager Malschbach lag weit abgelegen von der Baden-Badener Kernstadt – dort, wo sich laut der Meldekarten ein Großteil der Arbeitgeber befand – in

¹⁵¹ Eine solche gab es unter anderem in Karlsruhe und Pforzheim, wo sich verschiedene Arbeitgeber zu einer großen Gemeinschaft zusammenschlossen, aus der heraus dann der Unterkunftsbaugestemmt wurde.

einem Waldstück. Zu Fuß brauchte man für die etwa 6,3 Kilometer lange Strecke zum zentralen Leopoldsplatz – um ein beispielhaftes Ziel zu benennen – bei angenommenen 5 km/h Fußgängergeschwindigkeit 75 Minuten – eine immense Strecke, wenn man sie jeden Tag zur und von der Arbeit zurücklegen muss. Mit der Horst-Wessel-Schule, der umbenannten Weststadt-Schule in der Rheinstraße 44¹⁵², fand man eine Unterkunft, die nach außen hin als Schulgebäude wahrnehmbar und im Stadtbild integriert war. Die innenliegenden Teile – Unterkunft wie scheinbar auch Werkteile der Süddeutschen Arguswerke Karlsruhe – waren im Vorbeigehen wahrscheinlich nicht sichtbar. Jedoch dürfte die hauptsächlich italienische Bewohnerschaft aufgefallen sein. Die Arbeiter waren in der großen Überzahl von Beruf *Mechaniker* und wurden von Karlsruhe sowie den Gaggenauer Daimler-Benz-Werken herbeigeht.



*Ein Blick auf das Lager Malschbach aus dem Jahre 1950.
Quelle: StA BAD, F 0001 – 001516.*

Sichtbarer war da schon die Wohnbaracke vor der Hindenburgschule in Lichtental, die an der Straße stehend gut einsehbar gewesen sein muss. Sie wurde seit 1939 renoviert, indem zunächst für einen eventuellen Militäreinsatz ein Ofenanschluss, eine elektrische Lichtanlage und eine Abortanlage für 6.500 Reichsmark installiert wurden. Im Oktober 1941 wurde offenbar eine weitere Baracke vom früheren Kindersonnengarten am Hardbergbad zur Hindenburgschule verlagert und wohnlich *zur*

¹⁵² Siehe zur Gebäudegeschichte folgende Bestände: Stadtarchiv Baden-Baden, E7, Zeitgeschichtliche Sammlungen, Straßen und Gebäude, P-Röd, Eintrag Rheinstraße 44; Stadtverwaltung Baden-Baden, Fachgebiet Bauordnung, Lagebuchnummern 1793_b und 1793₁; Einwohner- und Stadtadressbücher der Stadt Baden-Baden. Die Schule wurde 1961 komplett abgerissen und neu aufgebaut, so dass keine Spuren bezüglich Zwangsarbeit mehr zu finden sind.

ordnungsgemäßen Unterbringung von vierzig Ukrainern eingerichtet. Der Bau wurde nur für eine kurze Zeit genehmigt, sonst hätte die Baracke weiter nach hinten gebaut werden müssen; man wollte wohl den freien Blick auf die Fremdarbeiter erschweren. Sie blieb dann aber vermutlich unverändert. Unklar ist die Besitzergeschichte des Geländes der Baracke. In einem Schreiben vom Juli 1940 ist von einer Miete von 853,60 Reichsmark die Rede, die an die Bäder- und Kurverwaltung abgeführt werden sollte. Der Nachweis wem das Gelände gehörte und ob die Stadt für die Baracke tatsächlich Miete zahlen musste, ist nicht mehr möglich¹⁵³. Im Herbst 1944 wurden die Baracken aufgelöst¹⁵⁴, über das spätere Schicksal der Insassen ist nichts bekannt. Dort waren hauptsächlich Arbeiter, angestellt bei der städtischen Müllabfuhr und beim Gartenamt, aus der Ukraine untergebracht. Auf Grund der Nähe zum Kloster Lichtental wurden diese Arbeiter wahrscheinlich dort verpflegt, da für das Kloster 40 *Zivil-Ukrainer* mit 18 Wachmännern nachgewiesen sind. Allgemein sind für das Kloster 75 Polen und 100 französische Kriegsgefangene nachweisbar, die dort verpflegt wurden. Gleichzeitig nutzte das Kloster selbst Arbeiter, um mit seinen Aufgaben zurechtzukommen. Nachweisbar sind 24¹⁵⁵ Ukrainer und mindestens drei französische Kriegsgefangene, die beim Kartoffelschälen und Gemüseputzen helfen sollten. Die französischen Kriegsgefangenen wurden seit Oktober 1941 nach Frankreich verbracht, um in der Landwirtschaft zu arbeiten. Ebenso die polnischen im Dezember 1941, die in Straßburg eingesetzt wurden. Ein polnischer Arbeiter zog es dagegen vor, in den Zivilarbeiterstatus überführt zu werden und konnte als einer von zwei polnischen Arbeitern im Kloster angestellt bleiben. Insgesamt waren mindestens sechs Kriegsgefangene und sieben zivile Arbeitskräfte im Kloster aktiv. Für das Frauenkloster vom Heiligen Grab sind für das Jahr 1941 vier, für 1942 zwei, für 1943 drei und für 1944 zwei Kriegsgefangene nachweisbar¹⁵⁶. 15 Ukrainer konnten sich seit dem 28. Juni 1943 privat verpflegen¹⁵⁷. Weiteres ist über die Ernährung nicht bekannt. Lediglich einmal nach dem Krieg – als festgestellt wurde, dass die Lebensmittelversorgung völlig unzureichend sei – wurde darauf Bezug genommen, dass sich gerade bezüglich der

¹⁵³ Siehe zur Geschichte der Baracke an der Hindenburgschule die entsprechenden Akten im Stadtarchiv Baden-Baden, A10/882 und A10/588.

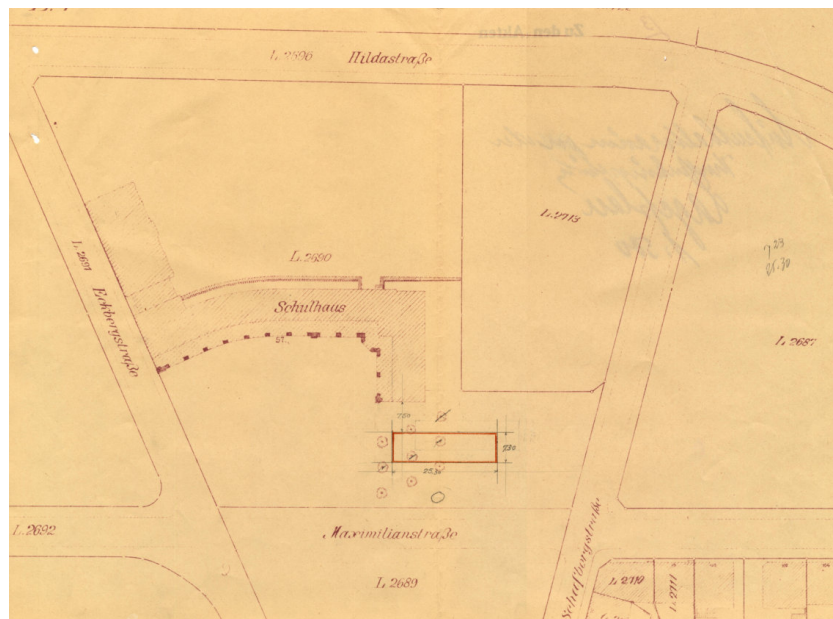
¹⁵⁴ So lauten Einträge in mehreren Meldekarten, die aufgrund der geltenden Schutzfristen gemäß Archivbestimmungen nicht konkret genannt werden können.

¹⁵⁵ 22 davon gehen aus einem Schreiben des Klosters an den Oberbürgermeister vom 3. Juni 1942 hervor, in: Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370. 20 davon erhielten die Schwerarbeiterzulage. Gleichzeitig fragte das Kloster an, ob wegen der gestiegenen Preise eine Erhöhung der Nahrungskosten um 15 Pfennig pro Mann und Tag möglich sind, was in der Antwort vom 24. Juni 1942 bejaht wurde. Außerdem beantragte der Bürgermeister beim Ernährungsamt am 1. August 1942 Bezugsscheine für 23 *Zivil-Ukrainer* für Speisekartoffeln, bisher habe das Kloster eine Eigenversorgung vornehmen können. Scheinbar kam es hier zu Engpässen.

¹⁵⁶ Siehe zu den Klöstern ČAJKOVAC (wie Anm. 52) S. 204-206.

¹⁵⁷ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, Schreiben des Bürgermeisters an das Ernährungsamt vom 08. Juni 1943.

ehemaligen Fremdarbeiter ein verheerendes Bild böte, da diese krank und völlig erschöpft gewesen seien¹⁵⁸.



Die Baracke an der Hindenburgschule in Lichtental, die zumindest ihrer Lage nach ausfindig gemacht werden konnte und direkt an der Straße stand. Quelle: StA BAD, A 10 – 588.

Neben diesen Lagern bestanden weitere, über die aber weit weniger gesagt werden kann. Im Juli 1941 wurde die Vereinsherberge in der Friedrichstraße 4 zu einer Sammelunterkunft für bisher Einzeluntergebrachte nutzbar gemacht. Da aber keine Betten und Spinde darin waren, wurden die Arbeitgeber angehalten, ihren Arbeitern diese mitzugeben. Ende 1942 sollte das Haus in ein Wohnhaus umgebaut und für die Arbeiter eine neue Bleibe gefunden werden¹⁵⁹. Ein Gärtnereibesitzer, der unter anderem von der Stadt einen polnischen Arbeiter aus dem Generalgouvernement erhalten hatte¹⁶⁰, stellte im Februar 1942 einen genehmigten Antrag auf die Erstellung einer Wohnbaracke für polnische Arbeiter¹⁶¹. In der Eisenbahnstraße existierte ein *Stadtlager*, das ein Lager für ehemalige Kriegsgefangene war, die dann später privat untergebracht wurden, war¹⁶². In Balg standen acht Wehrmachtsbaracken, die früher vom Reichsarbeitsdienst genutzt worden waren, unter Um-

¹⁵⁸ Stadtarchiv Baden-Baden, A27/2368, darin das Schreiben des Staatlichen Landesbades Baden-Baden an den Oberbürgermeister vom 22. April 1945.

¹⁵⁹ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, darin Schreiben des Polizeidirektors an den Oberbürgermeister vom 18. Juli 1941 und A34/54, darin Schreiben des Oberbürgermeisters vom 30. November 1942.

¹⁶⁰ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, darin Schreiben von Bürgermeister Bürkle vom 28. Juli 1942.

¹⁶¹ Stadtarchiv Baden-Baden, A10/360, darin der Bauantrag.

¹⁶² Diese dort stehenden Baracken sollten 1952 abgerissen werden; Stadtarchiv Baden-Baden, A34/54, Schreiben an das Städtische Wohnungsamt vom 18. Juli 1952.

ständen wurden auch dort Arbeiter untergebracht¹⁶³. Die Jugendherberge in der Laubstraße 24 wurde zu einem Wohnheim hauptsächlich für Belgier und Niederländer eingerichtet. Aus einer Meldekarte geht hervor, dass auch Daimler-Benz dort eine Produktionsstätte unterhalten haben könnte¹⁶⁴. Im Stadtwald gab es ein Lager der Organisation Todt namens 'Falke'. Eines namens 'Habicht' gab es im Stadtgebiet ebenfalls, kann aber nicht näher bestimmt werden. Das trifft auch auf die Nennungen *Lager Augustaplatz*¹⁶⁵, *Ostarbeiterlager Wörthstraße*¹⁶⁶, *Stadtlager Baden-Baden* und *Lager Waldseestraße* zu, wo die Stadtwerke einen Lagerplatz unterhielten¹⁶⁷.

Außerhalb Baden-Badens, in den heute eingemeindeten Orten wie Haueneberstein – wo etwa 14 Arbeiter zum Einsatz kamen¹⁶⁸ – oder Sandweier, wurden die eingesetzten Arbeiter entweder privat¹⁶⁹ oder in Gasthäusern¹⁷⁰ untergebracht. Dabei boten die privaten Unterkünfte – wahrscheinlich in Verbindung mit der abgeschiedenen Örtlichkeit der Vorstädte – gewisse Freiheiten. So bat ein Gärtnereibesitzer die Polizei in Rastatt um Hilfe bei der Maßregelung von Wehrmachtssoldaten und seiner 'Ostarbeiterinnen', die bei ihm im Seitenflügel untergebracht waren. Von seinen vier Arbeiterinnen sei nur eine zuverlässig, die anderen drei frech und aufmüpfig, weshalb er sie ohnehin schon immer hätte bremsen müssen. Hinzu kam nun der Umstand, dass sich Wehrmachtssoldaten immer häufiger mit den Arbeiterinnen trafen, sonntags mit ihnen spazieren gingen und mit ihnen im Gras lagen, so dass die Frauen erst spät abends nach Hause zurückkehrten. Als er einen Soldaten morgens um sieben Uhr im Schlafzimmer einer Arbeiterin entdeckt hatte und dieser aus der Gärtnerei zu flüchten begann, beim Sprung aus der Gärtnerei eine Fensterscheibe zertrümmerte, war das für den Gärtnereibesitzer der Anlass nochmals bei der Polizei um Hilfe zu bitten, nachdem vorherige Bitten scheinbar nicht beachtet wurden. Auch dieses Mal schritt die Polizei nicht ein, sondern er-

¹⁶³ Stadtarchiv Baden-Baden, A34/54, darin Schreiben des Oberbürgermeisters vom 2. Januar 1952.

¹⁶⁴ Stadtarchiv Baden-Baden, Meldekarte eines Franzosen, dessen Name aufgrund der geltenden Schutzfristen gemäß Archivbestimmungen nicht konkret genannt werden kann.

¹⁶⁵ Dieses geht aus einem Schreiben des Oberbürgermeisters an das Arbeitsamt, Nebenstelle Baden-Baden in Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, hervor. Dort sollten Flüchtlinge festgehalten werden. Laut dem Einwohnerbuch von 1940 hatte die Stadtverwaltung dort Büroräume, im Augustaplatz 1 war laut Einwohnerbuch 1942 das Städtische Ernährungsamt untergebracht.

¹⁶⁶ Nennung in GLA, 309 Nr. 5539, Todesmitteilung von Prokop Popaduk vom 31. Dezember 1944.

¹⁶⁷ Stadtarchiv Baden-Baden, Meldekarte eines Franzosen, dessen Namen aufgrund der geltenden Schutzfristen gemäß Archivbestimmungen nicht konkret genannt werden kann.

¹⁶⁸ GLA, 371 Zug. 1991/49 Nr. 224, darin eine Liste der Empfangsbestätigung der Hauenebersteiner 'Betriebsführer' über den Erhalt des Merkblatts im Umgang mit polnischen Zivilarbeitern, und GLA 371 Zug. 1991/49 Nr. 224a, Aktennotiz des Landrats vom 28. August 1940, wo für Haueneberstein 14 polnische Kriegsgefangene erwähnt werden, die in den Zivilarbeiterstatus überführt wurden.

¹⁶⁹ So etwa ein polnischer Arbeiter, der im Hause seines Arbeitgebers im Obergeschoss wohnte. Die Schlafzimmertüren der Familienangehörigen seien abgeschlossen worden; GLA, 371. Zug. 1991/49 Nr. 224b, Schreiben des Bürgermeisteramts Sandweier an das Landratsamt Rastatt vom 21. Juli 1941.

¹⁷⁰ GLA, 371. Zug. 1991/49 Nr. 224b, Schreiben des Bürgermeisters von Haueneberstein an den Landrat vom 21. Juli 1941, in dem der Unterbringungsort Gasthaus Krone genannt wird.

klärte, dass das Verhalten der Ostarbeiterinnen keinen Anlass zur Klage geliefert habe und dass man den Fall als erledigt betrachtete¹⁷¹.

e) Strafen

Die Strafverfolgung von Zwangsarbeitern ist ebenfalls ein wichtiger Faktor für den Umgang mit den Arbeitern vor Ort. Je nachdem, wie rigide, willkürlich oder im positivem Fall wie weitläufig die vorhandenen Gesetze ausgelegt wurden, hatte das die entsprechenden Konsequenzen für die Betroffenen. So standen beispielsweise Liebesbeziehungen zwischen Ostarbeitern und Deutschen prinzipiell unter Todesstrafe, aber bei großzügigen Behörden und einer freundlich eingestellten Bevölkerung, die nicht zur Denunziation neigte, waren Liebesbeziehungen durchaus möglich, was die Lebensqualität zumindest ein wenig gesteigert haben dürfte¹⁷². Aufgrund fehlender Quellen konnten für diesen Bereich nur einige wenige Fälle gefunden werden. Das Verhalten der Bevölkerung und der Stellenwert der nationalsozialistischen Ideologie innerhalb der Behörden hätten sich hieran gut erkennen lassen.

Gegen die ukrainischen Arbeiter S. und M. wurde Anzeige wegen wiederholten Diebstahls erstattet. Das Verfahren wurde am 10. Februar 1944 allerdings eingestellt¹⁷³. M.s Bruder I. hatte am 10. September 1944 eine Strafe wegen zu langen Wegbleibens erhalten. Zwei Wochen später wurde ihm bescheinigt, kein 'Ostarbeiter', sondern ausländischer Arbeiter zu sein, womit er Ausgang bis zur Polizeistunde erhielt. Damit wurde auch – wohlgemerkt seitens der Stadtverwaltung – der Antrag gestellt, die Strafverfügung gegen I. aufzuheben¹⁷⁴. Der französische Kriegsgefangene B. kam vom 2. bis 5. Februar 1942 für drei Tage in verschärften Arrest, weil er aus einem Lazarett in Rastatt Briefe ins Lager Malschbach geschmuggelt hatte¹⁷⁵. D. stahl am 25. Februar 1945 einen Citroën, die Folgen des Falls sind nicht bekannt¹⁷⁶. Des Weiteren sind sechs Fälle von Schutzhaft gegen Angehörige der Sowjetunion nachweisbar, aber nicht näher darstellbar¹⁷⁷. Ebenso ein Delikt zweier Ukrainer, deren Bestrafung aber zurückgenommen werden sollte, da die entsprechende *Anordnung zur Sicherung der Ordnung in öffentlichen Betrieben* vom 9. November 1943 zum Zeitpunkt der

¹⁷¹ GLA, 371 Zug. 1991/49 Nr. 225, darin Schreiben der Schutzpolizei an Hz. Müller vom 3. Juni 1943 und Antwort der Schutzpolizei vom 13. Juli 1943.

¹⁷² Das Thema wurde von Rolf HOCHHUTH in dessen Roman „Eine Liebe in Deutschland“ verarbeitet, siehe dazu die aktuell 10. Auflage von 2007, Reinbek bei Hamburg.

¹⁷³ GLA, 507 Nr. 10356.

¹⁷⁴ Vorgang in Stadtarchiv Baden-Baden, A10/588.

¹⁷⁵ GLA, 509 Nr. 5015.

¹⁷⁶ GLA, 465d/1445, darin ein Auszug aus dem Funknachrichtendienst Nr. 38 des Kommandeurs der Sicherheitspolizei für Baden und Elsass, Dienststelle Mannheim vom 12. März 1945.

¹⁷⁷ Siehe dazu die Nachweise in GLA, 509 Nr. 548, 724, 887, 912, 919, 1160 und 1297.

Strafe nicht bekannt gewesen sei. Der Grundsatz *nulla poena sine lege* scheint also eingehalten worden zu sein¹⁷⁸.

Ein größerer Prozess hingegen war ein Rundfunkverbrechen, das gegen mehrere belgische sowie einen tschechoslowakischen und einen italienischen Hotelbediensteten des Bellevue geführt wurde. Am Sondergericht Mannheim wurden P. und B. gemäß den Paragraphen eins und zwei der Rundfunkverordnung wegen Hörens feindlicher Sender, angezeigt¹⁷⁹. Der Tschechoslowake P. besaß ein nicht bei der Post angemeldetes Radio und soll die Kapitulation Italiens drei Tage vor dem deutschen Rundfunk unter den Mitarbeitern bekannt gemacht haben. Im Zuge dessen wurden die mit P. auf einer Etage untergebrachten Hotelbediensteten, in der Mehrzahl belgische Staatsbürger, zum Vorfall befragt. Man hatte diese wegen Mithörens ebenfalls angeklagt. Während die beiden weiblichen deutschen Zeuginnen darauf abhoben, dass die ausländischen Arbeiter ohnehin wenig deutschfreundlich und wegen der Erfolgsmeldungen der ausländischen Sender immer frecher geworden wären, setzten sich gerade die Belgier deutlich von P. ab¹⁸⁰. Er sei eine unsympathische Person gewesen und hätte mit seinem lauten Radio die Etagenbelegschaft eher gestört. Er hätte beispielsweise einen Fahrstuhlführer dahingehend ärgern wollen, dass dieser als gelernter Kraftfahrer nun einen unterqualifizierten Posten einnehme. Außerdem betonten die Belgier immer wieder ihre freiwillige Arbeit in Deutschland und versuchten damit wohl, sich in positiveres Licht zu setzen. Ein ebenfalls angeklagter Italiener sagt sogar explizit, er selbst sei ein Faschist.

Demgegenüber steht die Verteidigung der beiden Angeklagten. Der Italiener B. gab das Hören der fremden Sender Toulouse und London zu, wo die Nachrichten allerdings auf Deutsch gesendet worden seien. Er entkräftete auch P., der behauptet hatte, seine Kollegen hätten die Sender ohne ihn gehört. B. hingegen wies darauf hin, dass das Radio immer verschlossen gehalten wurde. P. gab das Hören der ausländischen Sender ebenfalls zu, er hätte dies aber aus reiner Neugierde getan, nicht auf den Inhalt geachtet und ohnehin wenig verstanden. Außerdem sei seine Braut im vierten Monat schwanger gewesen und er hätte daher andere Probleme gehabt. Auf erneute Nachfrage gestand er dann doch das Hören weiterer Sender und die Weitergabe von Nachrichten an seine Kollegen sowie den Bau einer Antenne auf dem Dach ein. Er hätte die ausländischen Sender nur wegen der Musik gehört und nicht auf die Durchsagen geachtet. Zudem hätte auch er die deutschsprachigen Nachrichten aus London mit den wahren Nachrichten aus dem Reich verwechselt.

¹⁷⁸ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, darin des Stadtbauamtes an den Oberbürgermeister vom 9. März 1944.

¹⁷⁹ Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 7. September 1939, in: Reichsgesetzblatt I, 1939, S. 1683.

¹⁸⁰ Dies ist nicht überraschend: Die Betroffenen wussten, dass Strafen für das Hören ausländischer Sender willkürlich hart verhängt werden konnten und versuchten dementsprechend sich von etwaigen Vergehen zu distanzieren. Insofern

Der Abschlussbericht stufte dann die Belgier, die auch von der Hoteldirektion ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt bekamen, als sehr glaubwürdig ein, weshalb daraufhin nur P. und B. am 13. und 15. September 1943 festgenommen und ins Gerichtsgefängnis Rastatt überstellt wurden. Das Urteil für B. lautete auf ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus, für P. auf zwei Jahre Zuchthaus und Verlust der Ehrenrechte eines Deutschen auf zwei Jahre. Beim Gerichtsverfahren war ein Dolmetscher zugegen.

Nach dem Verfahren versuchten die Verwandten der beiden Verurteilten, durch Gnadengesuche die Haftzeit zu verkürzen. P.s Braut bat noch vor Kriegsende, den Kindern ihren Vater zurückzugeben. Seine Eltern beriefen sich Anfang 1945 auf die notwendige Arbeitskraft ihres Sohnes in der Landwirtschaft und dass sie die Strafe für den bisher unauffälligen Sohn als zu hoch empfanden. Offenbar sollte P. Anfang der 1960er-Jahre in das Entschädigungsprogramm aufgenommen werden und eine Zahlung erhalten, er galt aber als verschollen. Auf wen die Initiative zurückging, ist nicht ersichtlich. Für B. stellte im November 1944 der Besitzer des Hotel Bellevue ein Gnadengesuch an das Strafgefängnis Ulm an der Donau. Er selbst sei immer für die deutsch-französische Verständigung eingetreten und gerade B. hätte sich sonst immer einwandfrei im Hotel verhalten. Andere Mitarbeiter, von denen er sich bevorzugt getrennt hätte, wären weitaus schlimmer gewesen, gerade um den Zeitpunkt der italienischen Kapitulation herum. Er entkräftet auch die Aussagen der deutschen Angestellten B., die schon immer einen extrem schlechten Standpunkt gegenüber Ausländern vertreten und sich im Allgemeinen untragbar verhalten – er erwähnt explizit Schlägereien mit anderen Frauen – hätte. Auf Grund dieser Aussage ist davon auszugehen, dass B. das laute Radio in einer Fremdsprache wahrgenommen und P. auf Grund ihres Ausländerhasses verraten hatte. Die Gnadengesuche wurden im Übrigen abgelehnt¹⁸¹.

Diese wenigen bekannten Fälle der Strafverfolgung spiegeln nicht das vollständige Spektrum wider, das den Zwangsarbeitern zustoßen konnte. Das zeigt auch eine Zeitungsmeldung: Am 6. Januar 1945 wurden zwei ausländische Plünderer sofort nach Ergreifen erschossen. Sie waren in ein bombengeschädigtes Haus eingedrungen und hatten aus dem Keller Wein entwendet¹⁸². Da auch von

sind die Aussagen der Belgier als Schutzaussagen zu verstehen.

¹⁸¹ Siehe zum Fall die GLA-Akten 507 Nr. 5111 (darin die Verhörprotokolle der einzelnen Betroffenen samt Urteil), 507 Nr. 5112 (darin die Gnadengesuche), 507 Nr. 5113 (darin die Bestellung des Dolmetschers) und 507 Nr. 5114 (darin ein weiteres Gnadengesuch). Der Hotelbesitzer nahm mit seinem Hinweis auf die deutsch-französische Verständigung wohl Bezug auf B.s Ausbildung in Nizza (siehe Vorladung in GLA, 507 Nr. 5111) und verkennt seine italienische Staatsangehörigkeit. Namen können aufgrund der geltenden Schutzfristen gemäß Archivbestimmungen nicht konkret genannt werden.

¹⁸² Der Führer (Einheitsausgabe) vom 11. Januar 1945, Folge 9. Die Veröffentlichung lässt darauf schließen, dass Plünderungen nach dem Luftangriff im Dezember 1944 ein Problem darstellten, dem mit drastischen Strafandrohungen entgegengewirkt werden sollte.

anderen Orten Drastischeres berichtet wird, ist kaum davon auszugehen, dass es in Baden-Baden nicht mehr derartige Fälle – etwa die Ermordung auf Grund eines Kaninchendiebstahls oder wegen des Vorwurfs der Sabotage¹⁸³ – gab. Aus den geschilderten Fällen ergibt sich allerdings als Fazit bezüglich der Strafverfolgung, dass Fälle der Willkür nicht aus den noch vorhandenen Quellen hervorgehen. Willkür scheint begrenzt, übriggebliebene Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit – sofern man darunter die ordentliche Prüfung eines Vorfalls mit ausgewogener Zeugenbefragung und ein an bestehenden Gesetzen orientiertes und nicht willkürlich gefälltetes Urteil versteht; materiell war das NS-System alles andere als rechtsstaatlich – wurden in diesen Fällen eingehalten. Verfahren wurden offenbar ordnungsgemäß geprüft und dann sogar eingestellt. In der Strafsache gegen P. wurde auch ein Dolmetscher gestellt. Hätte man den Ausländern gegenüber ein hartes Zeichen setzen und Willkür anwenden wollen – wie das beispielsweise gegenüber den 'Ostarbeitern' an anderen Orten vielfach geschah – , hätte man dies auch in Baden-Baden tun können. Die Fälle der beiden ukrainischen Arbeiter, des Franzosen B. oder auch der Fall gegen P. haben einen Willkürspielraum für eine harte, abschreckende Strafe geboten, etwa mit der Anwendung einer Prügelstrafe. Diese Option hat man aber scheinbar nicht gezogen, wenngleich man zugestehen muss, dass über die eigentliche Untersuchungshaftzeit, während der Gewalt hätte angewendet werden können, nichts bekannt ist. Diese Erkenntnis passte auch zu einem Schreiben der GESTAPO Karlsruhe an den Innenminister und die Landeskommissare vom 4. Mai 1944, wo der Umgang mit den Fremdarbeitern als zu lasch kritisiert wird, was sich an der stärkeren Nutzung der Verkehrsmittel und dem vermehrten Ausgang bei Nacht zeige. Die GESTAPO forderte daher zur schärferen Einhaltung auf¹⁸⁴.

f) Flucht

Etwas besser als mögliche Straftaten sind Fluchtversuche dokumentiert, die in Baden-Baden nachweisbar von 32 Personen unternommen wurden.

Der größte Fluchtversuch entfiel hierbei auf eine Gruppe von elf französischen Kriegsgefangenen aus dem Lager Malschbach am 22. Oktober 1941. Vier von ihnen wurden am 23. Oktober schon wieder im Gemeindewald Au am Rhein festgenommen. Die anderen ereilte dieses Schicksal erst am 23. März 1942 am gleichen Ort¹⁸⁵. Näheres ist zu diesem Fluchtversuch nicht bekannt. Die lange Dauer bis zur Ergreifung ist beachtlich und man muss die Frage stellen, wie eine siebenköpfige,

¹⁸³ Zum Kaninchendiebstahl siehe THOLANDER (wie Anm. 34) S. 232f.. Zum Vorwurf der Sabotage siehe den Fall Marian Krainski in: Daimler-Benz-Buch (wie Anm. 20), S. 543-558.

¹⁸⁴ Schreiben in GLA, 371 Zug. 1991/49 Nr. 224b.

¹⁸⁵ GLA, 330 Zug. 1991/34 Nr. 392, darin ein Schreiben des Badischen Forstamtes Rastatt an die Abteilung Forstamt im Badischen Innenministerium vom 30. Oktober 1941.

wahrscheinlich geschlossene Gruppe so lange unentdeckt blieb. Daran an schließt sich die Frage nach der Verpflegung für so eine große Gemeinschaft, verbunden mit der Frage nach der Rolle der deutschen Bevölkerung. Weniger fraglich und überraschend ist die Tatsache, dass ausgerechnet Franzosen einen derartig groß angelegten Fluchtversuch unternahmen. Als ihnen bekannt wurde, dass sie sich in Baden-Baden befanden, schöpften sie wahrscheinlich Hoffnung, über die nahe Grenze in ihr Heimatland zurückkehren zu können. Mit den notwendigen Sprach- und Ortskenntnissen wäre es ihnen bestimmt möglich gewesen, sich auch in der besetzten Heimat durchzuschlagen. Es ist eher verwunderlich, dass die Gruppe es trotz dieser großen Nähe zur Grenze nicht geschafft hat, sondern nach fünf Monaten in Au am Rhein, also weit abseits des direkten Weges von Baden-Baden nach Frankreich, aufgegriffen wurde. Ob pragmatische Erwägungen – Nahrungssuche, Polizeipatrouillen – sie immer weiter nordwärts getrieben haben oder letztlich doch fehlende Ortskenntnisse auf der deutschen Rheinseite dafür verantwortlich waren, kann nicht geklärt werden. Die beiden Jugoslawen D. und V. nahmen sich wohl ein Beispiel an den Franzosen und unternahmen am 3. November 1941 ebenfalls einen Fluchtversuch aus Malschbach, wurden jedoch im Gemeindewald Durmersheim wieder gefasst.¹⁸⁶ Ebenso die Franzosen P. und P., die kurz vor dem 19. November 1941 einen Fluchtversuch aus Malschbach wagten, jedoch in Rauental wieder gefasst wurden¹⁸⁷.

Drei weitere Kriegsgefangene flohen ebenfalls aus Malschbach, wurden aber kurz vor dem 4. August 1943 auf dem Bahnhof Kornwestheim, neunzig Kilometer von Baden-Baden, ergriffen¹⁸⁸.

Ein Ukrainer, von Beruf Melker, floh aus dem Kloster Lichtental, wurde aber von der Polizei wieder festgenommen und ins Kloster zurückgebracht, von wo er später freundlich entlassen worden sein soll.¹⁸⁹

Weitere Einzelfluchtversuche von C. (Flucht am 2. Januar 1942), D., H. (Flucht am 13. Januar 1941), K., M., S., S. und W.¹⁹⁰ können nicht weiter nachvollzogen werden. Beim Fluchtversuch K.s ist aber Verwunderung dahingehend angebracht, als er mit seiner Familie scheinbar sicher in einer Privatunterkunft leben konnte, er demnach ein Risiko nicht unbedingt hätte eingehen müssen.¹⁹¹

¹⁸⁶ GLA, 330 Zug. 1991/34 Nr. 392, darin Schreiben des Badischen Forstamtes Rastatt an die Abteilung Forstamt im Badischen Innenministerium vom 3. November 1941 und 13. April 1942.

¹⁸⁷ GLA, 330 Zug. 1991/34 Nr. 392, darin Schreiben des Badischen Forstamtes Rotenfels in Rastatt an die Abteilung Forstamt im Badischen Innenministerium vom 19. November 1941.

¹⁸⁸ Schreiben der Stadt Kornwestheim an Kripo-Leitstelle vom 5. August 1943. Die Flüchtlinge wurden von einem Weichenwärteraus helfer entdeckt und ergriffen, dieser erhielt daraufhin pro sowjetischem Flüchtling 20 RM; siehe dazu Schreiben an die Kriminalpolizeileitstelle vom 9. August 1943; alle Schreiben in GLA 330 Zug. 1991/34 Nr. 392.

¹⁸⁹ ČAJKOVAC (wie Anm. 52) S. 205.

¹⁹⁰ Siehe Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, Aufstellung vom 13. Januar 1942 und eine weitere Liste von etwa Ende 1941.

¹⁹¹ Siehe auch Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370, darin ein Schreiben des Oberbürgermeisteramtes Baden-Baden an das Arbeitsamt, Nebenstelle Baden-Baden vom 27. November 1941.

Zwei Kriegsgefangene aus dem Stalag Baden-Baden wurden 1941 im Gemeindewald Denzlingen festgenommen¹⁹². Weitere vier flohen ebenfalls aus Malschbach, wurden aber im Staatswald *Erzenbach* festgenommen¹⁹³.

Für einen polnischen oder litauischen Kriegsgefangenen war Baden-Baden am 29. Oktober 1941 die Endstation seiner Flucht aus dem Gefangenenlager Pforzheim. Er wurde ins *Stadtlager* gebracht, nachdem ihn die Holzhauer F. und M. während ihrer Arbeiten gesehen und festgehalten hatten. Der Kriegsgefangene trug Häftlingskleidung und floh aus dem *SS-KZ-Lager Karlsruhe*. Die beiden Arbeiter erhielten jeweils 50 Reichsmark für die Ergreifung.¹⁹⁴

g) Familien

Während dieser zuletzt genannte Gefangene sein Schicksal alleine durchleben musste, hatten viele der Zwangsarbeiter den Vorteil, gemeinsam mit Familienmitgliedern die schwere Zeit in Deutschland durchstehen zu können. Dabei gab es sogar recht große Familien, die in Baden-Baden lebten. Mit sieben Familienmitgliedern war die Familie S. die größte. Sie kam am 30. Juli 1943 mit einem Transport aus dem Durchgangslager Bietigheim-Bissingen an¹⁹⁵. Dabei konnten jeweils vier und zwei Familienmitglieder parallel bei der gleichen Stelle in Steinbach arbeiten, wahrscheinlich waren dort alle gemeinsam untergebracht¹⁹⁶.

Diese Vermutung liegt nahe, wenn man sich die anderen Familien anschaut. Aus Luxemburg wurde die sechsköpfige Familie S. nach Baden-Baden, genauer zu einer Metzgerei, gebracht. Sie wurden für 'eindeutschungsfähig' gehalten. Gleiches gilt für Familie K., die aus der Bukowina kommend, zu einer Autovermietung gebracht wurde¹⁹⁷.

Auch die vierköpfige Familie K./N. mit den zwei jungen Töchtern wurde zusammen untergebracht. Ebenso wurde Familie G. mit vier Mitgliedern zum Großteil – soweit aus den Meldekarten ersichtlich – gemeinsam untergebracht, die Schwestern L. und A. arbeiteten bei der Firma Stolzenberg so-

¹⁹² GLA, 330 Zug. 1991/34 Nr. 392, darin Schreiben des Badischen Forstamtes Emmendingen an die Abteilung Forstamt im Badischen Innenministerium vom 13. Oktober 1941.

¹⁹³ GLA, 330 Zug. 1991/34 Nr. 392, darin Schreiben des Badischen Forstamtes II Wolfach an die Abteilung Forstamt im Badischen Innenministerium vom 5. November 1941.

¹⁹⁴ GLA, 330 Zug. 1991/34 Nr. 400, darin Schreiben der Kriminalpolizei Außenstelle Baden-Baden an die Hauptstelle Karlsruhe vom 20. November 1944, der Bericht Falks zu den Vorkommissionen vom 19. November 1944 und ein Schreiben der Kriminalpolizeileitstelle an den Polizeipräsidenten vom 23. November 1944.

¹⁹⁵ GLA, 371 Zug. 1991/49 Nr. 225b, Listen des Arbeitsamt Rastatt vom 2. und 18. August 1943.

¹⁹⁶ Entweder privat oder im Zwangsarbeiterlager, in dem laut dem Heimatgeschichtlichen Wegweiser (wie Anm. 126) S. 9, 145 Zwangsarbeiter untergebracht worden sein sollen. Näheres ist aber unklar.

¹⁹⁷ Aus der Bukowina kamen im März 1941 250 Umsiedler, die im Kloster und Schloss Seelach untergebracht wurden; siehe dazu *Der Führer* (Ausgabe: Merkur-Rundschau) vom 28. März 1941, Folge 86. Diese Umgesiedelten wurden am 22. September 1941 in einer groß angelegten Aktion in Offenburg eingebürgert; siehe dazu beispielhaft mehrere Meldekarten, die aufgrund der geltenden Schutzfristen gemäß Archivbestimmungen nicht konkret genannt werden können.

gar zusammen. Während es sich bei den anderen Familien jeweils um die Eltern mit Kindern handelte, kamen die G.s mit drei Töchtern und der Mutter nach Deutschland. Die zweitjüngste Tochter L. wird in der Meldekarte allerdings als Deutsche geführt und wurde – während die anderen Familienmitglieder wohl in ein Rückführungslager in Karlsruhe kamen – im Mai 1945 mit einem französischen Transport nach Frankreich gebracht.

Neben diesen Großfamilien kamen mehrere Ehepaare nach Baden-Baden. So etwa O. und A. C., die im Deutschen Reich ein Kind bekommen haben, das am 12. Februar 1945 geboren wurde. Es war für Polen demnach möglich, in Baden-Baden ein Kind zur Welt zu bringen, ohne dass es zu Problemen kam, eine Adoption oder Kindeswegnahme wäre wahrscheinlich in der Meldekarte vermerkt worden. Das elsässische Ehepaar S. wurde als 'eindeutschungsfähig' angesehen. Das belgische Ehepaar V. konnte im Hotel Bellevue als Zimmermädchen und Kellner beziehungsweise Fahrstuhlführer Anstellung finden. Zudem lebte noch ein Ehepaar T. aus Italien in Baden-Baden, dessen Schicksal aber ungeklärt ist.

Auch Geschwisterpaare waren in Baden-Baden, insgesamt neun an der Zahl. Darunter konnten die belgischen Brüder T. zusammen im Hotel Bellevue arbeiten, die Gebrüder H. wurden beide bei der Stadt angestellt, in der Wohnbaracke Lichtental untergebracht und zum Kraftfahrer ausgebildet. M. H. floh am 12. April 1945 kurz vor dem Einmarsch der Franzosen, während der Verbleib des Bruders nach Auflösung der Baracke 1944 unbekannt ist. Von den aus Lodz kommenden Schwestern N. heiratete A. am 13. Januar 1945 einen polnischen Kriegsgefangenen, der ebenfalls in Baden-Baden wohnte. Alle drei kamen im Mai 1945 in ein Karlsruher Sammellager. Die beiden aus Wilna kommenden Schwestern M. und E. N. kamen beide im September 1943 nach Baden-Baden und arbeiteten als Hausgehilfinnen. Für die Schwestern T., die mit dem Transport 1943 aus Litauen kamen, kann wenig gesagt werden. Die drei Jahre jüngere M. wurde im Hotel Tannenhof als Hausgehilfin eingesetzt. Das Hotel wurde im Februar 1944 zu einem Teil des Neuen Vincentius-Krankenhauses in Karlsruhe, welches in weniger luftangriffgefährdete Regionen, und dort in Gaststätten und Hotels, wurde. Seit März wurde M. dort eingesetzt¹⁹⁸.

Als letzte familiäre Gruppen bleiben drei Eltern-Kind-Gruppen. Vater und Sohn N. konnte eine Zeit lang bei der Gärtnerei E. zusammenarbeiten, nachdem der Vater etwas mehr als ein halbes Jahr früher in Baden-Baden war als der Sohn. Dieser konnte am 16. September 1943 in seine ukrainische Heimat reisen und kam von dort offenbar nicht mehr nach Baden-Baden zurück. Der Vater kam im August 1945 in das Rückführungslager in Knielingen. Schon früher in die Heimat zurück kamen

¹⁹⁸ Siehe zu den Schwestern S. und M., die altersmäßig drei Jahre auseinanderlagen, ihre jeweilige Meldekarte und GLA, 371 Zug. 1991/49 Nr. 224, darin das Schreiben des Arbeitsamtes an Landratsamt vom 28. September 1943 mit Anhängen. Namen können aufgrund der geltenden Schutzfristen gemäß Archivbestimmungen nicht konkret genannt

Mutter und Tochter T., die am 3. Januar 1945 nach Oppeln zurückreisen konnten. Ob sie dort anderweitig eingesetzt wurden oder schlicht nicht mehr aus dem Urlaub zurückgekehrt sind, muss offen bleiben. F. P. und sein Sohn T. wohnten und arbeiteten beide in Sandweiler¹⁹⁹.

Was die Geburten von nicht-deutschen Kindern betrifft, so kann lediglich ein Fall beispielhaft aufgezeigt werden, da weitere nicht bekannt sind. Eine zwanzig Jahre alte Arbeiterin, die als Hausmädchen im Hotel Quellenhof und als Straßenbahnschaffnerin aufgrund ihrer deutschen Sprachkenntnisse ins Reich verbracht wurde, brachte am 23. März 1943 im Josefinenheim²⁰⁰ einen Sohn zur Welt²⁰¹. Der deutsche Vater entzog sich der Unterstützung durch Wegzug nach Frankfurt/Main, wurde dann aber 1943 zur Zahlung von Alimenten verurteilt. Für die junge Frau stellte diese Geburt aber scheinbar einen großen Einschnitt dar, da sie selbst nicht wusste, wie es mit ihr weitergehen sollte. Mit dem Gedanken, sie könne später auch noch Kinder bekommen, schaltete sie daher im Februar 1943 im Badener Tageblatt eine Anzeige mit der Anfrage, ob jemand ihr Kind zu sich nehmen wollte. Aus etwa 25 schriftlichen Rückmeldungen wählte sie die Familie Bezold aus, da diese im Gegenzug keine Geld- oder Naturalleistungen verlangte und ein Besuch bei ihnen zu Hause eine gute Unterkunft verriet. Der Mann arbeitete als Angestellter bei der Deutschen Bank, die Frau in der Spielbank. Die Mutter unterzeichnete am 10. August 1943 eine notariell beglaubigte Einwilligungserklärung, so dass die Abgabe des Kindes einvernehmlich erfolgte. So übernahm Familie Bezold das Kind gleich nach der Geburt. Bis zu ihrer Abreise in Richtung Dresden am 16. November 1943 nach etwa einjährigem Aufenthalt in Baden-Baden bestand reger Besuchskontakt zwischen den beiden Familien und auch nach der Abreise nach Dresden schickte die leibliche Mutter nochmals einen Brief, danach brach der Kontakt ab. Da der Sohn ein erfülltes Leben führte, fasste er trotz Überlegungen hierzu nie den Entschluss, seine Mutter aufzusuchen. Ihm wurde durch seinen Stiefvater mitgeteilt, dass seine leibliche Mutter in Heidelberg *glücklich verheiratet* gewesen sei. Um ihn selbst gab es nach 1945 einigen bürokratischen Aufwand, da die Adoption und deutsche Staatsange-

werden. Zum Hotel Tannenhof siehe ČAJKOVAC (wie Anm. 52) S. 223.

¹⁹⁹ GLA, 371 Zug. 1991/49 Nr. 224, darin ein Schreiben des Arbeits- an das Landratsamt Rastatt vom 7. August 1943 mit Anhang. Beide kamen aus dem Durchgangslager Bietigheim-Bissingen. Namen können aufgrund der geltenden Schutzfristen gemäß Archivbestimmungen nicht konkret genannt werden.

²⁰⁰ Das Josefinenheim war – gemäß dem Einwohnerbuch der Stadt Baden-Baden für das Jahr 1942 – eine Frauenklinik samt Entbindungsheim in der Ebersteinstraße 5. Es ist anzunehmen, dass Kinder von ausländischen Arbeitern hier geboren wurden. Als auf Anfrage Landesdienststelle Baden des Deutsche Gemeindetages vom 5. Januar 1944 die Städte befragt wurden, in welchen größeren Städten das 'Problem der Entbindung' gelöst worden wäre, antwortet der Bürgermeister am 7. Januar, dass es in Baden-Baden keine derartige Einrichtung gibt; in Stadtarchiv Baden-Baden, A26/29-370.

²⁰¹ Siehe zum Fall Bezold/Naceviciate die Meldekarten von leiblicher Mutter und Sohn. Der heute in Baden-Baden/Sandweiler lebende Sohn Hans-Jörg Bezold, der von seiner neuen Familie zusätzlich den väterlichen Vornamen Friedrich übertragen bekam, erhielt den seine Jugendzeit betreffenden Schriftwechsel von seinem Vater überreicht und verwaltet diesen seitdem in privater Hand. An Hand dieser Akte konnte der Fall rekonstruiert werden. Zudem konnte der Autor dieser Arbeit am 3. Juli 2011 ein Gespräch mit Hans-Jörg Bezold führen. Diese Charakteristik macht deutlich, dass aus dieser Quelle die Sicht der deutschen Eltern hervorgeht, eventuell ausgeübter Druck auf die litauische Mutter

hörigkeit, die während des Krieges überraschend²⁰² problemfrei ausgestellt worden war, von der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) nicht anerkannt wurde. Sie teilte den Eltern mit, dass sie ihren Sohn nur als *vorübergehend unter Ihrer Obhut* stehend betrachten sollen und dass das Kind *eines Tages von Ihnen zurückgenommen* werde²⁰³. Vater B. musste sich daher an die französische Besatzungsmacht wenden, was letztlich Ende 1949 durch Genehmigung des Badischen Innenministeriums in Freiburg zur erneuten Adoption und Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft an den Sohn führte²⁰⁴.

h) Luftschutz

Während das Zusammenbleiben für Familien sich insgesamt positiv ausgewirkt haben dürfte, so bestand auf der anderen Seite die grundsätzliche Gefahr von Luftangriffen. Während in anderen Orten die Zwangsarbeiter zu Aufräumarbeiten hinzugezogen wurden, kann das gleiche für Baden-Baden nur vermutet, aber nicht nachgewiesen werden²⁰⁵. Bekannt sind in diesem Kontext die fünf Zwangsarbeiter B., K., L., N. und P., die beim großen Luftangriff auf Baden-Baden am 30. Dezember 1944 ums Leben kamen, während sie ihre Arbeit verrichteten. Beim Luftangriff wurden insgesamt 40 Menschen getötet und etwa 300 Anwesen beschädigt. Damit kamen überdurchschnittlich viele Zwangsarbeiter in Relation zur Bevölkerung zu Tode²⁰⁶. Am 2. Januar 1945 erfolgte ein weiterer Angriff, der den Bauhof sowie die Kaserne traf und scheinbar weniger verheerend ausfiel. Am 9. Januar wurde auf dem Friedhof Baden-Oos am Grabe der Opfer eine Trauerfeier mit einer Rede des Bürgermeisters abgehalten. Ob die ausländischen Opfer ebenfalls bedacht wurden, ist nicht ersichtlich²⁰⁷.

wird höchstwahrscheinlich verschwiegen.

²⁰² Von anderen Orten wird berichtet, dass bei Adoptionen vielfach erst eine Überprüfung auf 'Eindeutschungsfähigkeit' gemacht wurde, bei deren negativem Ergebnis eher der Weg in ein Kinderheim stand, wo die Säuglinge oftmals unternährt oder bewusst getötet wurden. Im vorliegenden Fall spricht aber alles für eine reibungslose Adoption während der Zeit des Nationalsozialismus, da anderslautende Quellen fehlen, wobei der Schriftwechsel um die Adoption vollständig erhalten zu sein scheint. Von einer Bestrafung des Vaters wegen des Beischlafs mit einer ausländischen Person ist ebenfalls Nichts bekannt, siehe zum strafrechtlichen Umgang von Sexualität SPOERER (wie Anm. 7) S. 200-205.

²⁰³ Siehe dazu die Kopie eines Schreibens der UNRRA an Friedrich Bezold vom 26. Februar 1947 in der Handakte (siehe Anm. 201).

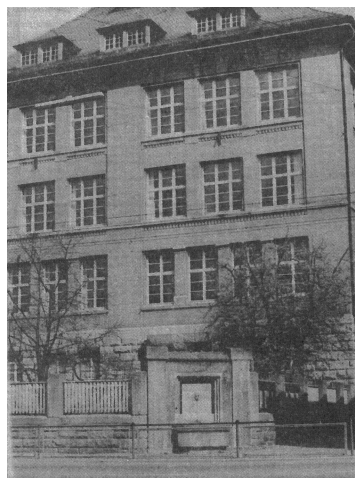
²⁰⁴ Siehe das Schreiben des Badischen Innenministeriums an Friedrich Bezold vom 29. Dezember 1949 in der Handakte (siehe Anm. 201).

²⁰⁵ Siehe dazu SPOERER (wie Anm. 7) S. 143f.

²⁰⁶ Ausgehend von insgesamt 1.500 Zwangsarbeitern – die allerdings nicht zeitgleich in der Stadt waren, was die Quote insgesamt noch senkt – und einer Bevölkerung von 30.262 (siehe Anm. 105), waren etwa 5 Prozent der Einwohner Zwangsarbeiter. Die Sterberate beim Luftangriff beträgt demgegenüber 12,5 Prozent.

²⁰⁷ Siehe zum Luftangriff den ausführlichen Artikel im Badischen Tagblatt vom 29. Dezember 1984. Zu den Todesfällen GLA, 309 Nr. 5539 und Stadtarchiv Baden-Baden, A27/1-3196. Zur Trauerfeier siehe Der Führer (Einheitsausgabe) vom 12. Januar 1945, Folge 10.

Ansonsten können nur die Umstände des Luftschutzes erwähnt werden. So war der Keller in der Horst-Wessel-Schule von der Kreisbauernschaft Bühl, die für die Landkreise Bühl, Rastatt und Baden-Baden das Ernährungsamt bearbeitete, zur Kartoffellagerung vorgesehen und wurde nach der Bewilligung durch den Bürgermeister auch für diese benutzt. Letzterer konstatierte, dass der Keller deshalb nicht mehr als Luftschutzkeller benutzt werden könne, da er zu flach und ohne ausreichende Luftversorgung wäre²⁰⁸. Wo die Bewohner der Horst-Wessel-Schule bei Luftangriffen alternativ unterkommen sollten, ist nicht überliefert, der direkte und schnellste Weg war jedenfalls versperrt. Demgegenüber wurde 1943 in der Hindenburgschule ein Lichtschacht für 19.000 Reichsmark zu einem Luftschutzkeller umgebaut²⁰⁹. Ein weiterer Ausbau wurde dadurch verhindert, dass das Luftgaukommando München die Stadt Baden-Baden nicht als besonders gefährdeten Luftraum ansah. Die Schüler sollten bei Luftwarnung frühzeitig nach Hause geschickt werden²¹⁰. Dieser Umstand führt zu der Erkenntnis, dass Schüler unmittelbar in der Umgebung der Zwangsarbeiterbaracke zugegen waren und diese damit gut einsehbar war; man machte wenig Anstalten die Baracke zu verbergen, zumal hinter dem Schulgebäude die Möglichkeit einer unauffälligeren Beherbergung gegeben war.



Die ehemalige Horst-Wessel-Schule. Quelle: Badische Neueste Nachrichten vom 27. September 1989, darin der Artikel „Zur Einweihung erhielten die Kinder eine Festtagsbrezel“.

²⁰⁸ Stadtarchiv Baden-Baden, A26/12-308, darin das Schreiben des Ernährungsamtes/Kreisbauernschaft Bühl an das Bürgermeisteramt Baden-Baden vom 25. Oktober 1939 samt Antwort von Bürgermeister Bürkle.

²⁰⁹ Stadtarchiv Baden-Baden, A10/882, darin das Schreiben und Anlage des Bürgermeisters Bürkle an den Polizeidirektor vom 1. Oktober 1943.

²¹⁰ Stadtarchiv Baden-Baden, A27/9-3340, darin Abschrift eines Schreibens vom 16. November 1943 des Baubevollmächtigten des Reichsministeriums Speer in Straßburg an den Polizeidirektor Baden-Baden. Siehe dazu auch PETER (wie Anm. 4) S. 293: Dieser immer lockerer werdende Umgang mit der Luftwarnung schien an der Tagesordnung zu sein, als Vorwarnzeiten immer mehr verkürzt wurden, um die Arbeitszeit nicht zu sehr zu verringern. Diese führte zu großer Verunsicherung unter der Arbeiterschaft, was dann auch zu Weigerungen führt, vor der Entwarnung die Arbeit wieder aufzunehmen. Mit diesem fehlenden Luftschutz begründet PETER auch die verheerenden Folgen des Luftangriffs auf Pforzheim vom 23. Februar 1945.

i) Zeit nach 1945

In der Zeit nach dem Krieg verschwanden Aspekte um das Thema Zwangsarbeit nicht aus dem Stadtbild. Dabei war der Streit um die erwähnten Baracken nur ein Aspekt, indem sie als Wohnraum umkämpft und nachgefragt waren²¹¹.

Ein für die Bevölkerung wichtigerer Aspekt waren die Plünderungen, die schon bald nach dem Einmarsch der Franzosen unternommen wurden. So lagen gegen ehemalige Zwangsarbeiter konkrete Beschwerden über Plünderungen auf dem Hofgut Fremersberg vor. Ehemalige russische Zwangsarbeiter vom Lager Weststadtschule, der ehemaligen Horst-Wessel-Schule – hätten Diebstähle bei der Mäherkolonne Oos begangen und dabei sogar eine Person mit vorgehaltener Schnellfeuerpistole bedroht²¹².

Zwei der Schicksale der in Baden-Baden verbliebenen Zwangsarbeiter können näher geschildert werden. Eine französische Zwangsarbeiterin kam nach der deutschen Gefangenschaft im Februar 1946 erneut in ein Gefängnis wegen *impersonating an American Officer*²¹³. Ein polnischer Arbeiter blieb auch 1945 in Haueneberstein und half dort verschiedenen Personen bei landwirtschaftlichen Aufgaben. Seine Arbeitgeber stellten ihm Unterkunft und Essen, allerdings kein Gehalt²¹⁴. Sehr viel schwerer hat es die ehemalige Arbeiterin T. getroffen, die seit 1942 in Baden-Baden war. Sie blieb nach 1945 dort, verheiratete sich mit dem Kraftfahrer S. und wohnte mit diesem in der Industriestraße 29. Dort eskalierten im Laufe des Jahres 1959 Streitigkeiten zwischen der Familie S. und den Nachbarn, weil T. – die laut Aussage des Mannes auch malariakrank war – immer öfter in betrunkenem Zustand randalierte. Deswegen bemühten sich die beiden um eine neue Wohnung, wobei der Ausgang unklar ist²¹⁵.

Die Arbeiter, die Baden-Baden verlassen konnten, gingen verschiedene Wege.²¹⁶ Während einige noch vor Kriegsende in andere Arbeitslager und -stätten verbracht wurden, konnte ein Großteil der ehemaligen Zwangsarbeiter wieder in ihre Heimat zurückkehren. Dies erfolgte entweder direkt oder auf dem Umweg über ein Lager für sogenannte *displaced persons*, also Menschen, die in der Zeit bis zu ihrer Rückführung in die Heimat an einer zentralen Stelle untergebracht wurden. Solche Lager befanden sich in der Region Karlsruhe. Es gab sogenannte Repatriierungslager in der Ettlins-

²¹¹ Stadtarchiv Baden-Baden, A10/349 und A 27/9-3354.

²¹² Allgemein zu Plünderungen Kurt HOCHSTUHL, Baden-Baden – französische Stadt an der Oos, in: Karl MOERSCH/Reinhold WEBER (Hgg.), Die Zeit nach dem Krieg: Städte im Wiederaufbau, Stuttgart 2008, S. 36-57, hier S. 39.

²¹³ GLA, 310 Zug. 1986 – 9.

²¹⁴ Dies ergab ein persönliches Gespräch mit der Bewohnerin Hauenebersteins, Margareta Kurz am 4. Juli 2011.

²¹⁵ Stadtarchiv Baden-Baden, A34/30.

²¹⁶ Die folgenden Aussagen beziehen sich auf eine Auswertung des Autors der 500 verschiedenen Einträge auf den Meldekarten, weshalb im Folgenden keine genauen Fundstellen angegeben werden können und sollen.

ger Rheinlandkaserne (im September 1945 bewohnt von 3.000 Personen, vor allem Polen), Forstnerkaserne (Linkenheimer Landstraße; ebenfalls überwiegend bewohnt von Polen), in der Rheinkaserne Knielingen (im September 1945 bewohnt von 3.000 polnischen Personen), in der Artilleriekaserne (Moltkestraße; hauptsächlich von sowjetischen Bürgern bewohnt) und in der Mackensenkaserne²¹⁷. Einige wenige blieben in Deutschland.

Unklar bleiben die Fälle, auf deren Meldekarte sich ein Transport oder Umzug *nach unbekannt* finden lässt. Diese Betroffenen können entweder geflohen²¹⁸, ermordet, in den letzten Kriegstagen auf die Schnelle abtransportiert oder tatsächlich ohne bekanntes Ziel verzogen sein. Auch ein eingetragener Wegzug nach Pforzheim oder Bruchsal muss für den ehemaligen Zwangsarbeiter kein Weg in die Freiheit gewesen sein, waren diese Standorte doch mit einem Gefängnis ausgestattet. Vielfach ist auch kein Hinweis in die Meldekarte eingetragen.

Ein hartes Schicksal traf bereits 1940 K., die in Lodz Selbstmord durch Erhängen beging, wobei die näheren Umstände ungeklärt sind²¹⁹. Ob sie in ihrer Heimat schlechte Nachrichten erhielt, sich der drohenden deutschen Unterdrückung entziehen wollte oder sie ein anderes Schicksal belastete, geht aus den Quellen nicht hervor.



Das Denkmal auf dem Baden-Badener Ehrenfriedhof Lichtental für die sowjetischen Kriegsgefangenen. Insgesamt wurden 253 Leichname, vom Gelände des Lagers Malschbach dorthin umgebettet, Namen der ehemaligen Kriegsgefangenen sind nicht bekannt; Quellen: StA BAD, F 1 – 5229 (Bild) und Studienkreis: Deutscher Widerstand (Hrsg.): „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945“, Bd. 5: „Baden-Württemberg I: Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart“, Frankfurt/Main 1991, S. 9 (Zahlenangaben).

²¹⁷ SCHUHLADEN-KRÄMER (wie Anm. 37) S. 94f.

²¹⁸ Das ist sehr wahrscheinlich, wenn das Abreisedatum um den 12. April 1945 herum liegt. Die Deutschen waren zu diesem Zeitpunkt geflohen, die Franzosen noch nicht einmarschiert, womit ein Vakuum existierte, das eine Flucht ermöglichte.

Während die ehemaligen Zwangsarbeiter so mit ihren Schicksalen zu kämpfen hatten, kamen ihre ehemaligen Arbeitgeber glimpflich davon, zumindest wenn man die Spruchkammerakten unter die Lupe nimmt. Von sechzig Spruchkammerakten, die im Staatsarchiv Freiburg untersucht werden konnten, enthält keine den Hinweis, dass auch nur ein einziger Arbeitgeber für seine Arbeitgeberschaft zur Rechenschaft gezogen worden wäre. Nur ein Mal wird das Thema Zwangsarbeit überhaupt erwähnt und hat dabei eine entlastende Funktion. Als der Holzfäller M. sich im Laufe des Jahres 1947 gegen den drohenden Einzug seines Vermögens zur Wehr setzte, verwandte sich seine Nachbarin positiv für ihn. M. sei zwar Blockleiter, aber kein überzeugter Nationalsozialist gewesen.

Mir ist auch bekannt, dass mehrere Jahr hindurch eine Polin bei Herrn M[.]als [sic!] Landwirtschaftshilfe tätig war. Meinen Beobachtungen nach hat er sie immer gut behandelt, was sie mir hierüber mehrmals versicherte. Als im Jahre 1945 die Polen in ihre Heimat zurücktransportiert wurden, wollte sie zunächst nicht weggehen, da sie es bei Herrn M[.] und seiner Familie sehr gut hatte.²²⁰

Auch im Jahre 2011 erhält man noch derartige Aussagen, die mangels entgegenstehender Angaben nicht verifiziert werden können. Als im Rahmen der Recherche für diese Arbeit mehrere ehemalige Arbeitgeber angeschrieben und gefragt wurden, ob sie noch über Materialien oder Wissen über ihre ehemaligen Zwangsarbeiter verfügen, antworteten nur sehr wenige, wovon viele – entweder auf Grund eines Besitzerwechsels oder allgemein ausgeschiedener Akten – keine Auskunft mehr geben konnten. Nur von zwei Unternehmen kamen Antworten zur Sache. Der Nachfolger einer Gärtnerei antwortete im Sinne des oben genannten Entlastungsschreibens: Die Arbeiter hätten es bei der Gärtnerei immer gut gehabt. Sie wären eher Familienmitglieder denn Arbeiter gewesen und konnten regelmäßig mit Geschenken in Heimaturlaub fahren. Bei der Verabschiedung hätten die Arbeiter sogar geweint und seien ungerne in ihre Heimat zurückgekehrt. Die Antwort eines Hotels beruft sich auf bereits selbst durchgeführte Recherchen – die keine Zwangsarbeiter im Hotel nachweisen konnten – durch den Hausarchivar und endet mit dem Satz: *Wir hoffen, Ihnen hiermit abschließend Auskunft erteilt zu haben und verbleiben mit den besten Grüßen [...]*. Man kann dies als bewusste Unterdrückung weiterer Nachfragen verstehen, es kann allerdings auch nur eine ungeschickte Formulierung sein, tatsächlich nichts mehr Weiteres zu wissen²²¹.

Angesichts dieser Antworten ist es nicht verwunderlich, wenn das Thema Zwangsarbeit in Baden-Baden bislang nur in Nebensätzen erwähnt wurde. Offenbar gibt es in einer relativ kleinen Stadt wie

²¹⁹ Stadtarchiv Baden-Baden, A27/1-3196.

²²⁰ Staatsarchiv Freiburg, D 180/2 Nr. 86002.

²²¹ Beide Antwortschreiben sind zu finden im Projektordner Zwangsarbeit im Stadtarchiv Baden-Baden.

Baden-Baden mit heute etwa 55.000 Einwohnern²²² Mechanismen, die einer aufklärenden und versöhnenden Arbeit im Wege stehen. Immerhin wird die geschichtliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit einzelner Unternehmen heutzutage positiv begleitet – wer diese vermeidet, so der öffentliche Eindruck, hat offenbar etwas zu verbergen. Insofern verwundert es, dass die lokalen Unternehmen scheinbar Angst vor Verlusten haben, die in der Teilnahme an NS-Verbrechen begründet sind. Dieser Mechanismus greift heutzutage nicht mehr, einer aufrichtigen Aufarbeitung stehen ökonomische Bedenken nicht im Wege.

6. Fazit

Diese Aufarbeitung ist nun in einem ersten Schritt erfolgt. Quantitativ arbeiteten in Baden-Baden zwischen etwa 1.500 und 2.600 Ausländer, die sich als Zwangsarbeiter charakterisieren lassen²²³. Diese große Spanne erklärt sich aus dem fehlenden Quellenbestand, der eine bessere Einordnung einzelner Personen verhinderte. Als Grenzgebiet besteht für Baden-Baden das Problem, dass nur schwer nachvollzogen werden kann, welche 'Westarbeiter' tatsächlich unter Zwang ins Deutsche Reich kamen und welche in der Baden-Badener Tourismuslandschaft einen attraktiven Arbeitsplatz sahen. Eingesetzt wurden die Arbeiter innerhalb eines breiten Berufsspektrums, von der eher handwerklich orientierten Ziegelei Deutsche Hourdisfabrik über das Gaststättenwesen hin zu Luxusunterkünften wie dem Brenner's Parkhotel oder der Villa der „Königin von Baden-Baden“, das Schloss Haniel auf dem Hahnhof²²⁴. Quantitativ befand sich Baden-Baden damit im Vergleich der bereits erforschten Städte der Umgebung an letzter Stelle. In Heilbronn waren etwa 2 600 Zwangsarbeiter im Einsatz²²⁵, in Pforzheim etwa 6.000²²⁶, in Friedrichshafen etwa 14 000²²⁷ und in Karlsruhe etwa 17.000²²⁸. Bei Daimler-Benz in Gaggenau alleine gab es etwa 3.100 Zwangsarbeiter²²⁹. Die anderen Städte waren sehr viel stärker industriell ausgerichtet, weshalb der Zwangsarbeitereinsatz dort wohl

²²² Statistische Berichte Baden-Württemberg, 31. August 2010 (Artikelnummer 3126 09001; AI 1 – j/09 (2)), S. 11.

²²³ Der Heimatgeschichtliche Wegweiser (wie Anm. 126) S. 9 nennt 4.190 vom Internationalen Suchdienst in Baden-Baden geführte Menschen, die dort aber nicht näher klassifiziert werden können. Entweder ist diese Zahl – ob der fehlenden Prüfung – zu hoch angesetzt. Oder die fehlenden Quellen führen zu einer Fehlerquelle von etwa 50%.

²²⁴ Siehe zum Hahnhof mit seiner illustren Gesellschaft zwei Artikel: Illustre Gesellschaft war regelmäßig Gast, in: Badische Neueste Nachrichten, 8. Oktober 1983 und Erinnerungen an alten Herrensitz, in: Badisches Tagblatt, 23. Oktober 1987. Das Schloss war Unterkunft von Richard und Ulrike von Haniel, die auf ihrem Sitz prominente Gäste empfangen, etwa den ehemaligen König Spaniens, Alfons XIII. oder den schwedischen König Gustav V.. Der traditionelle Ball aus Anlass der Iffezheimer Pferderennenwoche für die Größen des Rennsports fand jährlich auf dem Schloss statt. Bis September 1949 war es das Anwesen die Residenz des höchsten französischen Offiziers in Deutschland, General Pierre König. Danach wurde es zu einem Hotel umgebaut.

²²⁵ Aufzählung bei SCHLÖSSER (wie Anm. 36) S. 210f.

²²⁶ HALLER (wie Anm. 38) S. 9-12. Als Mindestzahl nennt er 2.098, verweist aber auf weitere, jedoch unsichere Listeneinträge.

²²⁷ THOLANDER (wie Anm. 34) S. 479.

²²⁸ SCHUHLADEN-KRÄMER (wie Anm. 37) S. 1.

eher von Nöten war²³⁰. In Baden-Baden lag der Schwerpunkt auf der Aushilfe Einzelner im mittelständischen Betrieb und im Gaststättengewerbe, das heißt die Arbeiter in Baden-Baden wurden punktuell zu Hilfsarbeiten eingesetzt, etwa wenn in Hotels das Personal ausfiel oder in einem familiären Betrieb Familienmitglieder ausgefallen sind. Größere und lagermäßig untergebrachte Gruppen scheint es in Baden-Baden nur drei – die bei der Stadt angestellten Ukrainer in der Baracke Lichtental, die für die Süddeutschen Arguswerke Arbeitenden in der Horst-Wessel-Schule und das Lager Malschbach – gegeben zu haben. Im Vergleich zu den Lagern der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Karlsruhe oder den vielen Lagern der Betriebe in Friedrichshafen nimmt sich das aber äußerst gering aus. Diese Charakteristik dürfte sich dann auch auf die Lebensqualität der Arbeiter in Baden-Baden niedergeschlagen haben. Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit wurden eingehalten, den Arbeitern bezüglich ihrem Status entgegengekommen und sogar auf ihr Äußeres geachtet. Durch die hohe Anzahl der Hotel-, Gaststätten- und Privatunterkünfte dürfte auch die Nahrung ausreichend gewesen sein. Insofern müsste man konstatieren, dass die Zwangsarbeiter am Ort Baden-Baden – mit Blick auf die berichteten Willkürakte aus den anderen Städten – relativ human behandelt wurden.

Das fehlende Quellenmaterial stellt allerdings diese Ergebnisse unter einen gravierenden Mangel: Ein größerer Quellenkorpus hätte sicher breitere Ergebnisse geliefert. Da sich nur wenige Akte der Gewalt oder Negativbehandlung erhalten haben, wurde das Ziel der Akteure, die die Baden-Badener Akten in den letzten Kriegstagen nach Karlsruhe brachten, wohl erreicht: die Vertuschung ihrer Verbrechen. Als Historiker kann man aber nur die vorhandenen Quellen auswerten und schildern. Insofern bleibt zu hoffen, dass der große blinde Fleck in Zukunft noch gefüllt und weitere Quellen erschlossen – so können die recherchierten Namen in Bezug auf ihr Schicksal nach 1945 verfolgt werden – und Zeitzeugen befragt werden können. Gerade gegenüber der letztgenannten Gruppe können nun gezielt Versöhnungsmaßnahmen unternommen werden, die ihnen 2000 noch mit der Begründung versagt wurden, der Bereich der öffentlichen Hand sei abgegolten. Überhaupt hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt nur eine Baden-Badener Firma am Entschädigungsfonds beteiligt, die Arzneimittelfirma Heel.²³¹ Hier sollte die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und mit den betroffenen Unternehmen ein Vorgehen im Sinne der Versöhnung initiieren, was etwa in einer Städtepartnerschaft oder einem Stipendienprogramm realisiert werden könnte.

Wissenschaftlich wäre eine Gesamtsicht über die Region Mittelbaden wünschenswert, die auf

²²⁹ So die Annäherungsrechnung auf Grundlage der Tabelle im Daimler-Benz-Buch (wie Anm. 20) S. 342.

²³⁰ Siehe THOLANDER (wie Anm. 34) S. 116 und S. 479 oder SCHUHLADEN-KRÄMER (wie Anm. 37) S. 30-34.

²³¹ Siehe dazu den Artikel Stadt will Arbeiter nicht entschädigen, in: Badisches Tagblatt, 4. August 2000. Dort wird auch erwähnt, dass überhaupt nur zwölf von etwa 2.000 von der IHK Karlsruhe angeschriebenen Unternehmen dem Stiftungsfond beigetreten sind.

Grund ihrer geographischen Lage das Bild der Zwangsarbeiterschaft – vor allem von 'Westarbeitern'
– noch differenzieren kann.